UNIVERSITAS-ARCHIV

BAND 29 DES ARCHIVS — BAND 1 DER ABTEILUNG

HISTORISCHE ABTEILUNG

HERAUSGEGEBEN VON G. KALLEN UND J. ZIEKURSCH

DIE PARLAMENTARISCHE KRISIS DER NATIONALLIBERALEN PARTEI 1879–1880

VON DR. PHIL. HERMANN BLOCK

1930

HELIOS-VERLAG G.M.B.H. ✡ MÜNSTER i. WESTF.

STORAGE-ITEM
MAIN LIBRARY

LP9-R30D
U.B.C. LIBRARY

UNIVERSITAS-ARCHIV

EINE SAMMLUNG WISSENSCHAFTLICHER UNTERSUCHUNGEN UND ABHANDLUNGEN

DAS ARCHIV UMFASST FOLGENDE ABTEILUNGEN:

I.
PÄDAGOGISCHE ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
DR. PHIL. SIEGFRIED BEHN
A. O. PROF. A. D. UNIVERSITÄT BONN.

II.
PHILOSOPHISCHE ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
DR. PHIL. SIEGFRIED BEHN
A. O. PROF. A. D. UNIVERSITÄT BONN.

III.
HISTORISCHE ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
DR. PHIL. ET IUR.
GERHARD KALLEN
O. O. PROF. A. D. UNIVERSITÄT KÖLN.
DR. JOHANNES ZIEKURSCH
O. O. PROF. A. D. UNIVERSITÄT KÖLN.

IV.
LITERARHISTORISCHE ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
DR. PHIL. JULIUS SCHWERING
O. O. PROFESSOR A. D. UNIVERSITÄT MÜNSTER I. W.
DR. PHIL. GÜNTHER MÜLLER
O. O. PROFESSOR A. D. UNIVERSITÄT FREIBURG (SCHWEIZ)

V.
ETHNOLOGISCH-PRAEHISTORISCHE ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
DR. OSWALD MENGHIN
O. O. PROFESSOR
VORSTAND DES URGESCHICHTLICHEN INSTITUTES DER UNIVERSITÄT WIEN
PRIVATDOZENT DR. JULIUS LIPS
DIREKTOR DES RAUTENSTRAUCH-JOEST-MUSEUMS KÖLN.

VI.
ANGLISTISCHE ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
DR. PHIL. WOLFGANG KELLER
O. O. PROFESSOR A. D. UNIVERSITÄT MÜNSTER I. W.

VII.
MUSIKWISSENSCHAFTLICHE ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
DR. PHIL. WALTHER VETTER
PRIV.-DOZENT FÜR MUSIKWISSENSCHAFT A. D. UNIVERSITÄT BRESLAU

VIII.
RECHTSWISSENSCHAFTLICHE ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
DR. IUR. KURT PERELS
O. O. PROFESSOR A. D. HAMBURGISCHEN UNIVERSITÄT, RAT A. HANSEATISCHEN OBERLANDESGERICHT

IX.
WIRTSCHAFT- UND SOZIALWISSENSCHAFTL. ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
UNIV. PROF. DR. KARL BRÄUER
DIREKTOR DES INSTITUTES FÜR FINANZWISSENSCHAFT A. D. UNIVERSITÄT BRESLAU.

X.
MATHEMATISCHE ABTEILUNG
HERAUSGEBER:
DR. PHIL. HELMUT HASSE
O. O. PROFESSOR A. D. UNIVERSITÄT HALLE.

Ein Verzeichnis der bisher in der Historischen Abteilung erschienenen Werke befindet sich auf der 3. Umschlagseite. Jeder Band behandelt ein in sich abgeschlossenes Problem.

THE LIBRARY

THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA

UNIVERSITAS-ARCHIV
HISTORISCHE ABTEILUNG

HERAUSGEGEBEN VON:

DR. PHIL. ET JUR. GERHARD KALLEN
O. Ö. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT KÖLN

DR. JOHANNES ZIEKURSCH
O. Ö. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT KÖLN

BAND 1

HERMANN BLOCK:

DIE PARLAMENTARISCHE KRISIS
DER NATIONALLIBERALEN PARTEI

HELIOS-VERLAG G. M. B. H., MÜNSTER i. W.

DIE PARLAMENTARISCHE KRISIS DER NATIONALLIBERALEN PARTEI 1879 — 1880

VON DR. PHIL. HERMANN BLOCK

1930

HELIOS-VERLAG G. M. B. H., MÜNSTER i. W.

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen vorbehalten.
Copyright by Helios-Verlag G. m. b. H., Münster i. W.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort

ERSTER TEIL.

Die nationalliberale Partei von 1867—1878.

1. Kap.: Die Gründung 1
2. „ Das Bündnis mit Bismarck 3
3. „ Bismarcks Abkehr von den Nationalliberalen 6
4. „ Erste Kämpfe 11

ZWEITER TEIL.

Der Austritt der Rechten.

1. Kap.: Gruppenbildung innerhalb der Reichstagsfraktion und erste Auseinandersetzungen mit Bismarck wegen der neuen Finanz- und Wirtschaftspolitik 19
2. „ Die Gruppen der Reichstagsfraktion 28
A. Die Fraktionsrechte 29
B. Die Fraktionslinke 32
C. Die Fraktionsmitte 37
3. „ Die Reichstagsfraktion und der Kampf um Schutz- und Finanzzölle 39
4. „ Die Franckensteinsche Klausel und der Austritt der Gruppe Schauß-Völk 48

DRITTER TEIL.

Der Austritt der entschiedenen Linken.

1. Kap.: Die Auswirkungen der neuen Lage und die Wahlen zum preußischen Landtage 55
2. „ Im preußischen Landtage.
1. Abschnitt: Die Stellung der Parteien 59
2. „ Die Eisenbahnvorlage 62
3. „ Um die Elbinger Petition 66
4. „ Die Verwaltungsreformvorlage 98
3. „ Im Reichstage
1. Abschnitt: Die nationalliberale Fraktion 70
2. „ Das Militärgesetz 73
3. „ Die Samoa-Vorlage und die Elbeschiffahrtsakte 81
4. „ Die kirchenpolitischen Gesetze im preußischen Abgeordnetenhaus 87
5. „ Die Sezession 93

VIERTER TEIL.

Das Ergebnis 101
Literaturverzeichnis 109

Vorwort.

Mit der vorliegenden Arbeit versuche ich, einen Beitrag zu liefern zur Geschichte der nationalliberalen Partei an einem Wendepunkte ihrer Entwicklung. Die Absicht geht dahin, die darzustellende Krisis zu erfassen in möglichst all ihren Bedingungen sachlich-politischer, persönlicher und ideologischer Art in der ganzen Fülle der Geschehnisse. Den Ablauf der Krisis versuche ich festzuhalten in seiner einmaligen Gegebenheit. In diesem Sinne, als eine Sonderdarstellung eines bestimmten, zeitlich eng begrenzten Verlaufes ist sie eine Vorarbeit zu einer anderen Form der Darstellung, welche vorzüglich darauf gerichtet ist, den Wandel in der Willenshaltung der führenden Männer der Partei und die damit verbundene Wandlung der Parteidoktrin von höherer Warte aus einzuordnen in den großen Gang der geistigen und der politischen Entwicklung der Epoche überhaupt. Soll aber eine solche Art der Gestaltung nicht den festen Boden unter den Füßen verlieren, so bedarf sie unbedingt der sicheren Begründung durch Arbeiten der vorliegenden Art. Mit dieser Arbeitsrichtung ist auch die Selbständigkeit und Berechtigung des vorliegenden Versuches der Arbeit von Maenner gegenüber gegeben, welche Liberalismus und Wirtschaft in dem weiten Raum der 60er bis 80er Jahre einander gegenüberstellt und diese Betrachtung durchführt sozusagen aus der Vogelperspektive. Demgegenüber vertieft sich diese Arbeit ganz wesentlich in die Einzelerscheinungen des Zeitraums von nur zwei Jahren und versucht sie zu ergründen, freilich in stetem Hinblick auf die großen Zusammenhänge.

1. Teil.

Die nationalliberale Partei von 1867—1878.

ERSTES KAPITEL:

Die Gründung.

„In allen Dingen allezeit", so sagt Ranke einmal [1]), „kommt es auf den Ursprung an. Der erste Keim wirkt immer fort durch das ganze Wachstum, sei es bewußt oder unbewußt." Dieser das Wachstum bestimmende Keim lag für die nationalliberale Partei, eben als nationalliberale, in den Gegebenheiten ihrer Gründung. Momente der inneren und äußeren Lage hatten sie aus der alten liberalen und aus der Fortschrittspartei in Preußen hervorgetrieben; Liberale aus den neuerworbenen Provinzen und den übrigen Staaten des Norddeutschen Bundes hatten sich ihr angeschlossen. Die Neubildung war die von einem leidenschaftlichen Willen zu einem neuen Reiche getragene Antwort des Bürgertums auf die Ereignisse des Jahres 1866, eine Antwort, die nicht darin bestand, daß man sich lediglich auf den Boden der Tatsachen stellte, sondern die beseelt war von dem frohen Glauben, die Freiheit der individuellen Bildung im Sinne unserer Klassiker zu vereinen mit der Zusammenfassung aller Kräfte im freiheitlichen und mächtigen Nationalstaate [2]). Es schien, als sollten die Forderungen sich verwirklichen, welche Droysen am Schlusse seiner „Freiheitskriege" aufgestellt hatte: „Vor allem die nationale Selbständigkeit und Einheit, grundgesetzliche Rechtssicherheit, sodann ein wahrhaftes Staatsbürgertum, gegründet auf der Basis kommunaler Ordnung, gegipfelt in dem ständischen Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung; endlich gerechte Autonomie in allen Lebenskreisen, deren Zweck nicht der Staat ist. In Summa: ‚Die königliche Vollfreiheit des sittlichen Menschen' (Fichte)" [3]).

[1]) Ranke, Sämtliche Werke, Bd. 49. S. 138.

[2]) Meinecke in der Vorrede zu: Alfred Dove, Ausgewählte Aufsätze. München 1927. Bd. I. S. XVI f.

[3]) Droysen, Vorlesungen über die Freiheitskriege. Kiel 1846. Bd. II. S. 727 f. — Das Zitat möge hier, trotzdem es aus dem Vormärz stammt, wegen seiner tiefen und weiten Auffassung als Ausgang erlaubt sein.

„Vor allem die nationale Selbständigkeit und Einheit", das war in diesem Augenblick die beherrschende Leidenschaft, der einigende Wille in den mannigfachen Abwandlungen des liberalen Gedankens, welche die nationalliberale Partei von allem Anfang her in sich barg, und die sie in Reaktion auf das neue wirtschaftlich-soziale und politische System Bismarcks von 1879 wieder auseinandertreiben sollten. Schunke[4]) hat auf den großen Anteil der einen Gruppe der Liberalen, der Freihändler, an der Aussöhnung der späteren Nationalliberalen mit Bismarck hingewiesen. Es war eine Gruppe von Männern, die auf das engste mit dem Wirtschaftsleben verbunden waren, die aus den Kreisen des Handwerks und der Kleinindustrie, des Handels und der Finanz stammten. Freihandel und politischer Liberalismus gehörten eben sinngemäß als gedankliche Reaktionen auf das politische und merkantilistische System des Absolutismus zusammen. Der Freihandel war damals das Wirtschaftssystem des Liberalismus. In der Paulskirche freilich hatten Schutzzoll und Freihandel einander im Schoße der einen Partei noch befehdet; doch hatte die preußische Handelspolitik seit 1851 die freihändlerischen Liberalen so gestärkt, daß ihre Gegner in der Partei fast bedeutungslos geworden waren[5]). In der Ideologie dieser vom Wirtschaftsleben herkommenden Liberalen war der höchste Wert nach der „nationalen Selbständigkeit und Einheit" die „gerechte Autonomie" vor allem im wirtschaftlichen Lebenskreis. Da sie sich durchaus in Übereinstimmung fühlten mit der großen Linie der preußischen Handelspolitik[6]), so waren sie es, die schon vor dem Kriege von 1866 zur Einigung mit der Regierung bereit waren, und gerade sie konnten aus ihrer nur wenig betonten Opposition zur inneren Politik Bismarcks für ihre im Grunde oppositionellen Freunde, die zum großen Teil freien Berufen entstammten, eine Brücke zum Minister schlagen. So traten denn nun auch diese ein in die „reale Wirklichkeit des neuen preußisch-deutschen Staates"; aber während jene mit ganzer Persönlichkeit die ihnen naheliegenden Dinge zu gestalten versuchten, blieben diese im Grunde „zu sehr die alten, ... um nicht ... innerlich irgendwie ge-

[4]) Werner Schunke, Die preußischen Freihändler und die Entstehung der nationalliberalen Partei. Leipzig 1916. Bes. S. 89.

[5]) Maenner, S. 351, 356.

[6]) Lasker, Nachlaß. S. 47.

brochen und durch alte Voraussetzungen — trotz aller Selbstkritik — gelähmt zu sein“ [7]). Denn in diesen preußischen Männern, die sich hinfort der Regierung nicht versagten bei der Vorbereitung auch ihres eigenen beherrschenden Zieles, der deutschen Einheit, zitterten die außerordentlichen Leidenschaften der Konfliktzeit noch derart nach, daß sie in allen Fragen der inneren Politik mit ihren früheren, noch immer oppositionellen Freunden aus dem Fortschritt, mit denen sie zum Teil doch auch ihre Herkunft aus den demokratischen Ideen von 1848 teilten, übereinstimmten [8]). Ihnen war der „ständische Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung“ der nach der nationalen Einheit höchste Wert. Freilich faßten sie ihn im Sinne des Parlamentarismus. Sie erstrebten, als im Grund doch oppositionelle Gruppe, die Macht im Staate, um ihn nach ihrem Gedanken zu gestalten. Die Neu- und Nichtpreußen dagegen, die in den konstitutionellen Mittel- und Kleinstaaten großgeworden waren, sahen ihr Ziel vornehmlich in der Einheit des Reiches, dann in der diese begründenden Rechtssicherheit und -gleichheit. Ein elementarer Drang zur Macht in diesem Reiche aber war nicht eigentlich bestimmende Leidenschaft. Denn mit dem einen Hauptziel Bismarckischer Politik, eben der deutschen Einheit, stimmten sie durchaus überein; so fehlte ihnen denn nach Herkunft und Ziel die Grundlage eines entscheidenden Widerspruches zur augenblicklichen Staatsleitung, und damit auch die zu einem nachdrücklichen Kampfe um die Macht in diesem Staate [9]).

ZWEITES KAPITEL:

Das Bündnis mit Bismarck.

„Den idealistischen Drang der Nation nach großer Gestaltung und großen gesetzgeberischen Zielen“ zog nun Bismarck „in die Dienste seines gewaltigen Beginnens“ [10]). Ihm

---

[7]) Wilhelm Mommsen, Johannes Miquel. Berlin 1928. Bd. I. S. 373.

[8]) Vgl. Lasker. S. 47.

[9]) Bennigsen am 27. 12. 66: Die deutsche Nation könnte keinen gegründeten Anspruch erheben, „den Parlamentarismus und den ganzen Komplex von Freiheiten in Gnaden verliehen zu erhalten.“ Oncken, Bd. II. S. 13.

[10]) Bamberger, Ges. Schr. Bd. V. S. 24.

war der leidenschaftliche Wille zur nationalen Einheit eine Macht, dessen eines Ziel, die Einheit, auch er erstrebe als die Voraussetzung für die Verwirklichung seiner politischen Ideen, und so konnte er seiner Grundhaltung nach mit ihm ein Bündnis eingehen. Sein Streben nach der nationalen Einheit entzweite ihn mit den bisherigen Stützen der preußischen Krone und brachte ihn zugleich in Gegensatz zu partikularistischen Fürsten. Zu den Besiegten von 1866 gehörten doch auch, gerade weil Bismarck ihren Absichten auf eine reaktionäre Politik um der deutschen Einheit willen entgegentrat, die preußischen Konservativen. Wenn nun Duncker freilich einst gehofft hatte, daß, wenn die Liberalen sich erst zu einer zuverlässigen Stütze der Regierung gemacht hätten, diese dann mit den Konservativen und den von ihnen vertretenen Interessen des platten Landes brechen würde [11]), so beruhte das doch auf einer Verkennung der inneren Verbundenheit von Krone und konservativem Adel; zu einem solchen Bruche war Bismarck durchaus nicht bereit. Wohl wollte er die Konservativen für seine Politik gewinnen; einen völligen und dauernden Bruch aber konnte er seiner Herkunft und Vergangenheit nach nicht wünschen. Als sich ihm seine Partei freilich versagte, da nahm er das ihm angetragene Bündnis mit den Nationalliberalen an, und auf diesem Verhältnisse, das ja vielleicht von nationalliberalen Kreisen im Sinne Dunckers gedacht sein mochte, beruhte die nationalliberale Politik der Folgezeit. Als die Krone ihre ursprüngliche, ihr innerlich verwandte Stütze wiedergefunden hatte, wandte sie sich von den Nationalliberalen ab. Es verband im Augenblick eben die beiden, Krone und Partei, neben der Wirtschaftspolitik lediglich das Streben nach nationaler Macht und Einheit, und Bismarck war nicht geneigt, den übrigen politischen Forderungen seiner neuen Bundesgenossen, sofern sie nicht auch in s e i n e r Richtung der Stärkung der Reichsgewalt lagen, ohne Zwang auch nur die kleinsten Zugeständnisse zu machen. Wohl vermochten die Nationalliberalen eine Reihe von Änderungen an seinem Entwurf zu einer Verfassung des Norddeutschen Bundes zu erreichen, die insgesamt immerhin eine beträchtliche Umgestaltung bedeuteten; aber

[11]) Preußische Jahrbücher. Bd. VIII. S. 524. — Vergl. Otto Westphal, Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. München 1919. S. 215 f.

selbst die weitgehendste der Bewilligung von Matrikularbeiträgen durch den Reichstag war nur der Anfang eines wirksamen Budgetrechtes und konnte im Verlaufe der Zeit leicht unwirksam werden. Doch war es der Partei „klarer als je, daß nur in der Einigung der Volksvertretung und der Regierung etwas zustande gebracht werden könnte“ [12]), und wie „das Gleichgewicht der Welt und die Fortdauer des Lebens“ sich nur erhalte „im Widerspiel der Kräfte“ [13]), so wurde die Taktik des Kompromisses, die Umsetzung des Gedankens des freien Vertrages in das Gebiet der Politik, um diese Zeit zu einem wesentlichen und im System geistig begründeten Bestandteil nationalliberaler Politik.

Wie nun in der Folge Bismarck in erster Linie danach strebte, das Reich zu gründen und dann zu festigen, wobei er nach liberaler Auffassung den inneren Gehalt des Reiches als etwas anzusehen schien, worauf es vorerst weniger ankäme [14]), so wollte ein großer Teil der Nationalliberalen den Norddeutschen Bund und dann das Reich von vornherein mit liberalem Geiste erfüllen; sie wollten „nicht nur ein deutsches, sondern ein liberal regiertes deutsches Reich“ [15]). Da nun der nationale Liberalismus freilich in „weiser Selbstbeschränkung“ den Staatsnotwendigkeiten sich anzupassen verstand [16]), worauf ja zum großen Teil sein Gegensatz zum fortschrittlichen Liberalismus beruhte, und da umgekehrt Bismarck ebenfalls aus Staatsnotwendigkeit gewissen nationalliberalen Forderungen nachgab [17]), so kam es zu einem, wenn auch nicht immer reibungslosen, so doch immerhin verhältnismäßig engen Zusammenarbeiten des leitenden Staatsman-

---

[12]) Twesten. Zitiert in der Zeitschrift für Politik. I. 400. Vergl. auch Miquel: „Politiker haben heute weniger als je zu fragen, was wünschenswert, als was erreichbar ist.“ Mommsen, Miquel. Bd. I. S. 371.

[13]) Bamberger, Ges. Schr. Bd. V. S. 99.

[14]) Bamberger, Ges. Schr. Bd. V. S. 61.

[15]) Lasker, Reichstag 9. 7. 79.

[16]) Vergleiche dazu Urteile gemäßigter Nationalliberaler wie etwa Beseler am 19. 5. 69: Bismarck und der innere Ausbau des Reiches. „Dem Mann fehlen hierzu offenbar Bildung und Befähigung.“ Heyderhoff, S. 444. Oder Wehrenpfennig am 29. 11. 69: „Bismarck ist in diesen Dingen (Kultusangelegenheiten) ungefähr so beschränkt wie ein pommerscher Landjunker oder Dorfpastor.“ Heyderhoff, S. 446. Vergl. auch Wehrenpfennig, ebenda S. 425.

[17]) Meinecke in der Vorrede zu: Alfred Dove, Ausgewählte Aufsätze. München 1927. Bd. I. S. XXIX.

nes mit der ausschlaggebenden Partei, zu der nationalliberalen Ära in den Parlamenten, die gekennzeichnet ist durch die Verabschiedung der großen Reichsgesetze bis hin zu den Justizgesetzen im Dezember 1876.

DRITTES KAPITEL:

Bismarcks Abkehr von den Nationalliberalen.

Das Ende solcher Zusammenarbeit war in dem Augenblicke gekommen, wo für Bismarck der unbedingte Zwang dazu fortfiel, wo sich die Umrisse einer neuen innen- und außenpolitischen Lage andeuteten. Noch mehr als bisher freilich mußte der Kanzler das Reich mit „Stricken und Klammern", „mochten sie wohl oder wehe tun", zu umfassen suchen, die geeignet waren, es in den künftigen Stürmen zusammenzuhalten [18]), in den Stürmen, wie sie nach der Krieg-in-Sicht Affaire, welche die Gefahr einer Isolierung Deutschlands in Europa allen offenbar gemacht hatte, zu erwarten waren. In der Verwirklichung aber der ihm immer dringlicher werdenden Forderungen des linken Flügels der verbündeten Partei nach Parlamentarisierung des Reiches vermochte er solche „Stricke und Klammern" nicht zu sehen; zu nahe lag zudem die Gefahr für ihn und sein politisches System, daß bei dem in Aussicht stehenden Tode des schon 78jährigen Kaisers der Vertrauensmann des Kronprinzen, daß Forckenbeck den linken Flügel des Nationalliberalismus in die Regierung und zur Herrschaft führen würde. Diese Gefahr war um so größer, als seit 1874 im Reichstage die Möglichkeit einer nationalliberal-fortschrittlichen Mehrheit gegeben war, welche den linken Flügel der Partei unter Führung des dem Kanzler jetzt so verhaßten Lasker zu oft ausschlaggebendem Einfluß gebracht hatte.

Aus dieser allgemeinen politischen Einstellung und der besonderen, auf den finanziellen Verhältnissen des Reiches und der einzelnen Bundesstaaten beruhenden Forderung einer Neuordnung der Reichsfinanzen erwuchs dem Kanzler im „langen Urlaub" des Jahres 1875 ein neues, umfassendes innerpolitisches Programm. Seine Hauptpunkte waren: Bekämpfung des Manchestertums und des politischen Liberalis-

[18]) Wort Diltheys, freilich 1880. Briefwechsel zwischen Wilhelm Dilthey und dem Grafen Paul York von Wartenberg. Halle 1923. S. 18.

mus; Erweiterung der Staatstätigkeit, besonders durch Übernahme von Eisenbahnen; dadurch Stärkung der Reichsgewalt; wirtschaftliche Autarkie des nationalen Staates; Anpacken der sozialen Frage; schärfere Anspannung der nationalen Idee [19]). „Den letzten Hauch seiner sinkenden Kraft" wollte der Kanzler daran setzen, „dem deutschen Reiche eine mächtige und unerschütterliche finanzielle Grundlage zu geben, welche . . . es in organische Verbindung bringt mit allen öffentlichen Interessen in Staat, Kreis und Gemeinde"[20]). Zur Durchführung dieses Programms suchte der Kanzler sich eine ihm unbedingt ergebene, möglichst gleichgeartete und tragfähige Mehrheit zu schaffen, eine „Partei Bismarck sans phrase", wie sie später spöttisch genannt wurde [21]), in welcher die Konservativen, die Freikonservativen und die Nationalliberalen nur noch drei Kompanien unter seinem Kommando bildeten. Dazu mußte er freilich die konservative Partei aus einer partikularistisch-oppositionellen zu einer reichsbejahenden machen, mußte er die nationalliberale umgestalten und aus der Verbindung mit dem Fortschritt ziehen. An der noch sichtbaren und von Zeit zu Zeit wieder aufspringenden Fuge innerhalb der Partei mußten zu diesem Zwecke die loslösenden Instrumente angesetzt werden [22]), und das war dort, wo sich die Linksstehenden, vornehmlich Altpreußen, von der großen Masse der Neu- und Nichtpreußen schieden. Gelang es, auf dieser Linie eine Spaltung herbeizuführen, so war eine Trennung gerade von den anspruchvollsten Männern von ausgesprochener, innerlich oppositioneller Selbständigkeit erreicht.

Diese Absichten des Kanzlers wurden begünstigt durch Änderungen in der geistigen Haltung der nationalliberalen Wählerschaft infolge des beginnenden wirtschaftlichen Niederganges des Kleinbürgertums und der immer wachsenden Bedeutung der großbürgerlichen Kreise in der Partei. Hatten bis in die Jahre 1874—1875 die nationalen und freiheitlichen Gedanken eine große und manchmal beherrschende Stellung

[19]) So zusammengefaßt bei Below, Deutsche Geschichtsschreibung . . . München 1924. S. 85. Die neue Schätzung der kirchlichen Faktoren fällt erst in die Zeit nach dem Tode Pius IX.

[20]) Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt. Berlin 1899. S. 88.

[21]) Etwa Windthorst im Reichstag 11. 10. 78. S. 202.

[22]) Lasker. S. 86. Dazu vergleiche man die Briefe Wehrenpfennigs bei Heyderhoff. S. 387, 415, 438, 439, 440 f.

im geistigen Leben des deutschen Volkes eingenommen [23]), so errangen nun langsam neu aufkommende wirtschaftliche und soziale Interessen eine immer größer werdende Macht über das Denken der Nation und organisierten sich in immer einflußreicheren Verbänden. Die jüngere Generation schlug neue Wege politisch-wirtschaftlichen Denkens und Strebens ein, auf welche die alte ihr nicht zu folgen vermochte. So mochte denn 1871 der 52jährige Sybel fragen: „Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben hernehmen?" Denn, „was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen ist, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt!" [24]) Mag das auch unter den überwältigenden Eindrücken des Jahres 1870 gesagt worden sein, so ist das Wort dennoch kennzeichnend für die geistige Haltung mindestens der älteren Generation der Partei. Klagt doch auch Haym 1876: „Ich traure mit dir über die Gesamtheit unserer Lebenszustände. Wir haben die ersehnte staatliche Einheit und Macht und Freiheit — und sind in sittlicher Beziehung heruntergekommen gegen früher. Der Trost eines ‚Übergangsstadiums' wäre für mich nur dann beruhigend, wenn ich sicher wäre, daß wir zum Besseren übergingen, wofür ich die positiven Bürgschaften leider nicht entdecke, geschweige, daß ich selbst Wege und Mittel dazu anzugeben imstande wäre" [25]). Und in diesem Nachlassen der schaffenden Kräfte der alten Führer gegenüber den „mehr aus der Sinnlichkeit des Menschen schöpfenden Regungen" [26]) liegt wohl ein tiefer Grund zum Niedergange der Partei. Mit der Erreichung der nationalen Einheit war für sehr viele die elementare Leidenschaft gesättigt, war zugleich die Schwungkraft der Gedanken erlahmt. Das Reich! ja, das war ein sittliches Ziel; aber in der Auseinandersetzung mit den neuen Gegebenheiten in der Wirtschaft und der sozialen Struktur der Bevölkerung sah man damals im Liberalismus fast allgemein noch keine „sittliche Aufgabe". Man hatte im Gegenteil ein ungemeines Sicherheitsgefühl, auf dem allein richtigen Wege zu sein [27]), und glaubte alle Fragen der Wirtschaft im

---

[23]) Braun, Von Friedrich dem Großen . . . S. 221.
[24]) 27. 1. 71, Heyderhoff. S. 494.
[25]) 16. 7. 76, Wentzke. S. 154. Brief an Wilhelm Schrader.
[26]) Meinecke a. a. O. Bd. I. S. XXXIV.
[27]) Meinecke a. a. O. Bd. I. S. XXIX.

Manchestertum gelöst, während man die soziale Frage in ihrer Eigenart nicht sah, oder nicht sehen wollte. Noch fühlten die nationalliberalen Führer sich als die Vertreter der ganzen Nation; noch fühlten und sahen sie nicht mit aller Deutlichkeit, daß ihr System doch im Grunde nur die Doktrin bestimmter sozialer Schichten: der des Handwerks und der Kleinindustrie, des Handels und der Börse war, und daß sie deren wirtschaftliche Interessen vertraten. In einer Zeit, wo diese von der Regierung gefördert worden waren, wo die wirtschaftliche Existenzgrundlage dieses liberalen Bürgertums noch nicht gefährdet erschien, da hatten freilich diese wirtschaftlichen Interessen in den politischen Kämpfen nur eine geringe Rolle gespielt; sie waren, da ihre Förderung selbstverständlich und im wesentlichen doch unumstritten war, in den Hintergrund getreten. So konnten denn die Führer der ehrlichen Überzeugung leben, daß die Wirtschaft auf ihre politischen Überzeugungen keinen irgendwie bedeutenden Einfluß ausübe. Der neuaufkommende Großkapitalismus aber stellte sich in seiner Ideologie von vornherein auf den Standpunkt, daß wirtschaftliche Interessen auch politischen Einfluß hätten und haben müßten. Demgegenüber empfand man in liberalen Kreisen, besonders in solchen, welche dem linken Flügel der nationalliberalen Partei angehörten, Bismarcks neues Programm, das die Wirtschaft durch die Politik geregelt und gefördert wissen wollte, lediglich als eine „Armut an schöpferischen Gedanken", als eine „Rückkehr zu den Anschauungen und Einrichtungen vergangener Zeiten"[28]). In diesem Versiegen des schaffenden Geistes, in diesem Unvermögen, neue geistige Kräfte aus den Gebieten der Wirtschaft und des sozialen Lebens entweder in das liberale System aufzunehmen oder sich positiv damit auseinanderzusetzen, liegt der Grund für den „politischen Irrtum", wie Treitschke es nennt, der Nationalliberalen, den dieser im Ablehnen des ersten Entwurfes des Sozialistengesetzes zu sehen glaubte, der aber in der ablehnenden Haltung zur Kernfrage der damaligen Reichspolitik, der Finanzfrage[29]) und der damit verbundenen Wirtschaftspolitik, lag.

---

[28]) Bamberger, Ges. Schr. Bd. V. S. 82.

[29]) Vergl. Dietzel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl. Bd. III. S. 68 und Ergänzungsband zur IV. Aufl. S. 184.

Diese konnte von 1876 an vom Kanzler energischer angepackt werden, als infolge der Zuspitzung der österreichisch-russischen Beziehungen der Albdruck einer Kaunitzschen Koalition von ihm gewichen war, und als zu gleicher Zeit die Opposition der preußischen Partikularisten durch die unter seiner Mitwirkung gegründete deutschkonservative Partei reichsbejahend und damit wieder die alte Stütze der Krone wurde, und als endlich die nationalliberale Partei sich mit der fortschrittlichen infolge des Kompromisses über die Justizgesetze ernstlich entzweite. Und wenn auch die deutschkonservative Partei keinen großen Anhang im Lande hatte, so ließ sich doch erwarten, daß bei geschickter Betonung der wirtschaftlichen und sozialen Programmpunkte und bei Verwendung des Regierungsapparates für sie, ihre Stärke in den Volksvertretungen bald steigen würde[30]). Die Wendung Bismarcks konnte als vollzogen gelten mit der Entlassung Delbrücks, des amtlichen Leiters einer liberalen Politik im Reiche, im Frühjahr 1876[31]), und die Tatsache, daß anstelle des Altpreußen Forckenbeck, des Vertrauensmannes des Kronprinzen, hinfort der allezeit zu Kompromissen viel bereitere, geschmeidigere und politisch farblosere Hannoveraner Bennigsen als Vertrauter des Kanzlers die Verhandlungen für die Fraktion führte[32]), war ein weiteres Zeichen.

In den Worten Forckenbecks am 5. Juli 1877: „Wenn sonst die Gesetzgebung dem Drängen des Volkes zu sehr nachhinkte, so ist sie jetzt demselben vielleicht zu sehr vorausgeeilt. Die liberalen Parteien haben . . . in kurzer Zeit viel Arbeit vollbracht. Wir haben Großes erreicht, halten wir darum still, um den Hauptpunkt zu verteidigen männiglich und nach allen Seiten“[32]), ist das Grundmotiv der nationalliberalen Politik der folgenden Jahre angeschlagen, das am Ende der gleichen Rede noch einmal die einprägsame Fassung erhielt: „Zurück auf die Schanzen zur mannhaften Verteidigung des bisher

---

[30]) Vergl. etwa Wehrenpfennig am 26. 7. 77: er habe begreifen gelernt, „wie leicht unser Liberalismus auf dem Lande aus dem Sattel gehoben werden könnte, wenn die Konservativen nur etwas rührige und tüchtige Leute unter sich hätten . . . Schickte er (Eulenburg, der Innenminister) g u t e Konservative, so würde uns alles auf die Dauer nicht helfen.“ Wentzke, S. 182.

[31]) Bamberger, Ges. Schr. Bd. V. S. 65.

[32]) Philippson. S. 282.

Errungenen!“ [33]) In diesem Augenblicke freilich lehnte er, da der Bruch mit dem Kanzler noch nicht öffentlich vollzogen war, und da die Fortschrittler wegen der Justizgesetze noch in heftigem Gegensatze zu den Nationalliberalen standen [34]), ein Zusammengehen mit ihnen ab. Am Ende des gleichen Jahres 1877 aber hielt er infolge des Stockens der preußischen Selbstverwaltungsgesetzgebung und infolge neuer Steuervorschläge des Finanzministers Camphausen einen Trinkspruch auf die Gemeinsamkeit der liberalen Parteien [35]). Gerade sie aber zu zerstören war die Absicht des Reichskanzlers.

VIERTES KAPITEL:

Erste Kämpfe.

Als Mittel dazu ersah er sich die Aufrollung wirtschaftlicher Gegensätze innerhalb des Liberalismus. Freilich standen dem Kanzler die Einzelheiten seiner beabsichtigten Reform noch durchaus nicht fest. Im Herbst des Jahres 1875 wäre daher für die nationalliberale Partei vielleicht eine letzte Möglichkeit gewesen, unter Benutzung des damals gerade sehr gespannten Verhältnisses des Kanzlers zu den Konservativen ihn wieder eine Zeitlang an sich heranzuzwingen, wenn von ihnen die Initiative zu einer Neuordnung der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik ausgegangen wäre [36]), die dem Reiche gegeben hätte, was es brauchte. Aber einen Staat zu stärken, „dessen Verstand und Ehrlichkeit im selben Maße zurückgehen, als seine Macht (nicht zu verwechseln mit seiner Ausdehnung) wächst“ [37]), den sobeschaffenen Staat, noch dazu

---

[33]) Philippson. S. 283. Vergl. Richter. Bd. II. S. 25.

[34]) Dieser hatte seinen Grund vorzüglich darin, daß die Nationalliberalen einem Kompromiß zugestimmt hatten, das die Erhebung von Strafverfahren gegen Beamte wegen Dienstvergehen letzten Endes von der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes abhängig machte, das ferner ein Zeugniszwangsverfahren gegen Redakteure, Verleger und Drucker zuließ. Dafür hatten sie aber erreicht, daß für Preßvergehen auch weiterhin Schwurgerichte zuständig blieben.

[35]) Philippson. S. 286. (23. November 1877.)

[36]) Vergl. Braun, Von Friedrich dem Großen . . . S. 234.

[37]) Bamberger, Ges. Schr. Bd. I. S. 8.

durch eigene Initiative![38]) zu stärken, das konnte, mindestens nach linksliberaler Anschauung, unmöglich die Aufgabe des Reichstages sein. Gerade um dieser Stärkung der Reichsgewalt willen wollte Bismarck eine Erhöhung der indirekten Steuern und der Zölle im Reiche, wobei die Matrikularbeiträge fortgefallen wären, und ein Tabakmonopol[39]). Mit der Erhöhung der Finanzzölle und gewisser indirekter Steuern hätten die Nationalliberalen sich einverstanden erklären können[40]). Sehr schwer aber hätten sie der damit zugleich von Bismarck beabsichtigten Senkung der direkten Steuern in den einzelnen Bundesstaaten zustimmen können; nicht etwa nur, weil sie die Besteuerung recht fühlbar machen und so der Bewilligung durch das Parlament hätten enge Grenzen ziehen wollen[41]), sondern zugleich in dem Gedanken, daß in der Leistung direkter Steuern das staatsbürgerliche Pflichtbewußtsein und die Opferwilligkeit der Nation eine Stärkung erführe[42]). Unbedingte Ablehnung aber erlitt der Vorschlag eines Tabakmonopols; in ihr kam später der Bruch zwischen Bennigsen und Bismarck nach den Verhandlungen über dessen Eintritt in die Regierung äußerlich zum Ausdruck. Und zwar entschieden hier im Grunde nicht unmittelbare wirtschaftliche Rücksichten — Bennigsen hätte sich darüber hinweggesetzt — sondern solche der konstitutionellen Doktrin. Denn das Monopol, gerade wie auch gesteigerte indirekte

---

[38]) Lasker im Reichstag am 23. 2. 78, S. 160: „Den Parteien selbst zu überlassen, daß sie aus ihrer Mitte den Reformplan und für diesen die Mehrheit bilden sollen, das, glaube ich, wird ein jetzt verfehltes und nie glückendes Experiment sein." Zu beachten bleibt dabei freilich, daß man in diesem Augenblick an Bennigsen als Finanzminister dachte. Ferner Staufenberg (Reichstag, 22. 2. 78, S. 129): „die schöpferischen Gedanken wachsen nicht aus einem Kollegium heraus, sondern ... aus dem Kopf eines einzelnen Mannes, der mit voller Kraft für die Durchführung eintritt."

[39]) Bismarck, 28. 1. 80: „Denn was ist es denn, was die beiden Großmächte, die uns bedrohen, in den Stand setzt, die Millionen Soldaten immer auf die Beine zu bringen? Die Einnahmen aus dem Tapaksmonopol und von den Spirituosen!" Bismarck, W. W., Bd. VIII. S. 344.

[40]) Bennigsen im Reichstage, 10. 5. 78. S. 1209: höhere Heranziehung indirekter Steuern, um das Reich auf eigene Füße zu stellen.

[41]) Wie etwa Rößler es ihnen vorwirft. Rößler: Ausgewählte Aufsätze. Berlin 1902. S. 135.

[42]) Rickert: Reichstag, 1. 3. 79. S. 231.

Steuern und Zölle, hätte dem Reiche große und von jeder Bewilligung durch den Reichstag unabhängige Einnahmen gegeben; wie es auch Bismarcks Absicht war. In dem Widerstande dagegen aber stand die Fraktion damals noch fast geschlossen zusammen. Sah man doch das Wesen der konstitutionellen Regierungsform darin, daß das Parlament das Recht der jährlichen Bewilligung von Einnahmen und Ausgaben hatte als ein vorzugsweise loyales Machtmittel, um ohne gewaltsame Erschütterungen dem einsichtigen und wohlgesinnten Teil der Bevölkerung dauernden, geregelten Einfluß auf die Staatsgeschäfte zu sichern[43]). Den Einfluß auf die Höhe der vom Volke zu tragenden Lasten übte der Reichstag damals einzig durch die Bewilligung der Matrikularbeiträge aus; denn die Erträge der einmal bestehenden indirekten Steuern und der Zölle entzogen sich seiner Bewilligung, und der Einfluß durch das „Altenteil des sogenannten Ausgabebewilligungsrechtes" war praktisch doch recht gering. Eben deshalb hatten die Nationalliberalen 1867 direkte Reichssteuern gefordert, die einer jährlichen Bewilligung unterlegen hätten, und die ursprünglich nur als Notmaßnahme gedachten Matrikularbeiträge erhielten für sie erst dann ihren überragenden Wert, als klar wurde, daß direkte Steuern im Reiche nicht zu erreichen sein würden[44]). Dann aber lag auch für sie gerade in ihrer Bewilligung das Schwergewicht des deutschen Staatsrechtes[45]). Da aber in Preußen kein Einnahmebewilligungsrecht bestand, weil nach Artikel 109 der Verfassung einmal bestehende Steuern und Abgaben forterhoben wurden, so wäre für Preußen die Folge einer durchgreifenden Finanzreform, die dem Reiche bei Verzicht auf Matrikularbeiträge noch Überschüsse zur Verteilung an die Bundesstaaten gegeben hätte, die gewesen, daß seine Regierung über große Mittel hätte verfügen können ohne jeden wirksamen Einfluß der Volksvertretung. So stand denn mit der Frage der Reichsfinanzreform zugleich die große Frage der Fortbildung der Verfassung, der Abgrenzung der Kompetenzen des Reiches und der Einzelstaaten, und damit zugleich die der Verwaltungsorganisation des Reiches zur Verhandlung. Mit der finanziellen Frage glaubte man, Bismarck, wie schon einmal 1869, zwingen

[43]) Gneist. Gesetz und Budget. Berlin 1879. S. 136.
[44]) Gerloff. S. 68.
[45]) N. Z., 26. 4. 79, Nr. 193.

zu können[46]), und so stellte denn Lasker die Forderung: Keine Steuer ohne Steuerbewilligungsrecht im Reich und in Preußen, Organisation entsprechender Organe der Reichsverwaltung in der Form von Reichsämtern verbunden mit preußischen Ministerien zur Sicherung einer einheitlichen Politik im Reich und in Preußen[47]). „Nicht die Einführung des Tabaksmonopols möge die ruhmreiche Laufbahn des Reichskanzlers krönen, sondern die Einführung einer konstitutionellen Steuerpolitik und eines gut konstitutionellen Reichsministeriums“[48]). Diesen Forderungen aber setzte Bismarck die schroffe Absage gegenüber: „Wenn allerdings die Verbesserung der Reichssteuern davon abhängig bleiben sollte, ... daß vorher gewisse politische Bedingungen erfüllt würden, dann werden wir uns in einem vitiösen Zirkel befinden und nicht dazu kommen“[49]). Bis Weihnachten 1877 hatte Bismarck noch mit Bennigsen über dessen Eintritt in die Regierung, freilich nicht als Finanz-, sondern als Innenminister, verhandelt, vielleicht, um das Ministerium „der Parlamentsmehrheit dauernd und entsprechend anzupassen“[50]) — doch wohl nur, wenn diese ganz gouvernemental geworden wäre — mehr aber noch, um den linken Flügel der Nationalliberalen abzuspalten[51]). Denn Bennigsen allein im Ministerium wäre zu entschieden liberalem Handeln nicht fähig gewesen; wohl aber hätte er vielleicht die Mehrheit seiner Fraktion hinter sich hergezogen im Sinne der Bismarckischen Politik, und

---

[46]) Bamberger: Durch das Steuerbewilligungsrecht die Parlamentarisierung der Regierung erreichen. Hölder am 20. Februar 78 bei Poschinger, Bd. II. S. 269.

[47]) Poschinger. Bd. II. S. 270.

[48]) Bamberger im Reichstage am 23. 2. 78. S. 178.

[49]) Im Reichstage am 5. 3. 78. S. 346. Gneist dagegen sah in dem Programm einer jährlichen Steuerbewilligung „eine Zumutung an die im Vollbesitz der Staatsgewalt sich befindliche preußische Monarchie ... an welchem (Programm) jede politische Partei, die es im Ernst aufstellen wollte, scheitern müßte“. Gneist, Gesetz und Budget, S. 148f.

[50]) Oncken. Bd. II. S. 299.

[51]) Bergsträßer. S. 67. Auf einen weiteren möglichen Grund weist Johannes Ziekursch in seiner Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches. Frankfurt 1927. Bd. II. S. 316, hin: Bismarck habe seinem angeblichen Rivalen Stosch und dem Kronprinzen die Möglichkeit nehmen wollen, bei einem etwaigen Thronwechsel ein liberales Kabinett im Gegensatz zu ihm zu bilden.

dabei wäre dann die linke Flügelgruppe abgesprengt worden. Daher die Ablehnung Bismarcks, als er seine Absicht durch die Forderung, daß Forckenbeck und Stauffenberg zugleich eintreten sollten, erkannt glauben mußte[52]). Ob die Fraktionslinke diese Absichten des Kanzlers wirklich durchschaute, möge dahingestellt bleiben[53]). Die Möglichkeit einer in stärkerem Maße als bisher liberalen Regierungspolitik hat, besonders auch von seiten des Kaisers, sicherlich nicht vorgelegen; wie denn auch in der Ernennung Stolbergs zum Kanzler-Stellvertreter, Botho Eulenburgs zum Innenminister der „fundamentale Umschwung" in der Politik zum Ausdruck kam[54]).

So hatte man sich denn von 1875 bis zum Frühjahr 1878 in jenem „vitiösen Zirkel" bewegt und war, wesentlich bedingt durch die geschilderten Verhältnisse, nicht zu einer Verbesserung der Reichsfinanzen gekommen. Die entschiedene parlamentarische Niederlage des Kanzlers in diesem Frühjahr könnte freilich auch willentlich mit von ihm selbst veranlaßt worden sein durch sein schroffes Eintreten für ein — aussichtsloses — Tabakmonopol, durch die Ankündigung, daß mit der liberalen Aera gebrochen werden sollte. Vielleicht schwebte dem Kanzler, der gerade die Nachricht vom Papstwechsel erhalten hatte, schon ein Zusammengehen mit dem Zentrum vor[55]). Durch die Ablehnung aber der Steuerreform seitens der Nationalliberalen konnte das Vertrauen in ihren Unitarismus und ihre Reichstreue erschüttert werden, und das zu erreichen hatte vielleicht auch in Bismarcks Absichten gelegen. Sie hatten eine Stärkung der Reichsgewalt verhindert, indem sie ihre konstitutionellen Machtansprüche dem Reichsinteresse übergeordnet hatten; diese Entscheidung konnte im Wahlkampfe gegen sie ausgenutzt werden. Um aber einen solchen Kampf in aller Schärfe in der Wählerschaft durchfechten zu können, um durch Auflösung des Reichstages eine fügsamere Mehrheit zu erhalten, dazu fehlte

---

[52]) Maenner: S. 367.

[53]) Immerhin könnte Forckenbecks späterer Ausdruck (bei Böttcher, Stephani, S. 261), er habe die Bedingungen in der Absicht gestellt, die Verhandlungen scheitern zu lassen, in der Richtung gedeutet werden.

[54]) Oncken. Bd. II. S. 385.

[55]) Diese Vermutung hat Lenz ausgesprochen: Max Lenz: Geschichte Bismarcks. 4. Aufl. München 1913. S. 437 f. Vergl. auch Bismarck, W. W. Bd VIII. S. 248 f.

in diesem Augenblicke noch die durchschlagende Wahlparole, und wenn der Kanzler auch schon daran gedacht hatte, den Schutzzoll, dem der Kaiser schon seit 1875 stark zuneigte [56]), dazu zu machen [57]), so hätte er in diesem Augenblicke aber vielleicht doch noch nicht den nötigen Widerhall in den Massen gefunden [58]).

Der günstige Augenblick zu einer Auflösung des Reichstages und einem Kampfe mit der nationalliberalen Partei um die Stimmen der Wähler schien Bismarck erst nach dem zweiten Attentat auf den Kaiser (2. Juni 1878) gegeben. Aus seinem ersten Worte auf die Meldung von diesem Ereignisse: „Jetzt lösen wir den Reichstag auf!“ [59]), ist die elementare Kampfesleidenschaft und das ständige Kreisen seiner Gedanken um das Problem einer Spaltung oder Vernichtung des nationalen Liberalismus ersichtlich. Den ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes hatte die Partei als gegen sich gerichtet gefühlt [60]), und so hatte die Fraktion, wenn auch gegen den Widerstand der Rechten um Treitschke, gegenüber dem politischen ‚Coup‘ Bismarcks, dem es nur auf die Quittung für seine getane Pflicht ankäme, den Standpunkt eingenommen, daß die Sozialdemokratie nur auf dem Boden des für alle gleichen Rechtes bekämpft werden dürfte [61]). Sie hatten nicht den Klassenkampf in die Gesetzgebung einführen wollen [62]): das war der prinzipielle Gegensatz gegen den Entwurf gewesen, deswegen war er von ihnen abgelehnt worden [63]).

Das Ergebnis des Wahlkampfes im Sommer 1878, welcher von der regierungstreuen Presse vornehmlich gegen die Nationalliberalen geführt wurde, bedeutete eine Mißbilligung der letzten, grundsätzlichen Entscheidung der Fraktion durch die nationalliberale Wählerschaft. Diese war durch die Attentate

---

[56]) Vergl. Gerloff. S. 127.

[57]) Bismarck, WW., Bd. VIII. S. 245, 253 ff.

[58]) Dagegen Hölder am 7. 4. 78: Bismarck könnte durch eine maßvoll umwendende Wirtschaftspolitik, besonders durch Schutzzoll, einen Bruch mit den Nationalliberalen schaffen und eine Mehrheit bekommen. Poschinger. Bd. II. S. 276.

[59]) Tiedemann: Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck. 1898. S. 42 f.

[60]) Reichstag, S. 1503. 23. 5. 78.

[61]) Reichstag, S. 1507. 23. 5. 78.

[62]) Reichstag, S. 1539. 24. 5. 78.

[63]) Reichstag, S. 1538. 24. 5. 78.

und jene Agitation in eine so große Furcht vor einem drohenden sozialen Umsturz geraten, daß sie von ihren Vertretern im Reichstage verlangte, sie sollten die Regierung, die es unternahm, sie vor jenen revolutionären Gewalten zu schützen, in ihrem Kampfe unbedingt unterstützen. Viele nationalliberale Wähler schwenkten ab, und die Zahl der nationalliberalen Reichstagsmandate, die schon 1877 nur 127 gegenüber 152 im Jahre 1874 betragen hatte, sank weiter auf 98. Dabei waren es vornehmlich die Preußen, welche die größten Verluste erlitten. 1874 waren 81 Preußen, darunter 54 Altpreußen in die Fraktion gewählt worden; ihnen standen 71 Nichtpreußen gegenüber. 1877 waren es 63 Preußen, unter ihnen 40 aus den alten Provinzen, und 64 Nichtpreußen. 1878 war das Verhältnis 45 Preußen, darunter 27 Altpreußen, und 53 Nichtpreußen. Der Anteil der zumeist entschiedeneren altpreußischen Nationalliberalen in der Fraktion war von einem guten Drittel auf ein knappes Viertel gesunken; ebenso waren die Preußen insgesamt aus der Mehrheit in der Fraktion in die Minderheit gekommen. Den Gewinn in Preußen trugen die beiden konservativen Fraktionen davon, die seit 1874 28 Mandate gewonnen hatten, eben die Zahl, welche die Nationalliberalen verloren hatten. Dieser Rechtsverschiebung im Reichstage entsprach die Möglichkeit einer doppelten Mehrheitsbildung: einer konservativ-nationalliberalen und einer konservativ-klerikalen, welche der Regierung eine Machtstellung gab, wie sie in der Geschichte des Reiches noch nicht bestanden hatte.

Unter dem Drucke dieser neuen Verhältnisse im Reichstage und aus Furcht, bei nochmaligen Neuwahlen fast ganz fortgefegt zu werden, wechselten die Nationalliberalen als einzige Partei ihre grundsätzliche Stellung zum Sozialistengesetz [64]). Bennigsen führte, getragen von dem Bestreben, eine nationalliberal-konservative Phalanx, um die Bismarck in seiner Rede vom 9. Oktober warb [65]), zu schaffen [66]), die Kom-

---

[64]) Lasker. S. 132.

[65]) Reichstag, 9. 10. 78. S. 129.

[66]) Windthorst bezeichnete es als „aus der Taufe zu heben eine neue Fraktion, eine Fraktion ‚Bismarck sans phrase', mit der Erlaubnis, daß die Teilnehmer dieser Fraktion in gesonderten Kompanien geteilt bleiben unter selbständiger Führung des Herrn von Helldorf, des Herrn von Kardorf und des Herrn von Bennigsen." Reichstag, 11. 10. 78. S. 202.

promißverhandlungen für das zweite Gesetz, ohne andere Führer zu seinen Besprechungen mit dem Reichskanzler hinzuzuziehen [67]). Der ultimative Druck des Laskerschen, für die Annahme des Gesetzes unentbehrlichen Flügels erreichte lediglich eine Befristung des zunächst auf immer beantragten Gesetzes. Im ganzen aber überbrückte Bennigsen wieder die diesmal fast unverhüllt nebeneinander liegenden Gegensätze in der Partei, die so heftig aneinander geraten waren, daß zeitweilig ein Austritt der Linken durchaus möglich war [68]). In dem Kompromiß über das Sozialistengesetz vom 17. Oktober 1878 vereinigte er die auseinanderstrebenden Teile noch einmal unter seinem Willen, der im wesentlichen dem des Kanzlei entsprach. Diesem, seinem letzten persönlichen Erfolge sollte keiner innerhalb der nationalliberalen Partei in ihrem jetzigen Bestande mehr folgen.

---

[67]) Philippson. S. 303. Poschinger. Bd. II. S. 297 ff.
[68]) Vergl. Poschinger. Bd. II. S. 291—299.

2. Teil.

Der Austritt der Rechten.

ERSTES KAPITEL.

Gruppenbildung innerhalb der Reichstagsfraktion und erste Auseinandersetzungen mit Bismarck wegen der neuen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Denn derselbe 17. Oktober 1878, der so noch einmal mit diesem persönlichen Erfolge Bennigsens die Kämpfe in der Fraktion abgeschlossen hatte, wobei das Kompromiß mit dem Kanzler freilich nicht so sehr einen Ausgleich im „Widerspiel der Kräfte" bedeutete, als die Unterwerfung des einen Willens unter den andern, zeigte auch schon allen sichtbar eine neue, den Nationalliberalen drohende Gefahr. Die „mit einem Hauche von Verschwörung" ins Werk gesetzte Kundgebung von 204 Abgeordneten des Reichstages, des „Freien volkswirtschaftlichen Vereins", mit ihren 75 konservativen, 87 klerikalen und 27 nationalliberalen Unterschriften für eine Reform „der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll" [1]) wies deutlich auf die Wahrscheinlichkeit eines konservativ-klerikalen Zusammengehens in wirtschaftlichen Fragen und auf die Möglichkeit einer Sprengung der Partei infolge wirtschaftspolitischer Gegensätze hin. Hatte doch schon ein ähnlicher, von einer Anzahl Nationalliberaler unterstützter Antrag desselben Varnbühler, der auch diese Kundgebung ins Werk gesetzt hatte, im Frühjahr 1877 zu einer großen Verstimmung in der Partei geführt, und waren doch damals schon erste Zeichen beginnender Spaltung und Intrigen klar hervorgetreten [2]). Der letzte Wahlkampf hatte nur deshalb noch in gemeinsamer Front geführt werden können, weil man erklärt hatte, daß wirtschaftliche Fragen niemals ein Teil des

[1]) Schultheß, 1878. S. 167.

[2]) Böttcher, Stephani, S. 179, 185. Vergl. Richter. Bd. II. S. 20.

politischen Programms gewesen seien; obgleich man andererseits auch „die großen Grundzüge der durch ein halbes Jahrhundert erprobten Politik nicht durch unsichere Experimente“ hatte verdrängt wissen wollen [3]). Diese 27 nationalliberalen Unterschriften bewirkten eine auch nach außen hervortretende Gruppenbildung innerhalb der Fraktion, wie sie bisher noch nicht dagewesen war. Freilich hatten eine Rechte, eine Mitte und eine Linke in der Partei von Anfang an bestanden, hatten diese ihre Kämpfe innerhalb der Fraktion geführt; noch niemals aber hatte sich eine geschlossene Gruppe mit ganz bestimmten Zielen im Gegensatz zur Mehrheit der Fraktion offen herausgestellt. Der starken Anlehnung dieser Gruppe nach rechts stand eine bisher freilich noch nicht zusammengeschlossene freihändlerische Gruppe um so schwächer gegenüber, als infolge allgemeiner politischer Gegensätze zum Fortschritt eine Anlehnung nach links und die Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront unmöglich geworden war [4]).

Die Kundgebung der 204 hatte den Schutzzoll verlangt vornehmlich im Interesse der süd- und westdeutschen Industrieen, und in der Antwort auf einen Brief Varnbühlers hatte Bismarck am 25. Oktober lediglich seine Absicht ausgesprochen, eine umfassende Revision des Zolltarifs herbeizuführen. Der „Weihnachtsbrief“ [5]) des Kanzlers, sein Schreiben vom 15. Dezember 1878 an den Bundesrat, war dagegen von der Absicht geleitet, die schutzzöllnerische Bewegung zu benutzen zur Verwirklichung eines großangelegten Finanzplanes, in welchem der Schutzzoll nur noch ein Mittel unter andern darstellte. Bismarck wollte finanziell vor allem eine Verminderung der direkten Steuern in den einzelnen Bundesstaaten durch eine Vermehrung der Einnahmen aus indirekten Steuern und Zöllen im Reich erzielen. Entgegen der Absicht der 204, besondere wirtschaftliche Interessen durch Zölle zu schützen, empfahl der Kanzler aus politischen Rück-

---

[3]) Wahlaufruf vom 16. Juni 1878. Wentzke, S. 202.

[4]) Das auf dem Parteitag der Fortschrittspartei vom 24.—26. November 1878 neu aufgestellte Programm (gedruckt bei Salomon. Bd. II. S. 28—30), war so radikal oppositionell, daß ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen fast ausgeschlossen erschien. Vergl. Richter. Bd. II. S. 85 f.

[5]) Abgedruckt: Schultheß. 1878. S. 206 ff.

sichten nicht eine Priviligierung einzelner Industriezweige, sondern eine Rückkehr zu dem Prinzip der Zollpflichtigkeit aller Gegenstände. Das darin steckende Schlagwort vom „Schutz der gesamten nationalen Arbeit", die auch die landwirtschaftliche umfaßte, wurde von nun an zu einem der wirksamsten Mittel zur Werbung für den Schutzzoll, und das dadurch bedingte scharfe nationale Gepräge des künftigen Tarifes hat viel dazu beigetragen, ihn volkstümlich zu machen [6]). Dieses durch die Autorität des erfolgreichen Staatsmannes gestützte und alle materiellen Interessen berührende Schreiben brachte eine außerordentliche Wirkung hervor. Es sind die Jahre 1878 und 1879, in denen nach Belows Behauptung ein volkswirtschaftliches Schrifttum in erstaunlichem Umfange zum ersten Male hervortritt [7]), ein Zeichen für die Bewegung der Geister auf diesem Gebiete, und sie erhielt eine ganz bestimmte Richtung gerade durch Bismarcks Kundgebung.

Die Führer der nationalliberalen Partei erkannten sofort die ganze Gefahr, die in der Bismarckischen Absicht, die Landwirte und die Industrie politisch unter einen Hut zu bringen [8]), für den Bestand der Partei lag. In der Gegenwehr zur voraufgegangenen Bildung einer schutzzöllnerischen Sondergruppe kamen die Freihändler erstmalig am 31. Dezember 1878 zu einer Führerbesprechung der Fraktionslinken zusammen. Es nahmen daran teil: Bamberger, Forckenbeck, Lasker, Rickert und der zur Mitte gehörende Benda. Sie einigten sich auf folgende Richtlinien für die politische Tätigkeit der nächsten Zeit: „a) Abwehr der willkürlichen, alles überhastenden, alles in Aufruhr bringenden inneren Politik Bismarcks. b) Nur das Bedürfnis des Reiches kann über das Maß der Erhöhung der indirekten Steuern entscheiden, also höchstens nur Ersatz der Matrikularbeiträge. c) Notwendige Lebensbedürfnisse, Getreide, Vieh, dürfen nicht mit Eingangszöllen belegt werden. Opposition daher und überhaupt gegen den Brief vom 15. 12." Für dieses Programm sollten Unterschriften gesammelt werden nach dem Vorgange der 204 [9]). Es ist kennzeichnend für die Unsicherheit und auch Unentschlossenheit dieser Gruppe in diesem Augenblicke, daß man Laskers Namen nicht nennen

---

[6]) Barth. Zur Entwicklungsgeschichte ... S. 9.
[7]) Below. Geschichtsschreibung ... S. 84.
[8]) Wort Miquels. Oncken. Bd. II. S.400.
[9]) Wentzke. S. 230 f.

wollte[10]); denn das hätte den offenen Kampf gegen Bismarck bedeutet, einen Kampf, dessen Unvermeidbarkeit man wohl sah, den man aber auf dieser Grundlage doch nicht führen wollte, noch nach der Stimmung im Lande führen konnte[11]). In diesem Verzicht eines offenen und entscheidenden Kampfes gegen den Kanzler ist eigentlich die Niederlage in der Auseinandersetzung des nächsten halben Jahres, noch bevor sie begonnen hatte, vorweggenommen. Schon für ein solches Programm der sachlichen Abwehr des Weihnachtsbriefes konnte nur die Hilfe von so ausgesprochen freihändlerischen Organisationen wie des Zentralausschusses zur Förderung der Handelsfreiheit oder der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gewonnen werden. Die Stimmung der nationalliberalen Versammlungen und der Presse war ganz auf „Verständigung" mit Bismarck eingestellt. Man fühlte sich hilflos diesen titanenhaften Gedanken gegenüber, die gleich Blitzen aus heiterem Himmel hervorschössen[12]). Darüber herrschte freilich eine gewisse Einigkeit, daß Lebensmittelzölle auf jeden Fall abgelehnt werden müßten. Man glaubte nicht, daß Bismarck darauf bestehen würde, wenn er genügende Einnahmen aus der Besteuerung von Tabak, Branntwein und Bier gewinnen könnte, und die ihm zu bewilligen war man ja durchaus bereit. Eben noch hatte eine Konferenz von elf fast durchweg hochkonservativen Adligen sich teils für den Freihandel ausgesprochen (die Vertreter Pommerns und Preußens), teils für nur eine mäßige Korrektur des Tarifes, und der Deutsche Landwirtschaftsrat hatte am 27. Januar das Programm des Kanzlers mit 46 : 11 Stimmen verworfen zur vollständigen Überraschung Bismarcks. Denn dieser war der eigentlich treibende landwirtschaftliche Hochschutzzöllner in den Beratungen der im Winter 1879 tagenden Tarifkommission des Bundesrates[13]). In den „Bauernbriefen", Schreiben an landwirtschaftliche Organisationen, suchte er für seine Ideen unter den mit Schutz bedachten Interessenten zu werben. In nationalliberalen Krei-

---

[10]) Auch im nächsten Jahre müssen Lasker und Bamberger bei der Vorbereitung der Sezession sich zurückhalten. Wentzke. 326.

[11]) Die Taktik der Partei könne nicht populäre Agitation sein. Der Eindruck im Volke sei so, daß keine Partei sich gegen den Tarif sammeln lasse. N. Z., Nr. 11. 8. Januar 1879.

[12]) N. Z., Nr. 58. 4. Februar 1879.

[13]) Freye, Motive. S. 101, 62 f., 133, 267.

sen aber wurde diese agrarische Politik des Reichskanzlers noch nicht als ein Kernstück seiner Absichten erkannt. So konnte Miquel den Gedanken erwägen, den noch durchaus nicht fester Bund der agrarischen und industriellen Schutzzöllner dadurch zu sprengen, daß man den treibenden Eisenleuten ihren Zoll bewillige und sie so von den Landwirten trenne[14]).

Dann aber wurden die Kämpfe im Reichstage ausgefochten, der am 12. Februar 1879 mit einer Thronrede eröffnet wurde, die in ihrer völligen Abwendung von der Delbrückschen Handelspolitik und der sie tragenden Partei einen „niederschmetternden Eindruck" auf diese machte[15]). Denn die Worte: „Ich vermag nicht zu erkennen, daß tatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik (seit 1865) zur Seite gestanden haben", enthielt eine bisher unerhörte Kritik von höchster Stelle aus über die vergangene Wirtschaftspolitik an die Adresse der Nationalliberalen und konnte von ihnen nur als eine Kriegserklärung aufgefaßt werden, hinter der man den Plan einer neuen Auflösung des Reichstages vermutete. Darauf aber durfte gerade die nationalliberale Partei es nach den Erfahrungen des letzten Sommers am wenigsten ankommen lassen, und diese Furcht, verbunden mit der vor einer allgemeinen Reaktion, bestimmte ihre Haltung zur Regierung. In der vom 20.—25. Februar dauernden Aussprache über das Provisorium des österreichischen Handelsvertrages, in welchem von beiden Regierungen grundsätzlich die Vertragstheorie verlassen worden war[16]), sprachen die nationalliberalen Redner ein jeder lediglich für den engeren Kreis seiner Freunde. Hammacher, der Vertreter großindustrieller Interessen, bezeichnete es als den entscheidenden Fehler der deutschen Handelspolitik und den Ursprung der verderbenbringenden Interessenkämpfe, daß man 1868—1873 einseitig und ohne Kompensationen vonseiten des Auslandes die bestehenden Zölle aufgehoben habe. Ebenso suchte Oechelhäuser[17]), gleichfalls im Sinne der Großindustrie, eine Verständigung mit der Regierung zu erreichen auf der Grundlage der Bewilligung von Schutzzöllen, die sich freilich nur für

---

[14]) Wentzke. S. 232.
[15]) Böttcher. S. 231 f.
[16]) Freye, Motive. S. 57 f., 57 a, 57 d.
[17]) Reichstag, 22. 2. 79. S. 75—81.

einzelne Wirtschaftszweige auf Grund nachgewiesener Notlagen rein wirtschaftlich begründen ließen, während die allgemeine Zollpflicht aller Waren nur zu politischen Zwecken unter die Massen getragen sei. Demgegenüber kündigte Bamberger [18]) die Opposition der Fraktionslinken an, da sie zu einer Regierung, die „so mit Improvisationen, mit einem Platzregen von neuen Erfindungen, mit einem wahren Heißhunger nach glänzenden Resultaten, die versprochen werden, vorgeht", nicht das Vertrauen haben könnte, daß sie ein Tabakmonopol durchführen könnte. Doch hatte die große Mehrheit der Fraktion sich für eine Finanzreform ausgesprochen, und der drohende Bund Bismarcks mit dem klerikalen „Reichsfeinde" erschien so gesehen auf einem „großartigen Mißverständnis" zu beruhen, auf dem Mißtrauen in die Versprechungen nämlich, welche Lasker, Bamberger und Stauffenberg im Frühjahre 1878 zur Bewilligung von Finanzzöllen gemacht hatten [19].) Doch war die Folge dieser Aussprache, dieses „größeren Artilleriegefechtes" vor dem eigentlichen Kampfe, eine leichte Annäherung der Partei an Bismarck, der ihr empfahl, sich durch Reden nicht vorzeitig festzulegen [20]) Daher sprachen denn auch bei der Beratung des Etats Ende Februar und Anfang März die Führer der Freihändler in der Partei, Bamberger, Rickert und auch Benda ihre Bereitschaft aus, an einer Finanzreform mitzuwirken, die freilich nicht lediglich auf indirekten Steuern aufgebaut sein dürfe.

Von derselben Absicht, es nicht zu einem Bruche mit Bismarck kommen zu lassen, geleitet, behandelte dann die Fraktion auch den Entwurf eines Reichstagsstrafgesetzes, des sogenannten „Maulkorbgesetzes", obgleich bei seiner Beratung in der Fraktion die Geister hart gegeneinander standen. Enthielt doch die Form seiner Begründung, daß die bisherige Geschäftsordnung vielleicht ausgereicht habe, die Ordnung im Hause notdürftig aufrechtzuerhalten, eine der schärfsten persönlichen Kritiken des langjährigen Präsidenten Forckenbeck [21]). Dazu barg der Vorschlag, wie selbst Treitschke zu-

---

[18]) Reichstag, 21. 2. 79. S. 66—71, bes. 69.

[19]) Reichstag, 25. 2. 79. S. 112. Wort Bunsens.

[20]) N. Z., Nr. 103, 2. 3. 79, über Soiree am 28. 2. 79; vergl. Poschinger. Bd. II. S. 339.

[21]) Reichstag, 5. 3. 79. S. 288. Forckenbeck.

gab, der im übrigen die Tendenz des Entwurfes billigte und die heilige Entrüstung seiner Fraktionsgenossen nicht verstehen konnte[22]), eine zweifellose Verletzung des Artikels 27 der Verfassung, weswegen allein der Entwurf schon abgelehnt werden müßte[23]). Darüber bestand denn auch Einigkeit innerhalb der Fraktion, nicht aber über die Form dieser Ablehnung. Während Lasker, der den von Bismarck angebotenen Kampf aufnehmen wollte, für einfache Ablehnung eintrat, stimmte die Mehrheit einem von Stauffenberg vorgeschlagenen Ausweg zu, den Entwurf der Geschäftsordnungskommission zu überweisen mit dem Auftrage, die Möglichkeit etwaiger Änderungen zu prüfen und eventuelle Vorschläge zu machen. Praktisch bedeutete auch das eine Ablehnung; doch hatte auf diese Weise die Fraktion ihre Bereitwilligkeit zu sachlicher Arbeit gemeinsam mit der Regierung gezeigt, wobei in der Fraktion Lasker gegen Stauffenberg gestanden hatte. Bismarck hatte seine Absicht der Parteispaltung weiter betrieben und zunächst einmal die Isolierung der äußersten Linken, eben Laskers, erreicht.

Schon zu Beginn der Session hatte Bismarck versucht, den ganzen linken Flügel abzusprengen, indem er einen Artikel der Nationalzeitung[24]) zu heftigen Angriffen benutzte. Die Nationalzeitung hatte behauptet, das Haupthindernis der wünschenswerten Verständigung zwischen der Partei und dem Kanzler läge darin, daß dieser seine Erfolge nicht durch Gründe und Gegengründe zu erzielen versuche, sondern durch Geschicklichkeit und Geistesgegenwart. So greife er jetzt über den Reichstag hinaus, um in den Massen Begierden und Wünsche zu erregen und sich damit eine Stütze gegen den Reichstag zu verschaffen. Diese Politik führe wohl zu augenblicklichen Erfolgen, berge aber die Gefahr, daß in dem Augenblicke keine zuverlässige Stütze der Regierung mehr dasein werde, wo Bismarck einen Nachfolger im Amte erhalte. Auf diese Kennzeichnung seiner „realistischen" Politik gegenüber einer „Moralpolitik" der Nationalliberalen, antwor-

---

[22]) Preußische Jahrbücher Bd. 43. S. 331. 10 3. 79.

[23]) Reichstag, 7. 3. 79. S. 300. Der Satz im Art. 27. lautet: „Der Reichstag ... regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung ..."

[24]) N. Z., Nr. 79. 16. 2. 79.

tete der Kanzler: Wenn er das Bedürfnis zu einer ruhigen Verhandlung habe, dann lese er an diesem Tage die National-Zeitung nicht. „Genutzt hat das der Partei nichts; es sind Maßregeln unter Umständen getroffen worden, wo der letzte Tropfen aus den Leitartikeln dieses Blattes das Glas überlaufen machte.“ Wenn aber nur Bruchteile der Fraktion in diesem Blatte ihre Meinung ausdrückten, dann sei es wünschenswert, daß es gesagt werde[25]). Diesem Angriffe auf immerhin große Bruchteile der Partei — die National-Zeitung war stets für Verständigung eingetreten, und Bamberger behauptete, nicht mehr Mitarbeiter zu sein, weil sie zu wenig Opposition treibe[26]) — folgte am 8. März ein solcher auf einen einzelnen Führer, auf Lasker, mit der Bemerkung, daß er sich mehr für den Verbrecher als für den ehrlichen Mann interessiere[27]). Auf Laskers Abwehr, der Kanzler gebe Anlaß zu aufregenden Debatten, erwiderte Bismarck, er wisse, wohin er ziele, und was er mit solchen Angriffen bezwecke.

Der Erfolg dieses Vorstoßes zeigte sich in der Wahl des Fraktionsvorstandes, die zwei Tage später stattfand. Infolge eines gemeinsamen Beschlusses der Schutzzöllner Hölder, Klein, Kreutz, Müller, Völk, Zinn und noch zweier anderer, die sich jetzt gegen die „herrschende Klique“ fester zusammenschließen wollten, wurde Lasker, aber auch Bamberger, gegen eine Minderheit von 17 Stimmen mit nur 30 Stimmen gewählt[28]). In Völk bekamen die Schutzzöllner anstelle Hölders einen eifrigen und tatkräftigen Förderer ihrer Sache in den Vorstand[29]). Die rechtsstehenden Preußen um Treitschke und Gneist hatten sich an dieser Wahl, die mit ihrer geringen Beteiligung ein äußeres Bild der inneren Zerrissenheit der Fraktion bot, überhaupt nicht beteiligt.

Der wirtschaftlichen Rechten der Partei, Völks und seiner Freunde, bediente sich der Kanzler in der Folgezeit, um die Verbindung mit der Mitte nicht ganz reißen zu lassen. Diese rechte Gruppe war in der zweiten Märzhälfte sehr rege mit Sonderbesprechungen; sie suchte in der Fraktion eine selb-

---

[25]) Reichstag, 21. 2. 79. S. 59.

[27]) Reichstag, 8. 3. 79. S. 331.

[28]) Poschinger. Bd. II. S. 337 f.

[29]) Der Vorstand: Bamberger, Stauffenberg, Lasker, Unruh, Kiefer, Bennigsen, Benda, Stephani, Weigel, Völk. N. Z. 19. 3. 79.

ständige Stellung zu erlangen und dachte schon an die Gründung einer neuen Partei, wenn sie nur einen Führer hätte[30]). In einer Besprechung von etwa 30 Anhängern der Rechten am 29. März wurde eine Rechnung über die Gruppen der Fraktion angestellt und die Stärke der Freihändler mit 42, die der Mitte mit 28, und die der Schutzzöllner mit 32 angenommen[31]). Dieser Rechnung entsprechend forderte die Rechte von den acht in eine Tarifkommission zu entsendenden nationalliberalen Mitgliedern zwei für ihren Flügel. Die 204 hatten sich auf einen Vorschlag des Zentrums dahin geeinigt, den gesamten Tarif so zu behandeln, daß die Rohstoffzölle, also die eigentlichen Schutzzölle, im Plenum, wo eine Mehrheit in den 204 für sie ja feststand, die Finanzzölle aber in einer Kommission beraten werden sollten. Darin kam zum Ausdruck, wie dem Zentrum alles nur an Schutzzöllen, nichts an einer wirksamen Stärkung der Reichsgewalt lag. Die Mehrheit der Nationalliberalen dagegen wollte eine Beratung der ganzen Vorlage in einer Kommission für Zoll- und in einer für Finanzfragen[32]). Die Fraktionsrechte schloß sich hierin den 204 an.

Am 3. April fand eine Aufsehen erregende, das neue Bündnis mit dem Zentrum einleitende Zusammenkunft Bismarcks mit Windhorst statt. Das Zentrum verband sich mit den Konservativen, um die nationalliberale Partei endgültig von ihrer Verbindung mit der Regierung abzudrängen und ihr so den bisherigen Einfluß zu entreißen. Die „Kardinaltugend der christlichen Klugheit" ließ sie „von zwei unvermeidlichen Übeln das kleinere wählen"[33]), das, mit dem die materielle Wohlfahrt ihrer ausschlaggebenden Wähler sich verband. Obgleich nun das Ergebnis dieser Zusammenkunft nur eine lose Bindung sein mochte, so bedeutete sie doch einen Einschnitt im Gange der Dinge, der noch weiter bezeichnet wurde durch das Bekanntwerden des Tarifentwurfes am gleichen Tage, dem der Ostervertagung des Reichstages.

---

[30]) Poschinger. Bd. II. S. 339.

[31]) Poschinger. Bd. II. S. 340 f.

[32]) Bismarck hatte, wohl um im Reichstage eine getrennte Behandlung beider Gebiete unmöglich zu machen, den Gesetzentwurf über Finanzsteuern, abweichend vom ersten Bundesratsbeschluß, am 25. Febr. der Tarifkommission übergeben. Schultheß, 1879. S. 89.

[33]) Schultheß, 1879. S. 222. Ausdruck Franckenstein am 17. 8. 79.

ZWEITES KAPITEL.

Die Gruppen der Reichstagsfraktion.

In diesem Augenblicke begann nun, zunächst im Lande, der Kampf um das Tarifgesetz in aller Heftigkeit. Es war ein Kampf, dessen Folge für die nationalliberale Fraktion zunächst die Abspaltung eines entschiedenen rechten Flügels und im folgenden Jahre der Austritt eines entschiedenen linken Flügels sein sollte. In der Führung dieses Kampfes aber wurde klar, daß die Partei die Kernfrage der Reichspolitik, die Ordnung der Finanzen, nicht mehr als Partei, als Willensgemeinschaft, mitentscheiden konnte; denn bei wesentlichen Abstimmungen standen zwei Drittel oder drei Fünftel ihrer Mitglieder gegen den Rest. Einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Dinge im Reichstage konnte so die stärkste Fraktion nicht mehr erlangen. Sie glich ja schon von der Gründung her in ihrer Zusammensetzung einem kleinen Parlamente, und dieser Zustand wurde noch verstärkt durch den Beitritt vieler süddeutscher Abgeordneter 1871. Doch war es bisher noch fast immer gelungen, den Ausgleich verschiedener Ansichten innerhalb der Fraktion selbst zu schaffen und dann nach außen einig aufzutreten; höchstens gingen einmal ganz wenige Mitglieder in der einen oder der andern Einzelfrage ihre eigenen Wege. Das unerhört Neue aber war, daß eine Gruppe bewußt ihren Zusammenhalt und ihre Anlehnung suchte außerhalb der Fraktion, ohne erst den Ausgleich der Kräfte innerhalb der Fraktion abzuwarten. In das große Schema der nationalliberalen Partei, in den Gegensatz von national zu liberal, wie etwa Bismarck die Problematik der Partei grundsätzlich in dem Verhältnis der beiden Führer Bennigsen und Lasker, des „Idealisten des Nationalstaates“ und des „Idealisten des Rechtsstaates“, sah[34]), lassen sich diese Gruppengegensätze nicht reinlich einordnen. Denn wohl vertrat Lasker seit je die Linke; in Bennigsen dann aber den Vertreter der Rechten zu sehen, widerspräche den Gegebenheiten. Vielmehr hielt er nach einem Worte Freytags aus dem Anfange der Partei „die Mitte“. Und so muß denn den Gruppen Laskers

[34]) Aber auch Bamberger sah es so: Stauffenberg müsse die Vermittlung zwischen Bennigsen und Lasker bilden, „um die beiden Pole unserer Partei in sympathischer Verbindung zu erhalten.“ Wentzke. S. 216.

und Bennigsens noch eine Gruppe der Rechten angereiht werden.

A. Die Fraktionsrechte.

Das Wort Treitschkes: „Denn außer Richter & Co. hab' ich nirgends so unversöhnliche Gegner wie in Forckenbecks Umgebung“[35]), deutet zunächst auf die außerordentliche persönliche Spannung, aber auch in der Zusammenstellung der beiden Namen auf die sachlichen Gegensätze hin. Die Rechte bildeten die Kreise, welche das eine Grundverhältnis der nationalliberalen Partei, der Krone eine Stütze sein zu wollen, auf jeden Fall aufrechterhalten wollten. Die eine Untergruppe der Rechten, zum größten Teil preußischer Herkunft, wie Wehrenpfennig, Gneist, Cuny, Puttkammer, Boretius, der Sachse Treitschke, wollten es aus allgemeinen Gesichtspunkten, die sie trotz ihres Freihändlertums und der föderalistischen Franckensteinschen Klausel zum Teil für den ganzen Tarifentwurf stimmen ließen[36]). Sie konnten es um so leichter, als sie sich der in letzter Zeit mehr und mehr konservativen Politik Bismarcks innerlich verwandt fühlten, als sie schon fast mehr freikonservativ als liberal empfanden[37]). Aber auch die zweite Untergruppe der Rechten, Schauß, Völk und deren Freunde, hing doch nicht so fest mit dem liberalen Gedanken zusammen[38]) und ließ sich in ihrer Haltung weitgehend von Sonderinteressen wirtschaftlicher Art bewußt bestimmen. Deshalb sahen sie in Bismarcks Politik auch keinen Systemwechsel, wie die Linke. Sie sahen ihn nicht einmal dann, als im Zusammenhang mit der neuen konservativ-klerikalen Kombination die drei Minister Falk, Hobrecht und Friedenthal, die im preußischen Kabinett der liberalen Auffassung am nächsten gestanden hatten, entlassen wurden. Für Völk war

---

[35]) Treitschke. Briefe. Bd. III. S. 501. 22. 7. 79. Vergl. auch S. 500: Forckenbeck sei das böse Prinzip der Partei; er habe den Bruch mit Bismarck absichtlich herbeigeführt.

[36]) Es stimmten am 12. Juli für das Gesetz: Puttkammer, Treitschke, Wehrenpfennig; dagegen Cuny und Gneist.

[37]) So hatte Treitschke sich 1878 vor der Wahl die Entscheidung darüber, welcher Partei er sich künftig anschließe, ausdrücklich vorbehalten. Vergl. Wentzke. S. 223.

[38]) Hölder in Poschinger. Bd. II. S. 336. Vergl. auch die Tatsache, daß 1871 in Württemberg 12 Nationalliberale und 3 Freikonservative, 1878 aber 2 Nationalliberale und 9 Freikonservative gewählt wurden.

das eine rein preußische Angelegenheit[39]), während Treitschke nur bedauerte, daß der Kanzler so viele köstliche Kräfte vor der Zeit vernutzte[40]). Gerade weil sie keinen Systemwechsel in Bismarcks Politik sehen wollten oder konnten, hielten sie auch die oppositionelle Stellung der Mehrheit für einen grundsätzlichen Fehler. Treitschke sah ihn vornehmlich in der Ablehnung des ersten Sozialistengesetzes, Völk in dem eigensinnigen Festhalten an konstitutionellen Garantien, die für ihn lediglich ein Wort für fehlende Begriffe waren[41]).

Den Kern der etwa 30 Schutzzöllner bildeten die Süddeutschen Schauß, Völk, Feustel, Hölder, Römer, Zinn, die Eisenleute Klein, Kreutz, Rentsch und Servaes, der preußische Gutsbesitzer Ohlen und der Sachse Vopel, die Gruppe, welche wegen der Zustimmung zum ganzen Tarif am 12. Juli 1879 austrat. Im Süden und Westen, dort wo die Baumwoll- und die Eisenindustrie aufgeblüht waren, war auch die Herrschaft Listscher Schutzzollgedanken, aus dem Süden kommend, fest gegründet. Freilich hatten die süddeutschen Liberalen, als sie die Einheit des Reiches erstrebten, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen sich dem im Norden herrschenden Freihandelssystem nicht entgegengestellt[42]), zumal der Tarif noch gemäßigt schutzzöllnerisch zu nennen war. Diese Einstellung änderte sich aber, als die wirtschaftliche Krisis und der allmähliche Abbau aller noch bestehenden Zölle zusammentrafen mit Zollerhöhungen in andern Ländern, besonders aber, als nach Aufhebung des letzten Eisenzolles unter dem Drucke der auch in England herrschenden Krisis das englische Eisen den deutschen Markt überschwemmte und die deutsche Produktion konkurrenzunfähig zu machen drohte. Da forderten diese Wirtschaftskreise: keine Zollermäßigung von deutscher Seite ohne entsprechende Zollvergünstigung von der Gegenseite; Schutz der deutschen Industrie überhaupt. Damit hatten sie freilich den Gedanken der Listschen „Erziehungszölle“ fallengelassen; sie erstrebten dauernde Begünstigung im Inlande, oder, wie die Gegenseite

---

[39]) Reichstag, 10. 7. 79. S. 2242.

[40]) Preußische Jahrbücher. Bd. 44. S. 111.

[41]) Reichstag, 10. 7. 79. S. 2242.

[42]) Österreich lohnte mit seinen großen Massen kaufunfähiger Verbraucher nicht den Verlust des preußischen Absatzgebietes, selbst unter die Bedingung des Freihandels. Maenner. S. 355.

ihnen unterschob[43]), sie glaubten, daß der Schutzzoll schneller zum Ziele führe als industrielle Fortschritte. Ihnen schlossen sich die agrarischen Schutzzöllner an, die zum ersten Male auftraten, als sich der Preisdruck ausländischer Lebensmittel auch auf dem deutschen Markte bemerkbar machte[44]). Die schutzzöllnerische Industrie wollte nun an sich sicherlich die Lebensmittelpreise niedrig halten mit Rücksicht auf ihre Arbeiter. Konnte sie das aber nicht erreichen, so nahm sie ihrem Schutzzoll zuliebe auch Lebensmittelzölle mit in den Kauf. Diese agrarischen Schutzzölle waren von Bismarck aus freilich wesentlich anders gedacht als jene; sie sollten in erster Linie die wirtschaftliche Zukunft der herrschenden konservativen Partei und die Versorgung Deutschlands mit Brotkorn und Fleisch unabhängig vom Auslande sicher stellen. Die industriellen Schutzzöllner konnten freilich ihre Anhänger ihrerseits auch damit beruhigen, daß die Regierung Lebenmittelzölle brauche als Druckmittel in Zollverhandlungen mit Rußland und Österreich[45]). Das zweite Motiv der Süddeutschen zu einer Bewilligung von Schutzzöllen war ein ausgesprochen partikularistisches; es lag in den finanziellen Bedürfnissen der Mittelstaaten. Diese litten infolge Aufhörens des Milliardensegens und infolge gesteigerter Staatsausgaben bei nicht entsprechend gestiegenen Einnahmen not an ihren Finanzen[46]). Die Matrikularbeiträge empfanden sie, so gering sie an sich auch waren, dennoch als eine empfindliche Belastung des Budgets. Die unbedingt nötigen Steuern aber wollten die Süddeutschen lieber in Berlin als in München oder Stuttgart bewilligen[47]). Wie überhaupt im Gegensatz zur Fraktionsrechten preußischer Herkunft und zur unitarischen Linken ein stark föderalistischer Zug in ihnen lebte. So wider-

---

[43]) Reichstag, 15. 5. 79. S. 1223. Bamberger.

[44]) Der Roggenhandel war seit 1852, der Weizenhandel seit 1873 passiv.

[45]) So Schauß am 24. 3. 79 in München. N. Z., Nr. 147, 28. März 79. Agrarzölle sind als Ausgleichsobjekt von Bismarck nie angewandt worden.

[46]) Defizit 1878/79 in Bayern: 12,5 Millionen M.; in Baden: 6,3 Millionen M.; in Württemberg 1879/81 : 15,6 Millionen M.; Gerloff. S. 143.

[47]) Gerloff. S. 139 f., 147; ferner Elben am 17. 3. 81 an Lasker: „Und ist z. B. die Steuerreform oder das Tabakmonopol Rettung geradezu von unheilbarem Defizit". Wentzke. S. 376; ferner: Völk im Reichstag, 10. 7. 79. S. 2241: Bayern müsse seine Steuern ohne Reichshilfe auf das Doppelte erhöhen.

strebten sie allen Einrichtungen, welche die Einzelstaaten in festere Abhängigkeit zum Reich gebracht hätten. In der zentralisierenden Tendenz der Führer der Partei lag für sie eine wesentliche Schwäche, die auch verhinderte, daß sie in Süddeutschland an Boden gewinne[48]). So fiel ihnen denn auch schließlich die Annahme des Franckensteinschen Antrages, gerade wegen seines förderalistischen Wesens, nicht schwer.

Durch diesen förderalistischen Zug schied sich diese Gruppe von der zweiten Gruppe der Rechten, und deshalb war mit dieser der Zusammenhang auch nicht gerade innig. Treitschke und seine Freunde waren durchaus Vertreter des Primats der Reichsidee. Sie sahen das Prinzip der Mittelpartei, das ihr die Berechtigung zum Dasein überhaupt erst gebe, darin, daß sie dem Staate bewilligen müßte und wollte, was er zum Leben brauche. Täten das die Nationalliberalen nicht, so sänken sie zu einer reinen Protestpartei herab, zu einem Standpunkte, den sie 1866/67 glücklich überwunden hätten[49]). Auch in der Auffassung der Wirtschaftspolitik schied sich diese Gruppe von jener schutzzöllnerischen. Sie war „altväterisch" genug zu glauben, daß in der Befreiung des westeuropäischen Marktes durch den Freihandel ein Fortschritt der Gesittung liege, und daß die nun eintretende Absperung der großen Kulturvölker einen beklagenswerten Rückschritt bedeute[50]). Was sie aber trotzdem dazu führte, dem ganzen Tarif zuzustimmen, war neben dem ausschlaggebenden Motiv, die Regierung zu unterstützen, die Überlegung, daß sich der deutsche Handel in einem Notstande befinde, dem man mit dem Schutzzoll als einer Verwaltungsmaßregel, die ja mit den Zeiten wechselten, abhelfen könne[51]).

B. Die Fraktionslinke.

Der unitarische Zug war dieser Treitschkischen Untergruppe der Rechten — Treitschke kam von 1848 her — ge-

[48]) Hölder bei Poschinger. Bd. II. S. 336, 279, 286. Bezeichnend ist seine Absicht, eine neue Fraktion zwischen den Freikonservativen und den Nationalliberalen zu gründen mit mehr süd- und mittelstaatlicher Leitung. Poschinger. Bd. II. S. 346.

[49]) Gneist im Reichstag, 12. 7. 79. S. 2347.

[50]) Preußische Jahrbücher. Bd. 43. S. 332.

[51]) Preußische Jahrbücher. Bd. 44. S. 106 f.

mein mit der Fraktionslinken, ein Zug, welcher geradezu ein bezeichnendes Merkmal eines Teiles ihrer Führerschaft genannt werden könnte. Lasker, Bamberger und Forckenbeck waren jene Führer, die den Süddeutschen gerade wegen ihrer unitarischen Gesinnung nicht genehm waren. Bamberger war betonter Unitarier aus Prinzip und Selbsterziehung, aus Sinn für die geistige Erziehungskraft eines Großstaates, nicht etwa wegen der besseren Arbeit eines einheitlichen Staatsorganismus[52]). Seine entscheidenden politischen Erlebnisse lagen in der demokratischen Revolution von 1848/49 im Süden und in seiner kaufmännischen Tätigkeit als Bankier in Paris während seiner Flüchtlingszeit. Schon von Paris aus suchte er für das Verständnis der Bismarckschen Politik zu werben, und nachdem er im Zollparlament zu den Nationalliberalen gekommen war, entwickelte er sich zum führenden Wirtschaftspolitiker der Partei. Seine Auffassung der wirtschaftlichen Dinge war aber von einer einheitlichen Auffassung allen politischen Geschehens getragen. Neben ihm standen Forckenbeck, der langjährige Präsident des Reichstages, und Lasker, der eigentliche Kämpfer für den Rechtsstaat; für beide lagen ihre politisch entscheidend nachwirkenden Erlebnisse in der Konfliktzeit, und von dorther hatten sie sich ihre ausgesprochen konstitutionelle Haltung bewahrt. Die Vermittlung nach der Mitte hin bildet dann Stauffenberg; ein vornehmer und gefestigter Charakter, vertrat er mehr den Linksliberalismus süddeutscher Prägung, der doch geschmeidiger war als jener norddeutsche[53]). Diese linke Führergruppe der Partei, zu der als jüngerer dann noch Rickert, der erfolgreiche Organisator der Partei und der Wahlen, begabt mit einer außerordentlichen Arbeitskraft, trat, stellte zugleich die eigentlich geistige Kapazität der Partei und — wegen ihrer doch im Grunde oppositionellen Haltung — den eigentlichen politischen Machtwillen dar, soweit ein solcher damals überhaupt von innen heraus hervorbrach. Sie strebten nach Herrschaft im Reiche durch Besetzung von Ministerposten[54]), und durch die Verbindung Forckenbecks mit dem Kronprinzen war durchaus die Möglichkeit gegeben, daß eines Tages gerade diese

[52]) Bamberger. Erinnerungen. Berlin 1899. S. 43 f.
[53]) Wentzke. S. 216.
[54]) Reichstag, 8. 2. 78. S. 176. Wentzke. S. 154.

Gruppe entscheidenden Einfluß auf die Geschicke des Reiches gewinnen konnte.

Das einigende Band dieser innerlich so vielseitigen Gruppe der Linken war das politische Ziel des „liberal regierten Deutschen Reiches". Ihren Kern bildeten außer jenen Führern die 14 Abgeordneten, welche am 28. August 1880 in der „Sezession" mit ihnen aus der Partei ausschieden, von denen freilich Baumbach, Jegel und Westphal erst 1880 durch Nachwahlen in den Reichstag kamen. Es waren insgesamt 8 Altpreußen, 7 Nichtpreußen, 1 Neupreuße und 2, wenn man so sagen darf, Wahlpreußen: Bamberger und Braun. Neun von ihnen betrieben freie Berufe oder waren Rentner: Bamberger, Baumbach, Braun, Bunsen, Knoch, Lipke, Lasker; Thilenius und Trautmann. Zwei waren Bürgermeister: Forckenbeck und Jegel. Sieben standen im Wirtschaftsleben: Pflüger, Rickert, Stauffenberg und Westphal als Landwirte, oder sie betrieben Landwirtschaft neben einem andern Beruf, wie etwa Rickert; Schlutow und Witte waren Kaufleute, Struve Industrieller. Dann werden noch ausdrücklich zur Linken gezählt[55]), ohne daß sie später austraten: Bolza, Büsing, Forkel, Gareis, Jäger (Nordhausen), Dernburg[56]) mit freien Berufen; Lüders, Roggemann und Reinecke als Beamte; schließlich der Fabrikbesitzer Schlieper. Es war die ihrer Herkunft nach zur größeren Hälfte preußische Gruppe, in welcher die Angehörigen freier Berufe überwogen. Gerade diese wirtschaftliche Unabhängigkeit, ihre nicht unmittelbare Verflechtung mit dem Wirtschaftsleben, die sicher eine Rolle mitspielte in ihrer selbständigen und zur Opposition geneigten politischen Stellung, benutzte Bismarck, um sie in den Augen ihrer Wähler, deren wirtschaftliches Begehren gerade er so stark erregte, verächtlich zu machen[57]).

---

[55]) Wentzke. S. 306.

[56]) Wentzke. S. 345.

[57]) Reichstag, 8. 5. 79. S. 1060: „sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht, und sind doch gekleidet — ich will nicht sagen wie, aber jedenfalls sind sie gekleidet, die Herren, die unsere Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naß macht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind, die die Mehrheit bei unserer Gesetzgebung bilden, die weder Industrie, noch Landwirtschaft, noch ein Gewerbe treiben, es sei denn, daß sie sich damit vollständig beschäftigt fühlen, das Volk nach verschiedenen Richtungen hin zu vertreten, und daß sie das das ganze Jahr lang tun."

Wirtschaftspolitisch waren sie durchweg Freihändler, wenn auch nicht alle in gleicher Betonung. Ihnen war schon ihrem Ursprunge nach die freihändlerische Ansicht die aufgeklärte und fortschrittliche, und sie sahen ihre Prinzipien in der natürlichen Entwicklung der Wirtschaft gegen künstliche Schöpfung; in der Produktion dort, wo sie am billigsten sei; in der gleichen Behandlung aller im Gegensatz zu der Bevorzugung auf Grund von Privilegien; in der individuellen Freiheit gegen die sozialistische Einmischung des Staates; in der freien Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte frei von allen Gängelbändern [58]). Der Staat habe inbezug auf die Wirtschaft lediglich die Aufgabe, Wege frei zu machen für Gewerbe, Handel und Verkehr, nicht die, im Schutzzoll einen durch das Gesetz erzwungenen, den Käufer brandschatzenden Preisaufschlag einzuführen [59]). In der Richtung dieser Gedanken sehen sie seit dem Freiherrn vom Stein sich die „70-jährige, glorreiche Geschichte Preußens" entwickelt, indem die Regierung jeweils für die gesunde Ansicht Partei genommen habe [60]), eine Geschichte, deren Zeugnis stärker wiege als selbst das des Kanzlers [61]), und mit Stolz waren sie sich dieser Tradition und ihrer Bedeutung für die Größe Deutschlands und Preußens bewußt. In diesem Sinne galt denn von dieser Gruppe das Wort Rankes, daß es von allen politischen Unternehmungen vielleicht die schwerste sei, eine Linie zu verlassen, auf der man sich sicher bewegt, Erfolge rückgängig zu machen, die man selbst hervorgerufen [62]). Zu einer solchen Abbiegung der Linie waren die Führer der Linken nicht fähig; sie sahen in Bismarcks neuem System lediglich einen Rückschritt zu längst überholten wirtschaftlichen Zuständen, nicht den Versuch einer Anpassung des neu entstandenen Industriestaates an die Abwandlungen der Lage, an die Zurückdrängung weltbürgerlichen Gemeinschaftsgeistes durch das immer stärker betonte nationale Interesse der einzelnen Staaten.

Sie wandten sich gegen die Einführung von Schutzzöllen ebenso als überzeugte Freihändler wie aus Gründen der allgemeinen Politik. Denn auf das allerengste waren ihnen die

---

[58]) Barth. S. 35.
[59]) Bamberger. Ges. Schr. Bd. V. S. 138.
[60]) Bamberger. Schreiben des Reichskanzlers. S. 7.
[61]) Reichstag, 21. 2. 79. S. 71. Bamberger.
[62]) Ranke. Römische Päpste. Berlin 1834. Bd. I. S. 102.

Fragen der Wirtschaftspolitik mit denen der allgemeinen verbunden. „Die wirtschaftliche Reaktion, auf einen gewissen Punkt getrieben, führt zur politischen Reaktion“ [63]). In der Aufnahme sozialistisch-agrarischer Gedanken in den Reichsgedanken [64]), in der bewußten Betonung der egoistisch wirtschaftlichen Interessen der einzelnen, indem ein Stand gegen den andern aufgerufen werde und so ein Krieg aller gegen alle entstehe [65]), sahen sie das edelste Band zerstört, das die Gesellschaft zusammenhalte, das bewußte Leben in den Ideen [66]). Im Schutzzoll wurde für sie ein Kampf gegen die Zivilisation überhaupt, ein Kampf gegen die Ersparung von Zeit und Stoff geführt [67]). Sie übersahen freilich in ihrer Stellungnahme, daß auch sie der politische Ausdruck bestimmter wirtschaftlicher Interessen waren. Obgleich sie sich noch fühlten als die Vertreter der Bürger, der Bauern und der Arbeiter zugleich, vertraten sie im wesentlichen doch das Kleinbürgertum, die Interessen der Handels- und Finanzkreise, der Fertigwaren- und Exportindustrie [68]).

Da ihnen politische und wirtschaftliche Freiheit so eng zusammengehörten, erhob sich die Frage des Verhältnisses zur Reichsregierung überhaupt. Diese linke Gruppe wollte freilich zunächst keine Opposition gegen Bismarck auf jeden Fall und in jeder Richtung, wie der Fortschritt. Das wäre gegen die auch in ihnen lebendige nationalliberale Tradition gehandelt. Zudem konnte man bei der ungeheuren Autorität Bismarcks in der Wählerschaft zu einer Zeit, wo dieser, wie man es ausdrückte, alle wirtschaftlichen Begehrlichkeiten ge-

---

[63]) Reichstag, 11. 7. 79. S. 2299. Bamberger.

[64]) Reichstag, 9. 5. 79. S. 1112. Bamberger.

[65]) Reichstag, 1. 3. 79. S. 242. Bamberger.

[66]) Bamberger. Ges. Schr. Bd. V. S. 124.

[67]) Reichstag, 15. 5. 79. S. 1226. Bamberger.

[68]) Sehr bezeichnend ist in diesem Zusammenhange ein Rundschreiben der Parteileitung vom 20. Februar 1877, durch das Mittel eingeworben wurden für die Partei. Es heißt da: „Sie wenden sich an diejenigen, deren Gesinnung (und bewußte Existenzgrundlagen) sie vertreten . . .“ Dies „und bewußte Existenzgrundlagen“ ist dann durchstrichen worden; doch wohl ein deutlicher Beweis dafür, daß man sich der zugrundeliegenden Tatsache bewußt werden konnte. Wentzke. S. 173. Etwas später wandte sich Wehrenpfennig an Meier nach Bremen um 20—25 000 Mark, mit der Bemerkung, er wende sich an die Seestädte, da in den industriellen Bezirken die schutzzöllnerische Stimmung überwiege, die der Partei feindlich sei. Wentzke. S. 181.

weckt hatte, mit einem Programm, das gerade diese Begünstigung des einzelnen verwarf, keine Propaganda gegen den Kanzler entfachen. Die Lage war doch jetzt völlig anders als 1862![69]). Denn abgesehen von allen wirtschaftlichen Vorteilen, welche sich jeder einzelne, besonders aber die Mitglieder der großbürgerlichen Schichten, von der neuen Politik versprach, drängte die Furcht vor den sozialistischen Gewalten der Tiefe das besitzende Bürgertum an die Regierung und ihre Armee, die sie beide zu diesem Zwecke des Schutzes stark wissen wollte. Die Regierung konnte ihnen und ihrem Besitze Sicherheit verbürgen, und darum war für die Linke im Augenblick an keine große und nachhaltige Opposition zu denken. So blieb denn nichts übrig, als „Verständigung" zu suchen mit Bismarck auf der Grundlage der Finanzzölle, wie der Kanzler sie im Vorjahre gewollt hatte. Innerlich jedoch war man gegen das ganze „System Bismarck" zur Opposition entschlossen. Bismarcks Absicht sah man gerichtet auf die Machtlosigkeit der Völker, den Untergang jeder konstitutionellen freiheitlichen Entwicklung; seine Mittel in der allgemeinen Wehrpflicht, in ungemessenen und überreichlichen Steuern, in einem disziplinierten und herabgewürdigten Reichstag, in einer durch den Kampf aller materiellen Interessen verdorbenen und daher ohnmächtigen öffentlichen Meinung [70]).

C. Die Fraktionsmitte.

Gegenüber dieser inneren Entschlossenheit zur Opposition auf der Linken, gegenüber der Haltung der Rechten, auf jeden Fall die Regierung zu unterstützen, stand der Parteiführer Bennigsen, unterstützt etwa durch Benda und Stephani, mit seinen Freunden in der Mitte. Den Kern dieser, im Vergleich zur Fülle der Persönlichkeiten rechts und links doch politisch ziemlich farblosen Gruppe, bilden die 9 Abgeordneten aus Hannover, zu denen sich vor allem die Neupreußen hielten; dazu kam ein Teil der süddeutschen und kleinstaatlichen Abgeordneten. Die Altpreußen gehörten mit ganz wenigen Ausnahmen entweder zur Rechten oder zur

---

[69]) Für das tiefere Verständnis der wirtschaftlichen und sozialen Bedingtheiten der völlig gewandelten Lage vergleiche man die Arbeit von Maenner, die gerade in dieser Richtung ihre Aufgabe sieht.

[70]) Wentzke. S. 230.

Linken der Fraktion. Das Willensmoment dieser Gruppe tritt am deutlichsten in den taktischen Entscheidungen hervor, wie es das sehr oft tut. Bennigsen entschied sich von vornherein zur Mitarbeit am Werke des Schutzzolls, freilich nicht bedingungslos, sondern um den wenn auch geringen Preis von konstitutionellen Garantien. Im ganzen aber war die große Linie der Bismarckischen Politik durchaus im Sinne der Mitte. Im einzelnen freilich mochten sie manches anders wünschen. Wohl konnten sie gegen ihnen nicht genehme Absichten der Regierung agitieren; aber so groß waren diese Unterschiede niemals, daß sie deswegen einen mit Nachdruck geführten Kampf hätten wagen mögen. Kämpfer aus der Konfliktzeit enthielt diese Gruppe nicht; wohl aber Vertreter großkapitalistischer Interessen, die schon aus Furcht vor der Arbeiterklasse und ihren revolutionär-politischen Forderungen niemals einen solchen Kampf konnten führen wollen [71]). Wo von der Fraktion aus ein Kampf mit der Regierung geführt worden war, da war er getragen gewesen von dem Willen der Linken. Bennigsens Taktik war es, das Spiel der Kräfte zu beobachten und dann die Diagonale zu ziehen. Sie brachte er dann in einem Kompromiß zur gesetzlichen Geltung. Die Frage war nur, gab es überhaupt für die Mittelgruppe eine Grenze ihres Nachgebens? Im Sozialistengesetz war ihnen sogar die Linke gefolgt in der Aufgabe von liberalen Grundsätzen, die doch im Kernpunkte des Systems verankert waren. Wurde diese Selbstaufgabe von der Mitte und ihrem Führer weiter geführt, so konnte das leicht eine Selbstaufgabe der nationalliberalen Partnei als liberale Partei bedeuten. Zunächst freilich schien die konstitutionelle Doktrin die Grenze alles Nachgebens zu bedeuten. Daran war bisher die Reichsfinanzreform gescheitert. Hielt man die konstitutionelle Stellung nur fest, so konnte Bennigsen hoffen, die Mehrheit der Fraktion auch für den Schutzzoll zu gewinnen, und das um so mehr, als der Freihandel ja nicht eigentlich einen Punkt des politischen Systems der Partei bildete. Wohl war die Mitte freihändlerisch, aber eben doch nur so lange, als es die Regierungspolitik war. Bei deren Wendung bereitete sich eine entsprechende auch in der Reihe der Abgeordneten der Mitte vor, wenn auch nicht alle diese Schwenkung wirklich

---

[71]) Oncken. Bd. II. S. 509 f.

vollzogen. Dieser Umschwung war freilich nicht einzig durch die Rücksicht auf die Regierung bedingt; eine ebensogroße Rolle spielte auch der Wandel in der wirtschaftlichen Struktur, die Verdrängung des mehr kleinbürgerlichen Einflusses in der Mitte durch den großbürgerlicher Kreise, das Vorwiegen mehr der Interessen von Schwerindustrie und Spinnern gegenüber denen der Kleineisenindustrie und der Weber, der Handels- und Finanzkreise. Die Tatsache, daß dann die Mitte doch oppositionell wurde, hatte vornehmlich ihren Grund auch darin, daß man damit seiner unbedingten Abneigung gegen das Zentrum Ausdruck gab. Das Zentrum versuchte die Mitte auf jeden Fall von der Macht fernzuhalten. Dahin läßt sich wohl der Wille der Mitte umschreiben: sie wollte an der Macht bleiben, d. h. ihren Einfluß auf die Regierung nicht verlieren; andrerseits durfte sie die zur Erringung der Mandate nötige Zahl der mehr kleinbürgerlichen Wähler nicht verlieren; daher die Betonung der konstitutionellen Doktrin. Welches der beiden Momente im einzelnen Falle nun den Ausschlag gab, das lag denn begründet in den besonderen Gegebenheiten des zur Entscheidung drängenden Falles.

DRITTES KAPITEL.

Die Reichstagsfraktion und der Kampf um die Schutz- und Finanzzölle.

Als der Reichstag am 28. April 1879 wieder zusammentrat, lag der Schlüssel zur weiteren Entwicklung in den Händen der Regierung, da die Nationalliberalen zur Bewilligung von Finanzzöllen und indirekten Steuern, die zusammen den größten Betrag erbringen sollten, das Zentrum zu einer solchen von Schutzzöllen, die Konservativen zu beiden bereit waren. Der nun in der Öffentlichkeit lange besprochene Tarifentwurf der Regierung war charakterisiert durch die Absicht hoher Agrarzölle in Verbindung mit Eisenzöllen. In der Ausarbeitung des Tarifes war der Kanzler die treibende Kraft für hohe Agrarzölle gewesen, während die landwirtschaftlichen Interessenten die niedrigsten Sätze vorgeschlagen und die Minister und Varnbühler, von dem der Tarif im ganzen stammte, die Vermittlung dargestellt hatten [72]).

[72]) Freye, Motive. S. 133; ferner S. 267; vergl. auch den Brief Bismarcks an Thüngen bei Schultheß, 1879. S. 127.

Für diesen Tarif suchte nun sofort nach Zusammentritt des Reichstages der schutzzöllnerische rechte Flügel der Fraktion eine größere Zahl von Anhängern zu werben. Fester zusammen hielten freilich nur jene 14 bis 15, welche am 29. und 30. April Sondersitzungen abhielten und dabei über die Unzuverlässigkeit der übrigen Schutzzöllner klagten; nur die Eisenleute gingen durch dick und dünn [73]). Um dieselbe Zeit befaßte sich auch der Vorstand in einer „sehr verfahrenen Sitzung" mit der Stellungnahme zum Tarif, und dann fand am I. Mai eine entscheidende Fraktionssitzung statt [74]). Es ging um Fragen der Taktik: Sollte man die Schutzzölle im Plenum behandeln und die Finanzzölle in einer Kommission, wie die 204 auf Vorschlag des Zentrums es beantragen wollten, oder sollte man eine Kommission für die Finanzzollfragen und eine für die Schutzzolifragen fordern? Bennigsen entschied sich für die zwei Kommissionen. Er wollte die Freihändler für die Finanzzölle gewinnen und so die Partei retten; für die Schutzzölle schien ohnehin eine Mehrheit im Reichstage gesichert [75]). Die Nationalliberalen hätten dann die große Ernte der von dem Zentrum und den Konservativen bewilligten Schutzzölle mit eingefahren und sich so ihre Stellung zur Regierung ohne eigentliche Aufgabe ihrer freihändlerischen Gesinnung gewahrt [76]). Eine solche Entscheidung aber hätte Bismarcks Absichten auf Parteispaltung scheitern lassen können; darum hatte er schon im Februar Vorsorge für nur eine Kommission getroffen [77]). Die Schutzzöllner nahmen auch in den wirtschaftlichen Fragen Freiheit der taktischen Entscheidungen für sich in Anspruch, und obgleich sich die Mehrheit der Fraktion gegen 19 Stimmen für einen Antrag auf zwei Kommissionen entschied, unterzeichneten 13 Mitglieder der Rechten, wenn auch erst nach langem Zögern, den Antrag der 204 auf eine Kommission.

So gerieten denn auch in dieser Sitzung die Freihändler und die Schutzzöllner so heftig aneinander, daß von Braun das Wort fiel, die einen oder die anderen müßten ausscheiden. Bennigsen wollte diesen Austritt der einen oder anderen noch

---

[73]) Poschinger. Bd. II. S. 342.
[74]) Poschinger. Bd. II. S. 342 f.
[75]) Böttcher. S. 240 f.; vergl. Maenner. S. 377.
[76]) N Z., 23. 6. 79.
[77]) Schultheß, 1879. S. 89.

vermeiden; darum erklärte er seinerseits Entscheidungen in Wirtschaftsfragen ausdrücklich für frei. Er stimmte Lasker bei, daß, wenn man sich auch jetzt taktisch trenne, dann doch ein Zusammengehen wieder möglich sei bei der Frage der konstitutionellen Garantien. Die Fraktion aber hatte sich durch diese Entscheidung selbst die Möglichkeit eines maßgebenden Einflusses auf die Gestaltung des Tarifes genommen.

So waren denn auch die Ausführungen ihrer Redner in der am 2. Mai beginnenden allgemeinen Aussprache über den neuen Tarif ebensosehr auf die Freunde oder Gegner innerhalb der eigenen Fraktion berechnet wie auf die übrigen Parteien und die Regierung. Des Kanzlers einführende Rede von „gewaltiger agitatorischer Kraft" schloß mit den an die Nationalliberalen gerichteten Worten, die ganze Frage sei nicht politisch, sondern rein wirtschaftlich [78]). Das für die politische Haltung der Fraktion Entscheidende waren die Steuernachlässe und Zollvorteile, welche der Kanzler ganz insbesonders der Landwirtschaft in Aussicht stellte. Daher wandte sich denn auch Bamberger [79]) endgültig vom Kanzler ab und sprach sich scharf gegen die Auffassung aus, als ob der Staat die Macht habe, das Glück seiner Bürger zu schaffen. Dieser oppositionellen Haltung gegenüber vertrat Oechelhäuser [80]) den Willen zur Verständigung mit Bismarck. Er wollte Notstandszölle bewilligen; die Agrarzölle, eine „bodenlose Übertreibung", müßten freilich fallen. Als Anttwort darauf und gewissermaßen als Belastungsprobe für die neue Mehrheit wurde am folgenden Tage die aufmunternde und zustimmende Antwort Bismarcks auf einen Brief Thüngens bekannt, in welchem es hieß: „Der ländliche Mittelstand wird verschwinden; die reichen Kapitalisten kaufen sich für wenig Geld große Latifundien und treiben Weidewirtschaft; der Bauer wird wieder, was er vor 2000 Jahren war, Hirte; ein Teil wandert aus; der Rest wird Sozialdemokrat, und die soziale Revolution ist fertig, die mit dem Cäsarismus endigt [81])." Unter solchen Umständen sprach dann Bennigsen, der Führer der Partei. Nach seinem Besuche vom 29. April bei Bismarck hatte er seiner Frau berichtet, des Kanzlers Finanzpläne seien „zum Teil so weit-

---

[78]) Reichstag, 2. 5. 79. S. 932.
[79]) Reichstag. 3. 5. 79. S. 951 ff.
[80]) Reichstag, 5. 5. 79. S. 994—1001.
[81]) Schultheß, 1879. S. 126.

gehende, um nicht zu sagen so unsinnige, daß ich den armen Finanzminister Hobrecht oder seinen Nachfolger bedaure, wenn er damit die preußischen Finanzen in Ordnung halten soll". Die letzte Rede Bismarcks bezeichnete er als „ein demagogisches Meisterstück", namentlich in der Richtung, die Grundbesitzer politisch einzufangen [82]). Im Reichstage [83]) aber sprach er seine und seiner Freunde Bereitwilligkeit aus, an dem Werke der Finanzreform mitzuarbeiten, unter der Bedingung freilich, daß konstitutionelle Garantien geschaffen würden anstelle der in Wegfall kommenden Matrikularbeiträge, und daß die Reform in dem von Oechelhäuser angedeuteten Sinne verliefe: Schutzzölle nur für besonders gefährdete Industrien, im übrigen Finanzzölle. Denn Agrarzölle könnten der Landwirtschaft nicht helfen. Es war auffällig, daß Bennigsen bei voller Kenntnis von Bismarcks Absichten auf höhere Agrarzölle und deren politische Hintergründe — wirtschaftliche Stärkung der Träger der konservativen Politik — in der Absicht, mit dem Kanzler zu einem Kompromiß zu kommen, dennoch die Agrarzölle grundsätzlich verwarf. Verständlich wird diese Haltung, wenn man mit Lasker annimmt [84]), daß er mit dieser Rede den Austritt einiger extrem links gerichteter Mitglieder bezweckte, um die Fraktion in ihrer übergroßen Mehrzahl geschlossen Bismarck zuzuführen. Dazu würde auch die ausdrückliche Polemik gegen Bamberger stimmen, der in dem Tarifentwurf grundlegende Änderungen sah, während Bennigsen es nicht tat und in der kennzeichnenden Entlassung Delbrücks nur die eines Mannes, nicht einen Wechsel des Systems sehen wollte. In der Verwerfung der Agrarzölle war die Fraktion in ihrem größten Teile einig, dem gab der Führer Ausdruck; wenn er aber zugleich Oechelhäusers Rede dahin deutete, daß, wenn die Partei auch bei den Agrarzöllen überstimmt würde, das dennoch für sie kein Grund zur Ablehnung des ganzen Tarifes sein könnte, denn so ungeheuer und verderblich seien die landwirtschaftlichen Zölle nicht [85]), so war damit doch wieder die grundsätzliche Annahme des Gesetzentwurfes ausgesprochen. So war denn auch die überaus große Erregung Forckenbecks über diese Bekehrung zu den Vorlagen des Kanzlers zu

---

[82]) Oncken. II. S. 402.
[83]) Reichstag, 6. 5. 79. S. 1027—1037.
[84]) Wentzke. S. 248 f.
[85]) Reichstag, 6. 5. 79. S. 1030 f.

verstehen[86]); so auch die Befriedigung der Schutzzöllner, daß „die ganze Hammelherde des Fraktionszentrums" ihrem Führer nachspringen und so der Vorlage zu einer Mehrheit verhelfen würde[87]). Zu der beabsichtigten Hinausdrängung der Linken kam es freilich in diesem Augenblicke noch nicht. 22 Anhänger Bambergers zählte man jetzt, 28 Schutzzöllner und 52 Anhänger Bennigsens. Damit nun eine konservativ-nationalliberale Mehrheit zustande käme, durften aber höchstens 20—25 Mitglieder der Fraktion ausscheiden, und um dem Parteiführer zu helfen, die noch Schwankenden in der Fraktion zu sich heranzuziehen, kam ihm der Kanzler selbst zur Hilfe mit einem Angriffe auf Lasker und Forckenbeck in einer Szene von dramatischer Lebhaftigkeit. Er warf dem Präsidenten des Reichstages vor, einen angeblichen Ausdruck Laskers von Bismarcks „unzuverlässiger" Berechnung in Bezug auf Steuern nicht gerügt zu haben[88]). Auf die Berichtigung Forckenbecks, daß der Ausdruck nach dem Protokoll überhaupt nicht gefallen sei[89]), blieb der Kanzler, dem das Wort nur berichtet worden war, dabei, daß sich die Sache im ganzen doch so verhalte. Die Tatsache, daß zum Schluß etwa 20 Nationalliberale für die eine Kommission stimmten, gab Bismarck Hoffnung, das Gros der Partei noch für sich gewinnen zu können, und darüber verhandelte er mit Bennigsen[90]). Dieser rechnete mit dem Erfolge seiner Politik und damit, daß etwa zwölf ausscheiden würden, weil sie nicht nur jetzt, sondern auch später Opposition treiben würden[91]), und das hätte die Mitte ja entschieden von der Linken getrennt.

Die erste Entscheidung für den Schutzzoll fiel am 16. Mai, als der Antrag der Regierung auf einen Eisenzoll von einer Mark mit 218:88 Stimmen angenommen wurde. Für ihn stimmten 39 Nationalliberale: die süddeutsche Gruppe Schauß-Völk; die vier Eisenleute und die drei Landwirte des Kernes der wirtschaftlichen Rechten, die Preußen Cuny, Gneist und Puttkammer, aber nicht Treitschke, dazu Bennigsen mit seinem engeren Anhang, der aber nicht einmal alle Hannoveraner

---

[86]) Richter. Bd. II. S. 115.
[87]) Poschinger. Bd. II. S. 344.
[88]) Reichstag, 8. 5. 79. S. 1062.
[89]) Reichstag, 8. 5. 79. S. 1070.
[90]) Oncken. Bd. II. S. 409, Anm. 2.
[91]) Poschinger. Bd. II. S. 350.

umfaßte. Gegen den Eisenzoll stimmten 40 nationalliberale Abgeordnete.

Unter diesen Umständen konnte der von Berlin einberufene Städtetag, auf dem von den insgesamt geladenen 245 Städten aber nur 72, eben die freihändlerischen, vertreten waren, mit seiner Verurteilung der Lebensmittelzölle keinen Einfluß mehr auf den Gang der Ereignisse gewinnen. Seine Bedeutung lag auch mehr in der offenen Stellungnahme des Präsidenten des Reichstages gegen den Präsidenten der Regierung, indem Forckenbeck einen Trinkspruch hielt nicht nur auf das freie, sondern auch auf das tatkräftige Bürgertum. Die von Rickert daraufhin in vorheriger Übereinstimmung mit Forckenbeck angeregte Organisation einer großen liberalen Partei, einer Antikornzolliga etwa, drang freilich nicht durch, weil Forckenbeck inzwischen Bedenken aufgestiegen waren[92]). Er war keine Kämpfernatur mehr, ohne Stauffenberg, der krank im Süden weilte, traute er sich keinen entscheidenden Schritt zu[93]). Beide zogen freilich aus der veränderten Lage der Parteien im Reichstage ihre Konsequenzen und legten ihre Präsidentenämter nieder (20. und 23. Mai 1879). Das neugewählte konservativ-klerikale Präsidium war der treffende Ausdruck der Wandlung. Es war ein vergebliches Bemühen des Altkatholiken Völk gewesen, einen klerikalen Vizepräsidenten zu verhindern dadurch, daß man etwa Benda vorschlug. Die Linke lehnte es auf das Bestimmteste ab, einem Kandidaten ihrer Partei ihre Stimme zu geben. Nachdem der Kanzler seinen Frieden mit dem Zentrum geschlossen habe, sei es nicht Sache der Partei, ihrerseits den alten Kampf fortzuführen[94]). Noch war freilich der Bund des Zentrums mit den beiden konservativen Parteien nicht so eng, daß nicht ein Teil der Freikonservativen in Gemeinschaft mit einem Teile der Nationalliberalen für Völk gestimmt hätte, obgleich Varnbühler und Bismarck-Sohn die Verbindung zu den Nationalliberalen hatten reißen lassen wollen[95]). Nach den wirtschaftlichen Differenzen in der Fraktion waren auf diese Weise

---

[92]) Vergl. Wentzke. S. 343; Rickert im Reichstag, 15. 4. 80. S. 716; Richter. Bd. II. S. 120 ff.

[93]) Wentzke. S. 240.

[94]) Poschinger. Bd. II. S. 349. Wentzke. S. 236.

[95]) Poschinger. Bd. II. S. 349. Hohenlohe. Denkwürdigkeiten. Stuttgart 1907. Bd. II. S. 269.

auch die rein politischen wieder in den Vordergrund getreten.

Am 23. Mai fand die Abstimmung über den Getreidezoll statt, der mit 226:109 Stimmen angenommen wurde. Dafür stimmten 36 Nationalliberale, im wesentlichen die gleichen, die für den Eisenzoll eingetreten waren, dagegen 49. Ein Antrag Mirbach auf eine Mark Roggenzoll anstelle des von der Regierung vorgeschlagenen Satzes von 0,50 Mark war mit nur 173:166 Stimmen verworfen worden. Für diesen Hochschutzzoll hatten die vier Eisenleute und Heilig gestimmt. So war also die Lage für die Regierung die, daß sie für mäßige Schutzzölle immerhin noch auf 36 nationalliberale Stimmen hoffen konnte, für den von ihr betriebenen größeren landwirtschaftlichen Schutz aber auf nur eine verschwindende Anzahl.

Dennoch hielt der Kanzler, obgleich er sich in den Tagen der Getreidedebatte für das Zentrum entschieden hatte, den Weg zu den Nationalliberalen offen. Er verschüttete kein schmutziges Wasser, bevor er nicht das reine sicher hatte. Die Beratungen über die Finanzgesetze, welche das meiste Geld bringen sollten, hatten kaum ernstlich begonnen, da dem Zentrum alles an Schutzzöllen, nichts an einer finanziellen Stärkung des Reiches lag. Gerade darum suchte Bennigsen jetzt die Einheit der Partei möglichst weitgehend zu sichern. Daß eine Trennung kommen mußte, war freilich klar. In diesem Sinne hatte er seine Rede vom 7. Mai gehalten; in diesem Sinne wirkte auch die Rechte, welche die Linke hinausdrängen wollte, und zwar lieber zwei Dutzend als das eine, das Bennigsen abstoßen wollte[96]). Freilich hatte die wirtschaftliche Rechte zunächst den Gedanken gehegt, selbst auszutreten; nach Bennigsens Rechtsschwenkung aber versprach sie sich größeren Vorteil vom Verbleiben in der Fraktion[97]). Auf der Linken erwogen besonders Lasker und Bamberger sehr ernstlich ein Ausscheiden. Doch ließen auch sie die Dinge treiben, da Forckenbeck von Ende Mai bis Anfang Juli nicht in Berlin war; Stauffenberg war infolge Krankheit nach Ostern überhaupt nicht wiedergekommen. Aber die Abwesenheit Forckenbecks war wesentlich mitbedingt durch das Bewußtsein, daß mit einem rein wirtschaftlichen Programm in Opposition zu Bismarck sich vielleicht eine Fraktion schon gewählter Abgeordneter, nicht aber eine neue Partei gründen

[96]) Poschinger. Bd. II. S. 350, 344.

[97]) Poschinger. Bd. II. S. 344.

lasse. Er dachte sich den Verlauf der ganzen Bewegung so, daß er Bennigsen nach heftigen, in der Fraktion noch zu führenden Kämpfen an die Wand drücken könnte; oder aber auch, daß die Partei durch zahlreiche Austritte zerbröckelte [98]). Die Trennung, und das war das entscheidende Moment, sollte dann bei der Frage der konstitutionellen Garantien erfolgen [99]). Wollte Forckenbeck die neue Fraktion immerhin noch auf Kampf und aktive Stellungnahme der Führer begründen, so sah Stauffenberg alles Heil im Druck von unten und außen. Hätte die Partei mehr Demonstrationen wie das Forckenbeck-meeting in Breslau am 28. Mai, so ließe sich eine Trennung erhoffen. Er aber, der Führer, verzichtete auf alle Initiative und wünschte, daß man ihn und seine Freunde aus der Partei hinausdrängen würde [100]). Bamberger hielt nun wiederum Bennigsen zu einer solchen Tat nicht für fähig, und so verschoben denn auch er und Lasker alle Schritte bis zur Rückkehr Forckenbecks [101]).

Inzwischen waren die Verhandlungen der Tarifkommission, nicht ohne daß Bismarck mit Auflösen des Reichstags und Urlaubnehmen gedroht hätte, allmählich doch in Gang gekommen. Erst Geld, dann Schutzzölle, das war seine Losung dem Bestreben des Zentrums gegenüber, an der Höhe der beantragten indirekten Steuern und Finanzzölle Abstriche zu machen. Da stieg denn wiederum die Bedeutung der zu einem Kompromiß bereiten Nationalliberalen. Als Bennigsen bei den Beratungen der Tarifkommission über ein sogenanntes Sperrgesetz, das die sofortige Erhebung der in erster Lesung schon bewilligten Zölle bringen sollte, lebhaft für die Regierung eintrat, nachdem die agrarischen Vertreter die Forderung abgelehnt hatten, weil ihnen die Agrarzölle noch nicht hoch genug waren, da sprach eine offiziöse Auslassung von der „besonnenen und versöhnlichen Haltung Bennigsens“ und empfahl der Partei, nicht die Brücke der Agitation zu betreten, da sie sonst an den Fortschritt verloren sei [102]). So schien es der Geschicklichkeit Bennigsens, der lebhaft mit dem Kanzler

---

[98]) Der Bremer Mosle war, durch Bismarcks Persönlichkeit dem Schutzzoll gewonnen, schon im Mai ausgeschieden.

[99]) 3. Juni 79. Wentzke. S. 240.

[100]) Wentzke. S. 240.

[101]) Wentzke. S. 241.

[102]) N. Z, Nr. 242; 27. 5. 79; vergl. Schultheß, 1879. S. 172.

und der Linken verhandelte, während er sich der Rechten ja sicher war, noch einmal zu gelingen, einen Ausgleich zu schaffen. Denn noch war es durchaus nicht sicher, ob nicht das Zentrum unter dem Vorwande der konstitutionellen Garantien sich dem ganzen Plane entziehen würde[103]). Selbst in freihändlerischen Kreisen rechnete man mit einem Gelingen des Bennigsenschen Planes[104]).

Da geschah etwas durchaus Unerwartetes: Bismarck schloß mit dem Zentrum ab! Die Verhandlungen in der Tarifkommission hatten sich schließlich auf die politische Seite des Problems zugespitzt. Dazu hatte Bennigsen beantragt, daß 1. die Höhe des Kaffeezolls und der Salzsteuer jährlich festzulegen seien, und daß 2. der Überschuß des Reiches an Einnahmen über seine Ausgaben jährlich durch Etatgesetz an die einzelnen Bundesstaaten zu verteilen sei. Dieser Antrag war Bismarck unannehmbar erschienen, „weil der Radikalismus des deutschen Charakters, wenn es nicht nach seinem Kopfe gehe, leicht geneigt sei, alles entzwei zu schlagen, und sich im gegebenen Falle ein Vergnügen daraus machen würde, die beweglichen Steuern abzuschlagen. Nach der bestehenden Ordnung würden die Steuern wenigstens erhoben. ... Das Gebaren der Nationalliberalen habe ihn, Bismarck, viel weiter nach rechts gedrängt, als er vor 6 Wochen noch geglaubt habe“[105]). Mögen diese Worte auch der wirklichen Lage nicht ganz entsprochen haben, so enthalten sie doch ein Motiv Bismarcks, das ihn sich für den Antrag Franckenstein entscheiden ließ, nachdem dieser die Vorschrift der jährlichen Bestimmung der Höhe eines Zolles und der Salzsteuer auf Drängen der Konservativen hatte fallen gelassen. Denn der Antrag Bennigsen schuf unzweifelhaft neues Recht; während der Antrag Franckenstein, welcher den über 130 Millionen hinausgehenden Betrag an neuen Reichseinnahmen den Bundesstaaten zuweisen und dafür den alten Zustand der Bewilligung von Matrikularbeiträgen beibehalten wissen wollte, wenigstens kein neues Recht schuf, wenn er auch den ursprünglichen Absichten des Kanzlers, sofern sie auf eine Stärkung des Reiches

---

[103]) Vergl. Preußische Jahrbücher. Bd. 43. S. 649 ff.

[104]) Bamberger, 17. 6. 79. Wentzke. S. 244 f.; ferner Hamburger Nachrichten, Nr. 147, 22. 6. 79, aus der Vossischen Zeitung.

[105]) Freye, Motive. S. 240 p; Bericht der Hanseatischen Gesandtschaft über eine vertrauliche Bundesratssitzung am 6. Juni 79.

gingen, geradeswegs zuwiderlief. In erster Linie war dieser Antrag gestellt mit Rücksicht auf die Finanzen der Bundesstaaten; in zweiter Linie erst stand die Sorge um eine Stärkung des Reiches[106]). Eine solche Konzession hatte selbst Lasker für unmöglich gehalten, obgleich er eine konservativ-klerikale Reaktion glaubte kommen zu sehen[107]). So meinte denn auch Stauffenberg, das bißchen Geldbedürfnis und die agrarische Leidenschaft allein könnten unmöglich diese Wandlung erklären. Er konnte sie sich nicht anders deuten als mit einem beabsichtigten Kriege gegen Frankreich, zu der zuvor eine Allianz mit den Klerikalen erforderlich sei[108]).

VIERTES KAPITEL.

Die Franckensteinsche Klausel und der Austritt der Gruppe Schauß-Völk.

Die überraschende und unerwartete Annahme dieses Antrages in der Tarifkommission bedeutete für die Nationalliberalen einen Druck von außen, der die auseinanderstrebenden Teile zunächst noch einmal wieder zusammenführte. Selbst die ausgesprochenen Schutzzöllner waren in ihren Ansichten, ob das ganze Gesetz mit dieser Klausel anzunehmen sei, geteilt, und ein jeder behielt sich seinen letzten Entschluß vor[109]). Wohl wollte die Mehrzahl keine Opposition auf jeden Fall; sie wollte sich den Weg der Rückkehr zur Regierung offen halten. Wenn aber Bennigsen früher den Austritt der Linken erstrebt hatte, so erwartete er jetzt deren Bleiben[110]). Freilich hörte das Schwanken in der Fraktion nicht auf, aber es überwog doch die Meinung derer, welche in dem Beschluß dieses „dies nefastus“ des Reiches einen Hohn auf die Reichsverfassung, den nationalen Gedanken und die Reichsidee unter ausdrücklicher Billigung des Reichsgründers sahen[111]). Darum müsse der Majorität des Reichstages kräftigster Widerstand geleistet werden. Denn der Bund des Reichs-

---

[106]) Vergl. Gerloff. S. 162 f.
[107]) 29. 6. 79. Wentzke. S. 250.
[108]) 23. 7. 79. Wentzke. S. 256.
[109]) Poschinger. Bd. II. S. 353.
[110]) Wentzke. S. 252.
[111]) N. Z. Nr. 291. 26. 6. 79.

kanzlers mit dem so lange als „Reichsfeind" bekämpften Zentrum, das unerhört Neue an der an Wendungen so reichen Politik des Kanzlers, hatte zur nächste Folge den Austritt der drei Minister Falk, Friedenthal und Hobrecht aus dem preußischen Staatsministerium. Damit schien in den Augen der neuen Opposition die ganze Umkehr in der Finanz- und Wirtschaftspolitik samt der künftigen Kulturpolitik gerichtet zu sein.

So konnte denn im Bewußtsein liberaler Einigkeit in diesem Punkte am 1. Juli seit langen Wochen wieder eine Fraktionssitzung stattfinden über die sachlichen Fragen des in die zweite Beratung gehenden Tarifentwurfes[112]). Bennigsen berichtete zunächst, wie seine Bemühungen um ein Kompromiß mit Bismarck daran gescheitert seien, daß auf jeden Fall 35 bis 40 Mitglieder der Fraktion gegen das Gesetz gestimmt haben würden, und daß er somit dem Kanzler keine Mehrheit hätte versprechen können. Nun aber, nach dem Bunde des Zentrums mit dem Kanzler, wünschte er einiges und geschlossenes Auftreten der ganzen Fraktion gegen den ganzen Entwurf wegen der Franckensteinschen Klausel. Nur etwa 10 Mitglieder erklärten, daß sie dieser eine so große Bedeutung nicht beizulegen vermöchten, daß deshalb das ganze Gesetz abzulehnen sei. Diesen Umstand benutzte nun die Linke ihrerseits, indem sie den Kampf vom wirtschaftlichen auf das konstitutionelle Gebiet verlegte, um die Rechte hinauszudrängen. Für alle Fälle — Forckenbeck dachte wohl an einen möglichen Tod des Kaisers — sei die Rettung der Ehre der Partei und die Erhaltung eines äußerlich beträchtlichen und gesäuberten Restes von großem Werte[113]). Darum stellten Forckenbeck, Lasker und Rickert den Antrag, die Ablehnung des ganzen Gesetzes für die Fraktion verbindlich zu machen, solange die Franckensteinsche Klausel bestehe. Darauf drohte Völk bei einem solchen Fraktionsbeschlusse mit dem Ausscheiden der süddeutschen, Treitschke mit dem der preußischen Mitglieder der Rechten. Das veranlaßte Bennigsen, diesen Antrag nicht zur Abstimmung zu bringen, da der Franckensteinsche Antrag ja erst die Billigung der Kommission, noch nicht die des Reichstages gefunden habe. Diese verzögernde Verhandlungsführung

---

[112]) Für die ganze folgende Darstellung bis zum 12. Juli vergleiche Poschinger. Bd. II. S. 250 ff.; Böttcher. S. 353 ff.; Wentzke. S. 252—258.

[113]) Wentzke. S. 257.

des Parteiführers veranlaßte nun Forckenbeck und Lasker zu scharfen persönlichen Angriffen; Bennigsen lähme durch seine Haltung wieder einmal die Energie der Fraktion. In höchster Erregung ging man nach der Vertagung auseinander. Um nun aber jeden Beschluß auf Fraktionssache zu hintertreiben, einigte sich die Rechte in einer Stärke von 23 Mann gegen den Antrag der Linken, so daß die für einen solchen Beschluß nötigen zwei Drittel der Fraktion sehr in Frage gestellt waren. Daher kam denn auch in der nächsten Fraktionssitzung am 4. Juli dieser Antrag Forckenbeck gar nicht weiter zur Erörterung und Abstimmung, sondern die Mitte ersetzte ihn durch einen gleichlautenden Antrag Stephani, der einen „feierlichen" Beschluß herbeiführen wollte, welcher dann aber etwaige Dissentierende nicht gebunden hätte. Selbst über diesen Beschluß wurde die Abstimmung verschoben, und Bennigsen beschloß, mit seinen Freunden die Rechte in der Ablehnung des Forckenbeckschen Antrages zu unterstützen, sodaß dieser sicher fallen mußte. Doch genügte das der Rechten noch nicht. Bei dieser Haltung des Parteiführers glaubte sie den Austritt der Linken erzwingen zu können und machte deren Ausscheiden geradezu zur Bedingung ihres Bleibens. Immerhin wurde der „feierliche" Beschluß auf Fraktionssache mit 41:18 Stimmen am 7. Juli angenommen. Aber Forckenbeck beharrte fernerhin bei seinem Antrage, Bennigsen bei seiner Ablehnung; die Rechte wollte nur bleiben, wenn die Linke hinausgedrängt würde; so ging das „Schachspiel", wer drängt den andern hinaus? weiter, bis eine rein persönliche, nicht eigentlich sachliche Angelegenheit die Entscheidung brachte.

Während dieser Zeit war im Reichstage über die Gestaltung der Finanzgesetze verhandelt worden, und die von der Kommission vorgeschlagenen Sätze waren vom größten Teil der Nationalliberalen abgelehnt worden. Unter den Ablehnenden waren diesmal auch Bennigsen und seine Gruppe, während die schutzzöllnerische Rechte teils zustimmte, teils ablehnte; die preußische Rechte stimmte fast geschlossen für die entscheidenden Kaffee- und Petroleumzölle. Dann aber brachte der 9. Juli mit den Verhandlungen über den Franckensteinschen Antrag einen Höhepunkt der ganzen Session. Bennigsen konnte im Namen fast der ganzen Fraktion sprechen und den Antrag in einer glänzenden Rede, welche die tiefgreifenden Folgen und die neue politische Lage beleuchtete, ab-

lehnen[114]). Darauf antwortete Bismarck in einer von innerster Leidenschaft getragenen großen Absage an die Nationalliberalen, insbesondere an deren linken Flügel, von dessen Kundgebungen er sprach als von Bestrebungen, die den durch das Sozialistengesetz getroffenen Bestrebungen auf Untergrabung des Reiches gleichzusetzen seien. Er habe kein Vertrauen mehr mit Charakteren derart, daß sie, wenn sie in die Minorität kämen, sofort in Leidenschaft umschlügen, künftig zusammenzustehen. Er rate ihnen größere Bescheidenheit für die Zukunft an[115]). Der Sinn dieser Rede war offenbar der, daß er für eine zukünftige Aussöhnung mit der Partei die Trennung vom linken Flügel als Preis nannte. Trotzdem aber stimmte die Fraktion geschlossen gegen den Franckensteinschen Antrag. Das bedeutete aber noch nicht die Verwerfung des ganzen Gesetzes auch von seiten der Rechten. Bei der Beratung des ganzen Tarifes in dritter Lesung begründete Völk den zustimmenden Standpunkt seiner Freunde[116]); in der Art, wie er es tat, hatte er freilich nicht deren Zustimmung[117]). Er führte in einer sehr höhnischen und verletzenden Polemik gegen Bennigsen aus, daß, wenn dieser den in Frage stehenden Antrag mit vielleicht kleinen Änderungen eingebracht hätte, er sich darauf berufen könnte, ähnliche Anschauungen vor nicht langer Zeit selbst im Reichstage entwickelt zu haben. Mit den konstitutionellen Garantien aber sei es so, daß immer, wo ein Begriff fehle, ein rechtes Wort zur rechten Zeit sich einstelle. Die Aufregung in der Fraktion über diese Art der Herausforderung war allgemein, und Forckenbeck benutzte sie, um durch die Wiederaufnahme seines schon fallengelassenen Antrages auf Fraktionssache und durch einen Antrag auf Mißbilligung des Verhalten Völks, die Rechte zum Austritt aus der Fraktion zu zwingen. Noch aber bemühte sich die Mitte um Erhaltung des Bestandes der Fraktion, indem sie lediglich das Bedauern der Fraktion über den Fall Völk aussprechen wollte, und damit sollte dann die Sache erledigt sein. Noch bemühte sich auch Bennigsen, Völk zur Abgabe einer Erklärung zu bewegen; aber schon faßte auch die Linke in Stärke von 30 Abgeordneten am

---

[114]) Reichstag, 9. 7. 79. S. 2178—2186.

[115]) Reichstag, 9. 7. 79. S. 2193—2198.

[116]) Reichstag, 10. 7. 79. S. 2241—2244.

[117]) Das stellt Hölder ausdrücklich fest. Reichstag, 10. 7. 79. S. 2244 bis 2246.

Abend dieses so stürmisch verlaufenen 11. Juli den Beschluß, ihrerseits auszutreten, wenn ihr nicht Genugtuung würde. Nachdem dann am 12. Juli das ganze Gesetz mit den Stimmen der Konservativen, der Freikonservativen und des Zentrums, das sich ausdrücklich als Liquidator des Konkurses der bankerotten liberalen Wirtschaft bezeichnete, und endlich mit 20 nationalliberalen Stimmen angenommen worden war, entlud sich in einer folgenden Fraktionssitzung die ganze Spannung dieser Tage. Die Linke stellte in aller Form den Antrag, die Mißbilligung der Fraktion über das Verhalten Völks auszusprechen, da dessen Erklärung zu nichtssagend sei. Die mittlere Richtung aber brachte ihre Stimmen zumeist einem Vermittlungsantrage Schauß zu, der mit dem Bedauern der Fraktion die Angelegenheit erledigt sein lassen wollte. Dieser entscheidende Antrag fiel aber mit 39:40 Stimmen, und der Antrag auf einfache Mißbilligung wurde daraufhin mit 45:35 Stimmen angenommen. Die Folge dieser Entscheidung war, daß nun doch die Rechte ihren Austritt erklärte. Es waren dies die Süddeutschen Schauß, Völk, Feustel, Hölder, Römer und Zinn, die Eisenleute Klein, Kreutz, Rentsch und Servaes, die preußischen Schutzzöllner Ohlen und Puttkammer, außerdem Vopel, Bähr (Kassel) und Bauer. Es war im wesentlichen die schutzzöllnerische Rechte, die noch am Tage vorher für erhöhte Eisenzölle gestimmt hatte, und von denen die vier Eisenleute und die Landwirte Vopel und Puttkammer auch für verdoppelte Roggenzölle eingetreten waren[118]). Der Jurist Jäger und der Mediziner Zinn traten aus, trotzdem sie gegen den Tarif gestimmt hatten; Gneist, Müller (Sangerhausen), Pfähler und Wehrenpfennig, die ebenfalls das ganze Gesetz angenommen hatten, blieben in der Fraktion. Auch Cuny und Boretius warteten ab, während Treitschke schon am Tage vorher seinen Austritt erklärt hatte.

Die Austretenden standen nicht eigentlich in engerer Gemeinschaft miteinander; sie gaben mit ihrem Schritte mehr ihrem Gefühl über die tiefe Zerklüftung der Fraktion in der Auffassung der dringenden politischen Probleme Ausdruck, als daß sie fernerhin entschlossen gewesen wären, sich zu

---

[118]) Unter den 186 Reichstagsabgeordneten, die für einen Roggenzoll von einer Mark stimmten, waren 119 Adlige, zumeist doch wohl Landwirte, und 67 Bürgerliche. Unter den 160 Ablehnenden waren 28 Adlige und 132 Bürgerliche. Schultheß 1879. S. 211.

einer neuen Willensgemeinschaft zusammenzuschließen. Das war schon bei den Süddeutschen als Föderalisten und Treitschke als Unitarier nicht möglich. So hat denn dieser Schritt der entschiedenen Rechten keine eigentlich parteibildende Bedeutung gehabt. Bei der nächsten Wahl im Jahre 1881 kehrten von dieser Gruppe lediglich Feustel, der sich der Fraktion wieder anschloß, und Treitschke, der fraktionslos blieb, wieder in den Reichstag zurück. Die Ausscheidenden hatten gehofft, daß eine größere Zahl ihnen folgen würde, etwa: Groß, Kraft, Müller (Sangerhausen), Witte (Schweidnitz); diese hatten wohl ihren Austritt zugesagt, waren dann aber nicht gefolgt. Doch legten im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen dieser Session im Laufe des Jahres noch eine Reihe von Abgeordneten ihr Mandat nieder: Baer (Offenburg), den ein Zentrumsmann ersetzte, ten Dornkaat-Koolmann, Hammacher (schon am 6. Juli), Maurer, Rückert und Unruh.

War es Bismarcks Absicht gewesen, die Partei durch Abspaltung des linken Flügels zunächst zu reinigen und dann zu gouvernementalisieren, so war ihm sein Vorhaben doch nur zum Teil gelungen. Daß er aber in diesem Augenblicke nicht seine volle Absicht erreichte, sondern eben nur die Spaltung der Fraktion an sich, das beruhte auf einer jener Zufälligkeiten, die auch dem genialsten Politiker die Pläne zu durchkreuzen vermögen. Hatte doch die entscheidende Abstimmung mit nur einer Stimme Mehrheit die Rechte aus der Fraktion gedrängt, und war es zu dieser Abstimmung doch nur aus der unvorhersehbaren, impulsiven Art des Vorgehens Völks gekommen. Freilich waren für ihn und seine Freunde Schutzzoll und Föderalismus Gründe genug zum Austritt aus der Fraktion. Aber die Scheidung war schließlich ebensowohl aus persönlichen, wie aus sachlichen Gründen vollzogen worden. Gerade diese Scheidung aber war umsomehr gegen des Kanzlers Willen, als dadurch innerhalb des Restes der Fraktion der Einfluß der oppositionellen Führer wachsen mußte, und als gerade in diesem Ausgange der stets verständigungsbereite Bennigsen eine sachliche und persönliche Niederlage erlitten hatte.

3. Teil.

Der Austritt der entschiedenen Linken.

ERSTES KAPITEL.

Die Auswirkungen der neuen Lage und die Wahlen zum preußischen Landtage.

So schien denn der Ausgang dieser Krisis den Sieg der Linken zu bedeuten. Freilich fühlte man hier sehr deutlich, daß, wenn auch die Klärung nach der entschieden liberalen Seite begonnen hätte, damit doch noch keineswegs die Entscheidung gefallen wäre[1]). Denn weder war die Mitte durchaus freihändlerisch; noch kam darin, daß sie der Linken fast wider Willen in die Opposition zu Bismarck gefolgt war, ihr eigentlicher politischer Wille zum Ausdruck. Lediglich unter dem Drucke von außen, als infolge der Zustimmung der Regierung zur Franckensteinschen Klausel ein Zusammengehen mit ihr unmöglich geworden war, hatte sie, indem sie auf die alten Freiheitsforderungen zurückging, diesmal gegen Bismarck entschieden. Aber bestand nicht die Möglichkeit, daß der größte Teil des Restes der Fraktion, da nun einmal im Reichstage die Entscheidung gegen sie gefallen sei, sich bewußt auf den Boden des Bestehenden stellen würde und auf jeden Kampf für Aufhebung der Zollgesetze von vornherein verzichtete[2])? Immerhin hegte die Linke die Hoffnung, daß die Fraktion, die für sie ihren ursprünglichen Charakter wiedergewonnen zu haben schien, ihr in einer entschieden liberalen Politik folgen würde.

Dafür war es denn von größtem Werte, daß sie die alte „Firma“ und damit die vorhandenen Organisationen behalten hatten. In Forckenbeck und Stauffenberg lebte ein Gefühl dafür, daß eine politische Partei doch auch eine historische Individualität mit eigenem Leben ist[3]), und deshalb gerade

---

[1]) Wentzke. S. 254.

[2]) So der entschiedene Freihändler Eynern an Treitschke; Wentzke. S. 264.

[3]) Das der Sinn von Wentzke. S. 257.

hatte jener sich gegen Schluß der Session gegen Laskers „ideale Isolierungsgelüste“ gewandt. Dieser vertrat die Meinung, daß die gesamte liberale Partei von Grund auf sich umgestalten und neu sammeln müßte. So hatte er denn wenig Wert darauf gelegt, welcher Flügel ausschied. Für ihn mußte die Neubildung mit den Führern beginnen, und daher betrieb gerade er alle Dinge aktiv, anders als Stauffenberg, dem eine Umbildung nur von den Wählern her möglich erschien[4]). Da eine solche aber vorerst nicht zu erwarten stand, so mußte die Linke den entscheidenden Einfluß in der Fraktion zu gewinnen trachten. Das war aber nur möglich, wenn Bennigsen mit ihnen zusammenarbeitete; auf ihn kam jetzt viel an[5]). Darum suchte Forckenbeck ihn, der schon am Tage des Reichstagsschlusses vollkommen erschüttert die Absicht ausgesprochen hatte, sich vom parlamentarischen Leben zurückzuziehen, wieder aufzurichten mit dem Versprechen, daß die Partei nicht in das von ihm befürchtete unberechenbar Linke fallen und keine Fortschrittspartei werden würde[6]). Bennigsen aber konnte nach den Vorgängen des Sommers weder sachlich noch persönlich mit den Führern der Linken zusammengehen. Denn eine auf Freihandel und Opposition begründete Politik, wie sie die Folge der letzten Entscheidung im Reichstag hätte sein müssen, schien ihm bei der Umstimmung der Wählerschaft und der Stimmung in der Fraktion unmöglich. Ferner wollte er auch nicht durch seine Person zu einer weiteren Spaltung der Partei, zu einem beträchtlichen Teile doch seines Lebenswerkes selbst, beitragen[7]). So war denn der Entschluß, nicht mehr für die im Herbste bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtage zu kandidieren, durchaus seiner Lage entsprechend. Damit war freilich nicht den Absichten eines großen Teiles der Linken gedient. Denn selbst Lasker wollte nun Bennigsens bedeutenden Geist und seine wichtige Persönlichkeit nicht missen. Er bemühte sich um sein Bleiben, wenn dieser nämlich jetzt eine entschieden liberale Stellung einnehme und für andere Verhandlungsmethoden mit der Regierung eintrete[8]). Im Rücktritt selbst sah er freilich

---

[4]) Wentzke. S. 240.
[5]) Wentzke. S. 256.
[6]) Wentzke. S. 257.
[7]) Wentzke. S. 266. Oncken. Bd. II. S. 419.
[8]) Wentzke. S. 260, 262.

keinen eigentlichen Schaden für die Partei, sondern mehr nur ein Symptom, daß sie auf Erfolge vorerst nicht zu rechnen habe. Rickert dagegen befürchtete, daß der Rücktritt Bennigsens der Anfang einer weiteren Zersetzung sein werde[9]). Schumann hoffte, mit Bennigsen würden „alle sogenannten liberalen Pisangs aus Hannover" abspringen[10]). Treitschke wünschte, daß Bennigsen nicht wiederkäme. Gerade er sei das Haupthindernis für den Neubau der Partei und werde nicht den Mut finden, sich von den Juden zu trennen. Auf ihn baue aber blindlings eine Reihe sonst ganz vernünftiger Männer[11]). Andrerseits wünschte auch Lipke, Bennigsen möchte fest bleiben und nicht wieder kommen, aber aus entgegengesetztem Grunde: für die Führung der Opposition im Abgeordnetenhause sei Bennigsen nicht am Platze[12]).

Für die Vorbereitung der bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtag mußten neue Richtlinien festgelegt werden. Über die ferneren Absichten der Regierung gab diese sehr schnell Klarheit. Denn am Tage nach dem Schluß des Reichstages brachte Bismarck eine Vorlage an den Bundesrat, nach welcher das Reichsbudget künftig immer für zwei Jahre aufgestellt werden sollte; demgemäß sollte der Reichstag dann auch nur alle zwei Jahre berufen werden. Die Legislaturperiode des Reichstages sollte vier Jahre betragen; die Landtage der Bundesstaaten sollten in den Zwischenjahren tagen. In diesem Antrage sah man auf nationalliberaler Seite die eindeutige Absicht der Regierung, die Rechte der Volksvertretungen, insbesondere das Budgetrecht, noch weiter zu beschneiden. Dazu kam, daß die Ernennung des rechtsstehenden Konservativen von Puttkammer zum Kultusminister deutlich die Umkehr in der Schul- und Kirchenpolitik anzuzeigen schien. So ging denn von der oppositionellen Linken der Wahlkampf zuerst aus. Vergebens hatte Lasker sich bemüht, eine Zusammenkunft mit Bennigsen, Miquel und Forckenbeck zur Festlegung neuer Richtlinien zustande zu bringen[12a]). Nicht einmal für sich vermochte die Linke eine einheitliche Wahl-

---

[9]) Wentzke. S. 260.
[10]) Wentzke. S. 258.
[11]) Treitschke. Briefe. Bd. III. S. 503.
[12]) Wentzke. S. 259.
[12a]) Wentzke, S. 255.

parole aufzustellen. Denn daß keine isolierte Wirtschaftsfrage, etwa der Ankauf von Eisenbahnen oder die Gestaltung der Eisenbahntarife zum Inhalte liberaler Politik gemacht werden dürfte, war nach den Erfahrungen im Reichstage klar; zudem war eine Anzahl linksstehender Nationalliberaler stets für Staatsbahnen eingetreten[13]). Andrerseits konnte der Ruf „Fort mit Bismarck!" leicht den Erfolg „Fort mit den Liberalen!" haben[14]). Rickert, der Organisator der Wahlen, brachte die Dinge denn schließlich doch in Fluß. Miquel, der sich mit seinen Freunden vertraulich in Hannover besprach, verwahrte sich zwar ausdrücklich dagegen, daß Rikkert etwa mit einem neuen, selbständigen Programm hervortrete und einlüde; denn die Berliner Oppositionspartei verderbe sonst alles[15]). Es gelang einer am 24. August in Berlin tagenden Vertrauensmännerversammlung, einen Wahlaufruf zu schaffen; freilich war er so farblos, daß er ganz rechts von Sybel, ganz links von Bamberger abgelehnt wurde[16]). Die lediglich abwehrende Haltung wurde treffend bezeichnet durch die Worte der Nationalzeitung[17]): Vor drei Jahren habe die Partei in ihrem Aufrufe sagen können, sie werde sich bestreben, etwas Gutes zu schaffen; heute müsse sie sich begnügen mit dem Bestreben, Übles zu vermeiden. Der Hauptinhalt des Aufrufes war die Forderung, daß alle verfassungsmäßigen Einrichtungen erhalten bleiben sollten, insbesondere der jährliche Etat; daß die Maigesetze nicht aufgehoben werden sollten; daß die Schule im Sinne Falks verwaltet werden müßte; daß eine Landgemeinde-Ordnung gefordert wurde. Die Frage Freihandel oder Schutzzoll wurde ganz ausgeschaltet, da sie nicht in den Landtag gehöre. Noch bevor der Wahlaufruf veröffentlicht wurde, hatte die Nationalzeitung darauf hingewiesen, was den Nationalliberalen im Landtage am Herzen lag: Bei dem Rufe für oder gegen das System Falk in Schule und Kirche werden sich die Geister trennen[18]). Falk selbst gab seiner Befürchtung in einem offenen Briefe die Worte: Wirklich fürchten könne er nur eine Reaktion, die

---

[13]) Wentzke, S. 258, 261.
[14]) N. Z., Nr. 364; 7. 8. 79; Wort von Boretius.
[15]) Wentzke. S. 267.
[16]) Wentzke. S. 274.
[17]) N Z., Nr. 416; 7. 9. 79.
[18]) N. Z., Nr. 405; 31. 8. 79.

auf dem Gebiete des Unterrichtswesens und der Schule, und hier entscheide über den Geist die Verwaltung [19]).

Der Ausfall der Wahlen vom 7. Oktober war eine entschiedene Niederlage der Nationalliberalen und der Fortschrittler. Jene hatten von 168 Mandaten noch 105, diese von 63 noch 34 behauptet. Hatten vorher die beiden liberalen Parteien mit 231 Sitzen die Mehrheit inne gehabt, so konnten die beiden konservativen Parteien nun, da sie von 77 auf 165 Abgeordnete angewachsen waren, eine neue Mehrheit bilden mit Hilfe von 52 Stimmen entweder aus dem Zentrum oder von den Nationalliberalen. So war auch in Preußen ein ähnliches Kräfteverhältnis zwischen den Parteien eingetreten wie im Reiche. Die Aussichten für eine Partei „Bismarck sans phrase" wurden noch dadurch verstärkt, daß gerade die entschiedenen Elemente der Nationalliberalen die größten Verluste erlitten hatten, besonders die Altpreußen. Lasker war in seinem alten Wahlkreise Frankfurt a. O. geschlagen worden, und vergeblich wurde versucht, ihn in Berlin, Stettin, Danzig, Magdeburg unterzubringen [20]). Auch Breslau, wo eine Nachwahl stattfinden mußte, lehnte ihn mit 64:53 Stimmen als nationalliberalen Kandidaten ab [21]). Die Nationalliberalen in Preußen empfanden auf das Deutlichste, daß mit der einen Grundlage ihrer Geltung, dem Einvernehmen mit der Regierung, auch die Zahl ihrer Mandate dahinschwand. „Durch Fehler in der Organisation haben wir manches eingebüßt, geschlagen sind wir worden auf dem Boden unseres Programms" [22]), das war das der Lage entsprechenden Bekenntnis der Nationalzeitung.

ZWEITES KAPITEL.

Im preußischen Landtage.

1. Abschnitt.

Die Stellung der Parteien.

Schon zwei Tage nach der Wahl ließ Bismarck Bennigsen zur Annahme seines Mandates auffordern [23]). Eine Mehrheit der Neu- und Freikonservativen könne ihren Ausdruck finden

---

[19]) N. Z., Nr. 439; 20. 9. 79.
[20]) Wentzke. S. 275.
[21]) Schultheß, 1879. S. 272.
[22]) N. Z., Nr. 478; 14. 10. 79.
[23]) Oncken. Bd. II. S. 421, Anm. 2; Tiedemann. S. 329.

in einem Präsidium Bennigsen mit zwei Konservativen. Es sei der Wunsch einflußreicher Männer unter den Konservativen, das Zentrum und die extrem Konservativen zur Seite zu drücken. Lehne Bennigsen freilich ab, so sei eine Vermittlung zwischen seiner Partei und den Konservativen wohl ausgeschlossen, und alles weitere ergebe sich von selbst[24]). Entweder das Zentrum oder die Nationalliberalen mußte die Regierung freilich für ihre Vorlagen gewinnen; der Konservativen war sie sich ihrer eignen Zusammensetzung und ihrem eignen Willen nach sicher. Die Forderungen des Zentrums waren nach dem Scheitern der Wiener Verhandlungen im Herbst 1879 zwischen dem Botschafter Prinzen Reuß und dem päpstlichen Nuntius Jacobini über die Beendigung des Kulturkampfes vermutlich höher als die der außerordentlich gemäßigten nationalliberalen Landtagsfraktion. Dieser schien einmal die vorgeschlagene Verbindung als eine Fortführung der alten Linie; zum andern traf der Hinweis auf eine Reaktion der Hochkonservativen und des Zentrums in Kirche und Schule die größte Befürchtung gerade auch der gemäßigten Kreise der Partei[25]). Die Furcht vor einer solchen Reaktion war in ihr durchaus lebendig. Hatte doch auf der evangelischen Augustkonferenz ein Pastor den Ruf in die Versammlung geworfen: „Gott segne die Reaktion!" als Antwort auf die Befürchtung, die Forderung einer organischen Verbindung zwischen Kirche und Schule inbezug auf die Leitung des Religionsunterrichtes nach Ziel, Umfang, Methode und Lehre, ferner die Forderung der Aufsicht über Unterricht und Leben der Schule möchte der Konferenz den Ruf einbringen, reaktionär zu sein[26]). Und hatte nicht drei Tage nach der Wahl und der damit gegebenen neuen parlamentarischen Lage der neue Kultusminister Puttkammer erklärt, er lasse die schon genehmigte Einführung von Knabensimultanschulen in Elbing nicht zu? Dann erklärte derselbe Kultusminister auf der Generalsynode Preußens am 25. Oktober, wie der Unterricht in den klassischen Sprachen in den höheren Schulen im Mittelpunkte stehe, so müsse die religiöse

---

[24]) Oncken. Bd. II. S. 422 f.; Wentzke. S. 276.

[25]) Cuny: „Reaktion in Schule und Kirche ..., die Reaktion, welche wir wirklich fürchten. Die Furcht vor eigentlich politischer Reaktion ist ja doch im grunde nur eine künstlich gemachte". Wentzke. S. 277.

[26]) Schultheß, 1879. S. 224.

Unterweisung Zentrum und Mittelpunkt des ganzen Unterrichtes in der Volksschule sein[27]). Nur wenige mochten sich solchen Gefahren gegenüber mit dem Irrglauben abfinden, wie Eynern es tat, daß eine herrschende protestantische Orthodoxie so auf die römische Hierarchie schlagen würde, daß die Funken stärker sprühen würden als bisher[28]).

Die von Bismarck kommende Anregung zu einem Bunde der Nationalliberalen mit den Konservativen wurde von den Führern Benda und besonders Miquel willig und tätig aufgenommen. Dieser versuchte von Anfang an die Landtagsfraktion auf bestimmte Leitlinien für ihre politische Tätigkeit festzulegen, also das zu tun, was im Reichstage nicht möglich gewesen war. Das erschien ihm noch dringender nötig zu sein, falls Lasker doch noch gewählt werden würde[29]). Er sah die Aufgabe darin: „In der Eisenbahnfrage der Regierung eine Mehrheit sichern, die nötige wirtschaftliche und finanzielle Garantie durchdrücken, die Altkonservativen in die Opposition drängen, dabei unsere volle Selbständigkeit wahren, nach festem einheitlichen politischen Plan handeln ... So werden wir den Ansturm der Reaktion auf kirchlichem und Schulgebiet brechen und das Zentrum in tödliche Verlegenheit bringen“[30]).

Bennigsen nahm am 18. Oktober sein Mandat an. Wenn daraufhin auch die Nationalzeitung meinte, eine Veranlassung für die Nationalliberalen, aus ihrer reservierten Stellung herauszugehen, liege nicht vor[31]), so war doch der Weg klar vorgezeichnet. Da war es denn auch kein eigentliches Hindernis, daß nicht das in Aussicht gestellte Präsidium, sondern auf konservativ-klerikalen Vorschlag der Konservative Köller, der Nationalliberale Benda und der Zentrumsabgeordnete Heeremann gewählt wurden. Gerade die „vollkommen korrekte Haltung“ der Freikonservativen während dieser Wahl diente der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen in stärkerem Maße[32]). Der am 31. Oktober gewählte Vorstand der Fraktion:

---

[27]) Schultheß, 1879. S. 259.
[28]) Wentzke. S. 265.
[29]) Wentzke, S. 280.
[30]) Wentzke. S. 278 f.
[31]) N. Z., Nr. 494; 23. Oktober 1879.
[32]) N. Z., Nr. 507; 31. Oktober 1879.

Bennigsen, Miquel, Benda, Delius, Schütt, Techow, Rickert, war in seiner Zusammensetzung sehr gemäßigt; Rickert war darin der einzige ausgesprochene Linksmann.

2. Abschnitt.

Die Eisenbahnvorlage.

Das erstrebte konservativ-nationalliberale Verhältnis bestand seine erste Belastungsprobe in der allgemeinen Beratung der Eisenbahnvorlagen (11.—13. November 1879), die mit einer Verweisung an eine Kommission auf Antrag von Wedell-Malchow und Miquel endete. Da es sich um eine grundsätzliche Entscheidung für oder gegen ein Staatsbahnsystem handelte, fielen die Menge kleinerer Unterschiede nicht ins Gewicht gegenüber dem einen großen Gegensatz: dem der Auffassung des Verhältnisses der Parteigruppen zum Staate und seinen Aufgaben. Miquel war der Meinung, das Eisenbahnwesen gehöre zu den großen Gebieten der öffentlichen Dinge, welche sich der Einwirkung der einzelnen allmählich entzögen, und auf die daher eine Einwirkung des Staates durchaus notwendig sei. Aus diesem Grunde schreckte er nicht davor zurück, daß der Staat ein Monopol selbst betreibe, das er andern nicht überlassen könne. Wie der Staat hier zu einer gewissen Eisenbahnpolitik einfach gezwungen sei, so sei er durch sein Verhältnis zu andern Staaten auch genötigt, eine gewisse Zollpolitik zu treiben. Diese hänge auf das engste mit der Staatsbahnpolitik zusammen, beide seien der Ausdruck einer ganz bestimmten Grundanschauung [33]). Und aus der Billigung dieser Grundauffassung, aber auch aus einzelnen wirtschaftlichen und historischen Überlegungen, ergab sich für Miquel und mit ihm für die Mehrheit der Partei die Notwendigkeit, die Regierungspolitik zu unterstützen, obgleich auch er eine ganze Reihe von Vorzügen des Privatbahnwesens offen betonte.

Zu derselben Zustimmung, aber aus andern Motiven, kam der auf dem rechten Flügel der Partei stehende rheinische Kaufmann und Industrielle Eynern [34]). Er sah in der Handelspolitik nicht so sehr das Verhältnis von Staat zu Staat, son-

---

[33]) Abg. Hs. 13. 11. 79. S. 157—164.

[34]) Abg. Hs. 11. 11. 79. S. 115—118.

dern als überzeugter Freihändler das von Produzent zu Konsument, das von Individuum zu Individuum[35]). Im Augenblicke freilich wollte er sich auf den Boden des Bestehenden stellen und die Zollsätze für Jahrzehnte nicht geändert sehen[36]). Wohl hatte er zu Anfang des Jahres in seinem Wahlkreise lebhaft für den Freihandel agitiert. Vor einem eigentlichen Kampf aber mit der Regierung um diese Überzeugung schreckte er zurück. Er war der Vertreter des mehr großkapitalistisch bestimmten Bürgertums, das seine wirtschaftlichen und sozialen Interessen im ganzen doch von der Regierung gefördert sah, und dem daher ein Kampf um die direkte Machtausübung im Staate um verhältnismäßig kleiner Unterschiede willen ein zu großes Risiko bedeutete, ja, das überhaupt nicht daran dachte, einen solchen Kampf zu entfesseln. Was es wünschte, das war eine für Jahrzehnte feste Basis ,um darauf das Gebäude seiner Industrie und seines Handels, gegen Erschütterungen jeder Art gesichert, aufbauen zu können[37]). So erkannte denn Eynern dem Staate das Recht und die Pflicht zu, in das Eisenbahnwesen einzugreifen. Denn die Wohlfahrt eines Landes sei bedroht durch die Privatbahnen, die ja lediglich auf ihren eigenen Vorteil bedacht sein müßten. In der Entwicklung der Verkehrswege aber beruhten in erster Linie die Bedingungen für die Hebung des Wohlstandes eines Landes[38]). So gestand denn Eynern dem Staate das Eisenbahnmonopol zu, nicht aber eigentlich einen Eingriff in die Wirtschafts- und Handelsfreiheit des Individuums. Handels- und Verkehrspolitik seien eben zwei durchaus gesonderte Gebiete, deren Behandlung nicht notwendig miteinander verknüpft sei; wie ja auch das freihändlerische Belgien auf Staatsbahnen hinarbeitete, während die schutzzöllnerischen Vereinigten Staaten das Land der Privatbahnen seien[39]).

---

[35]) Abg. Hs. S. 159; Ausdruck Miquels.

[36]) Wentzke. S. 264.

[37]) Maenner bezeichnet diesen Tatbestand (S. 356) mit den Worten: „ein wirtschaftliches, kaum mehr politisches und kämpfendes Bürgertum". Die vorliegende Arbeit glaubt demgegenüber den politischen Zusammenhang dieses „realpolitischen" Bürgertums mit der Politik doch etwas stärker betonen zu müssen.

[38]) Abg. Hs. S. 117.

[39]) Abg. Hs. S. 116.

Die ablehnende Haltung des Ostpreußen Kieschke setzte ihrem inneren Wesen nach beim Monopol des Staates ein[40]). Die Bestimmungen der Tarife gäben dem Eisenbahnminister eine solche Macht in die Hand, daß er damit weitgehend über das Wirtschaftsleben des Landes zu bestimmen vermöchte. Es könnte z. B. ein rabiater Schutzzöllner die gesamten Tarife aller Eisenbahnen im Sinne seiner Anschauungen revidieren, und eine solche Macht dürfe nicht in die Hände eines einzelnen, auch nicht der Staatsregierung gelegt werden[41]). Diese Gefahren, welche in der „Omnipotenz des Staates" lägen, fürchteten auch Miquel und Eynern. Deshalb forderten beide übereinstimmend wirksame Garantien gegen das „Übermaß von Verwaltungsselbständigkeit und -willkür". Eynern erinnerte in diesem Zusammenhange ausdrücklich an die Elbinger Simultanschulangelegenheit[42]), und Miquel erklärte für sich persönlich, daß er keine weiteren Eisenbahnvorlagen, wie sie in Aussicht standen, wünsche[43]), doch wohl eben aus diesem Grunde. Er wollte dem Staate eine geforderte Verstärkung seiner Macht nicht geradezu ablehnen, wollte durch seine Warnung aber zugleich erreichen, daß sie nicht zu groß ausfalle. Weil beide aber nicht die Forderungen der Regierung ablehnen wollten, forderten sie Garantien in genauer Parallele zu den konstitutionellen Garantien inbezug auf die Zoll- und Finanzgesetze des Sommers; weil Kieschke das ganze Gesetz nicht wollte, so versuchte er nachzuweisen, daß der „Staatsomnipotenz" durch solche Garantien kein wirksamer Riegel vorgeschoben werden könne[44]).

Über die Garantien kam denn auch in der Kommission zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen ein Kompromiß zustande: Es wurden Bestimmungen über die Verwendung von Überschüssen geschaffen; dem Landtage sollte ein jährlicher Normaltarif vorgelegt werden; endlich sollte ein Landeseisenbahnrat geschaffen werden. Das Gesetz wurde auf dieser Grundlage am 10. Dezember in zweiter Lesung mit 226 : 155 Stimmen angenommen. Zentrum und Fortschritt stimmten geschlossen gegen das Gesetz, dazu 20

---

[40]) Abg. Hs. S. 121—127; 11. 11. 79.
[41]) Abg. Hs. S. 126.
[42]) Abg. Hs. S. 118.
[43]) Abg. Hs. S. 126.
[44]) Abg. Hs. S. 157.

Nationalliberale. Von den 13 Abgeordneten, die im nächsten Jahre sich der Sezession anschlossen, stimmten 10 gegen das Gesetz; drei: Sachse, Berling[45]) und Seyffarth (Krefeld) dafür. Die Gegner des Gesetzes hatten zunächst befürchtet, daß die zustimmende Mehrheit die Eisenbahnfrage zu einer Fraktionssache machen würde. Da aber Rickert und die ihm Nahestehenden bei ihrer Ablehnung auf das Bestimmteste beharrten, andrerseits ihre Stimmen für das Zustandekommen des Gesetzes ohnehin nicht erforderlich waren, ließ man die Sache auf sich beruhen[46]).

So hatte denn Bennigsen den Weg zu Bismarck zurückgefunden und ihm den größten Teil seiner Fraktion ohne betonte Opposition des Restes wieder zugeführt. Am Abend des 10. Dezember, am Tage der Abstimmung, fand ein Fraktionsdiner statt, in welchem er seiner zuversichtlichen Stimmung Ausdruck gab: Nur eigene Fehler könnten die Fraktion aus ihrer Stellung verdrängen, der in Zukunft sicherlich wieder ein Übergewicht zukommen werde. Wohl sei die Bevölkerung konservativer geworden, es gäbe eben mehr zu konservieren; wohl sei sie realistischer geworden, das sei die Folge der Verwirklichung der für unerreichbar gehaltenen Ideale; aber für eine Reaktion fehle dennoch der Boden. Denn einmal ruhten die gelegten Grundlagen der Gesetzgebung auf allgemeiner europäischer Kultur und auf der Gedankenarbeit der Nation, zum andern könne Bismarck nicht selbst sein eigenes Werk zerstören wollen. So seien denn auch die Konservativen außerstande, die gelegten Grundlagen der Gesetzgebung anzutasten. Die Absichten dieser Rede: die Einigkeit der Fraktion zu festigen und eine Warnung zu sein an die Regierung und die verbündeten Konservativen vor reaktionären Bestrebungen, suchte Miquel in der dritten Lesung am 12. Dezember zu fördern mit dem Hinweis auf die Einigkeit der Fraktion. Denn die Frage der Garantien, um die als einer hervorragend politischen man sich doch im Juli von Bismarck getrennt hatte, sah er jetzt als keine politische an, sondern als eine wirtschaftliche. Und darüber hätten ja immer in der Fraktion Meinungsverschiedenheiten bestanden und dürften auch fernerhin bestehen. „Namentlich

[45]) Den Erwerb der rheinischen Bahn lehnte er dagegen am 4. Febr. 1880 ab. Abg. Hs. S. 1412.

[46]) Wentzke. S. 286.

die vorliegenden Garantien haben mit politischen Differenzen absolut nichts zu tun; man kann dagegen stimmen, ohne in einer prinzipiellen Oposition zur Staatsregierung zu stehen“[47]). Und wenn auch Rickert sich noch einmal über die völlige Wertlosigkeit der beantragten Garantien aussprach und dagegen zu stimmen bat[48]), so bot dennoch die Fraktion, wenigstens nach außen hin, ein Bild verhältnismäßiger Geschlossenheit.

3. Abschnitt.

Um die Elbinger Petition.

Diese Geschlossenheit zeigte sich in dem Augenblicke auch von einer mehr inneren Seite, als es um die Angelegenheit ging, die allen am Herzen lag, um die Gestaltung des Schulwesens. Der Magistrat von Elbing hatte, nachdem das Mädchenschulwesen schon 1876 simultanisiert worden war, auch die Simultanisierung der Knabenschulen in Angriff genommen, wozu er sich nach mehrmaligen Bescheiden der zuständigen Regierung berechtigt glaubte. Der neue Kultusminister Puttkammer aber hatte die Durchführung im letzten Augenblicke verboten, indem er sich darauf berief, daß keine förmliche Erlaubnis der Regierung vorliege, und daß er die Minderheiten vor Vergewaltigung schützen müsse[49]). Die konservativ-klerikale Mehrheit der Kommission, welcher die Petition des Elbinger Magistrates in dieser Sache überwiesen worden war, beantragte dazu den Übergang zur Tagesordnung. Gneist dagegen begründete als Korreferent einen Antrag der Minderheit der Kommission, das Haus möge das Verhalten des Ministers, der in gesetzmäßig organisierte Einrichtungen durch Verfügungen eingreife, mißbilligen. Wenn schon die kommunalen und Schulinteressen den Standpunkten und Forderungen der Kirche untergeordnet werden sollten, dann müßte das auch gerechterweise beiden Bekenntnissen gegenüber geschehen. Damit aber gleite der Staat über das Mißverständnis von der souveränen Freiheit der Kirche und ihrer Stellung zum Staate wieder zurück in den Kirchenstreit,

[47]) Abg. Hs. 11. 12. 79. S. 563—566.
[48]) Abg. Hs. 12. 12. 79. S. 605—607.
[49]) Abg. Hs. 17. 12. 79. S. 667.

den man gerade zu beendigen gehofft hatte. Wenn auch ein natürlicher konservativer Zug durch die Bevölkerung gehe, so sei es damit noch nicht natürlich, daß eine neue konservative Aera in Preußen noch einmal mit dem Mißverständnis beginne, zu glauben, das Wesen der konstitutionellen Verfassung bestehe darin, daß die bestehenden Gesetze jedesmal nach der Person und durch die Person des Ministers ausgelegt werden müßten. Gerade im Lande der Kirchenspaltung müsse der Minister nicht nur religiös, sondern auch gerecht sein[50]). Für die nationalliberale Fraktion sprach Sybel aus, daß eine gedeihliche Entwicklung nicht möglich sei ohne ein religiöses und sittliches Moment; daß die religiöse Einwirkung sich aber bei fortschreitender Mischung der Bevölkerung und bei der allgemeinen Schulpflicht beschränken müsse auf das allen Konfessionen gemeinsame Gebiet. In diesem Kampfe um die Weltherrschaft, ein solcher sei der Kampf um die Schulen nach einer gewissen katholischen Auffassung, müsse der Staat Herr über die Schulen bleiben[51]).

Das Bezeichnende für die Nationalliberalen war ohne Zweifel die Tatsache, daß ihre oppositionelle Stellung zur neuen Kulturpolitik von zwei ganz rechts stehenden Männern ausgesprochen wurde; beide waren sie stets mit der Regierung gegangen; Gneist hatte noch dazu die Berechtigung eines konservativen Standpunktes ausdrücklich anerkannt. Der Antrag auf Berücksichtigung der Petition fiel; Zentrum, Konservative und ein Teil der Freikonservativen standen geschlossen gegen die beiden liberalen Parteien. Die Nationalliberalen hatten ihren Standpunkt gewahrt; weitere Folgen hatte der Protest nicht. So hatte Lasker es vorausgesehen[52]). Die Anlehnung nach rechts, das zeigte sich deutlich, konnte die Partei trotz der Unterstützung durch einen Teil der Freikonservativen nicht vor der Reaktion auf dem Gebiete der Schule und Kirche schützen. Das aber war doch gerade die Hoffnung gewesen, unter der sie die Verbindung eingegangen war. Sie hatte aber auch nicht den Willen, ihre Bundesgenossen von gestern und morgen mit allen Mitteln zu zwingen, nötigenfalls dadurch, daß man ihnen die Gefolgschaft aufsagte. So hatte denn Bismarck Lucius leicht erklären

---

[50]) Abg. Hs. 17. 12. 79. S. 663—666.
[51]) Abg. Hs., 18. 12. 79. S. 698—703.
[52]) Wentzke. S. 281.

können: So wenig er parlamentarische Mehrheiten achte, über Schulangelegenheiten, ob simultan oder konfessionell, hätten sie nun doch einmal zu entscheiden [53]). Denn ihm stand in diesem Falle die künftige Entscheidung der konservativ-klerikalen Gemeinschaft von vornherein fest.

4. Abschnitt.

Die Verwaltungsreformvorlage.

Sobald Bismarck die nationalliberale Fraktion zur Mehrheitsbildung wieder gebrauchte, diesmal zur Annahme der Verwaltungsreformvorlage, war auch Bennigsen wieder bereit. Wohl meinte er, daß die Regierung mit den Konservativen heilfroh sein müsse, daß er jetzt, nachdem die Zusammenarbeit des Zentrums mit den Konservativen auf dem Gebiete der Hauptaufgaben der Landesgesetzgebung sich schon nach zwei Monaten als Humbug erwiesen habe, nicht mit seinen Freunden aus „politischer Verbitterung" die Mitarbeit ablehne [54]). Er bezeichnete in der ersten Lesung des Entwurfes (13.—15. Januar 1880) zwar die Regelung der ganzen Angelegenheit, die Umbildung der Staatsbehörden und die Einrichtung von Verwaltungsgerichten in den westlichen Provinzen, als durchaus notwendig; aber er konnte dem nicht zustimmen, daß die allgemeine Staatsverwaltung geordnet werden sollte vor ihrer Voraussetzung, der Kreis- und Provinzialorganisation, welche die Regierung erst im nächsten Jahre in Angriff nehmen wollte. Denn bei Bewilligung der verlangten Übergangsbestimmungen habe die Regierung kein Interesse mehr an der Vollendung des ganzen Werkes. Außer diesem beherrschenden Einwand hatte Bennigsen noch eine ganze Reihe einzelner sachlicher Bedenken; im ganzen aber handelte es sich für ihn doch um eine Aufgabe, bei deren Lösung alle Parteien, so verbittert sie durch den Streit der letzten Jahre auch sein mochten, dennoch nicht nur zusammenwirken könnten, sondern müßten. Denn es handelte sich dabei weder um eine politisch konservative, noch um eine politisch liberale Aufgabe, sondern einfach um eine staatsnotwendige. Daran mitzuarbeiten stellte er die Mitwirkung seiner Fraktion in Aussicht [55]).

[53]) Bismarck WW. Bd. VIII. S. 340.
[54]) Oncken. Bd. II. S. 426.
[55]) Abg. Hs. 13. 1. 80. S. 874—888.

Rickert bedauerte gerade aus dieser Einstellung von der Staatsnotwendigkeit der geforderten Regelung die grundsätzliche Opposition des Fortschritts in diesen Dingen, da sie nicht den Interessen der gesamten liberalen Partei entspreche. Denn wenn nicht von vornherein die Absicht bestehe, auf diesem neutralen Boden mitzuarbeiten, dann könnten die beiden Parteien auch nicht mehr in wünschenswertem Maße Schulter an Schulter stehen in der Abwehr der Reaktion in Kirche und Schule. Andererseits sei die Kraft der liberalen Parteien doch wirklich noch so groß, daß sie eine Reihe von Dingen in diesen Vorlagen zu Fall zu bringen vermöchte[56]). Warb Rickert so in ruhiger Weise um die Unterstützung des Fortschritts, so wandte Gneist gegen dessen Grundforderung, die Schaffung einer Landgemeindeordnung vor der Kreis-, Provinzial- und Staatsverwaltung ein, daß damit die Vorlage auf unbestimmte Zeit vertagt sei[57]). In dieser radikalen Hyperkritik sah er ein Stück jener deutschen Gemächlichkeit und Unentschlossenheit, der es genüge, wenn nur dank ihrer tapferen Gesinnung alles beim alten bleibe[58]). Diese Haltung der beiden nationalliberalen Redner der benachbarten Partei gegenüber war bezeichnend für die Absichten der Linken und der Rechten in der Fraktion. Rickerts große liberale Partei, von deren Gründung im letzten Sommer die Rede war, die auch jetzt noch immer möglich blieb und in führenden linksnationalliberalen Kreisen weiter erwogen wurde, brauchte Zuzug von links. Dieser durfte nicht vergrämt werden, wenn auch im Fortschritt in der Person Richters die mehr unversöhnliche Haltung im Augenblick vorherrschte, und Hänel zurücktrat an Bedeutung. Gneist dagegen suchte gerade das trennende Moment zu betonen und die Linke von jener erstrebten Verbindung abzudrängen. Die Vorlage ging in eine Kommission, die sich schließlich auf einen Vermittlungsantrag Bennigsens gegen Anträge von Rickert, Gneist und den Konservativen einigte, und dieser Vorschlag fand dann Annahme im Hause.

So hatte denn bisher die Fraktion des preußischen Landtages ein im ganzen doch arbeitsfähiges Verhalten gezeigt, welches darauf beruhte, daß der an sich zur Opposition ge-

---

[56]) Abg. Hs. 15. 1. 80. S. 937—943.
[57]) Abg. Hs. 15. 1. 80. S. 947.
[58]) Abg. Hs. 15. 1. 80. S. 951.

neigte linke Flügel unter Rickerts Führung wohl die Eisenbahnvorlagen abgelehnt hatte, in allen übrigen Dingen aber jegliche Schärfe vermied. Denn Rickert spürte mit seiner „feinen Nase für den Erdgeruch“ [59]) instinktiv die Unterströmungen im Volke, die in diesem Augenblicke einer linksliberalen Politik noch nicht günstig waren. Andrerseits vermieden auch Bennigsen, Benda und Miquel, von denen jene beiden nach den Erfahrungen im Landtage hoffen mochten, auch im Reichstage die ganze Fraktion mit Ausnahme vielleicht der ganz extrem Linken einheitlich zu führen, alles, was irgendwie die Gegensätze stärker aufreißen konnte. Darum hatten sie auch im Landtage die Eisenbahnfragen ausdrücklich als solche bezeichnet, in denen, eben als wirtschaftliche Fragen, die Fraktion keinen Zwang auszuüben gedenke [60]).

DRITTES KAPITEL.

Im Reichstage.

1. Abschnitt.

Die nationalliberale Fraktion.

Aus solcher Haltung konnte denn Benda, der erste Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Forckenbeck bitten, mit ihm und Bennigsen gemeinsam eine Einladung zu der ersten Sitzung der Fraktion des Reichstages zu unterschreiben, indem er auf den erhebenden Eindruck hinwies, den die Einigkeit der Fraktion des Abgeordnetenhauses im Lande gemacht habe [61]). Forckenbeck lehnte es ab, eine solche Einladung zu unterzeichnen. Er war ein Gegner der Prinzipien, auf denen diese Einigkeit beruhte [62]), und so stark war

---

[59]) Wort Bambergers. Theodor Barth: Politische Porträts. Berlin. Neue Ausgabe. S. 78.

[60]) Wentzke. S. 286.

[61]) Wentzke. S. 295.

[62]) Vergl. aus dem Programm für eine zu gründende linksnationalliberale Wochenschrift: „der Tendenz entgegentreten, private Erwerbszweige für den Staat zu monopolisieren“. Ferner: „Jede einzelne Frage ... sachlich und ohne Rücksicht darauf erörtert, ob eine der liberalen Auffassung entsprechende Entscheidung etwa die augenblickliche Stellung einer parlamentarischen Fraktion zu andern Fraktionen oder zur Regierung günstig oder ungünstig beeinflußen könnte“. Wentzke. S. 293.

sein persönlicher Gegensatz zu Bennigsen, daß Rickert sich bisher vergeblich bemüht hatte, die beiden zu einer Aussprache bei sich zusammenzubringen. Eine Zusammenkunft Bennigsens mit Lasker zu vermitteln, war ihm dagegen gelungen [63]). So erschien denn schon in diesem Augenblicke die Linke, der die frühere Mitte mit dem Rest der Rechten jetzt als Rechte gegenüberstand, in ihren persönlichen Beziehungen zu ihren Fraktionsgenossen nicht als einheitliche Gruppe. Der zum Bruche treibenden Führerschaft Lasker, Bamberger, Forckenbeck und Stauffenberg, die alle vier nicht dem preußischen Landtag angehörten, stand unter Rickerts Führung eine Anzahl von Abgeordneten gegenüber, die, innerlich in ihrer Haltung jenen Führern eng verwandt, dennoch eine neue Parteibildung vor dem Reichstage für einen Fehler hielten. Denn was seit dem Schlusse des letzten Reichstages an neuen Gründen für eine Abspaltung nach links hervorgetreten war, das hatte seinen Ursprung doch im wesentlichen in preußischen Verhältnissen. Sie aber lediglich zum Anlaß eines Austritts zu nehmen, das verbot schon die Rücksicht auf die nichtpreußischen Mitglieder [64]). Die Empfindlichkeit gerade der Nichtpreußen in solchen Dingen war ja deutlich zum Ausdruck gekommen in Völks Äußerungen über den Rücktritt der drei preußischen Minister im letzten Sommer.

Unter so scharfen sachlichen und persönlichen Spannungen trat am 20. Februar der Reichstag wieder zusammen. In der Wahl des Präsidiums fand sich die konservativ-klerikale Kampfgemeinschaft des letzten Sommers wieder zusammen und wählte den Freikonservativen Arnim-Boitzenburg, dem Bennigsen unterlag, zum Präsidenten; dazu, nach Hölders Ablehnung [65]), Franckenstein und den Konservativen Ackermann. Die Entscheidung der Freikonservativen entzog dem Kreise um Bennigsen die Anlehnung nach rechts, und umsomehr konnte die Linke eine solche beim Fortschritt

---

[63]) Wentzke. S. 286.

[64]) Wentzke. S. 286.

[65]) Die neue Fraktion Schauß-Völk, die „Liberale Vereinigung", die 17 Mitglieder umfaßte, wollte keine Gemeinschaft mit einer Mehrheit der Rechten. Wegen seiner unitarischen Tendenzen lehnte sie auch die Aufnahme von Treitschke ab. Sie zählte 4 Bayern, 2 Württemberger, 2 Sachsen, 2 Schlesier, 3 Rheinländer und 1 Thüringer. Bei der Besetzung von Kommissionen zählte sie zu den Nationalliberalen. Poschinger. Bd. III. S. 23.

suchen, als sie in vielen Zeitungsartikeln und persönlichen Aussprachen schon vorbereitet war [66]). Dadurch wurde anscheinend zunächst die Linke in ihrer Bedeutung gestärkt, und im Fraktionsdiner am 18. Februar konnte, nachdem Bennigsen für Sachlichkeit und Ruhe in den Entschließungen, Entschlossenheit und Nachhaltigkeit in den Entscheidungen geworben hatte, Dernburg neben Bennigsen und Forckenbeck gerade auf Lasker als das gute Schwert der Partei hinweisen, konnte Rickert diesen Hinweis noch unterstreichen durch die Aufforderung, sich fest um die abwesenden Forckenbeck und Stauffenberg zu stellen.

In diesem Augenblicke aber waren anscheinend der Mehrzahl der linksgerichteten Nationalliberalen die Absichten der Führer, wie sie etwa in dem Programm der Gründung einer „Deutschen Wochenschrift" [67]) hervorgetreten waren, nicht völlig bekannt. Lasker hatte es vorausgesehen, daß in den Fragen des Septennates, der Militärerhöhung, der Erneuerung des Sozialistengesetzes kaum die nächsten Freunde würden zusammenstehen können [68]). Wie sehr er recht hatte, zeigte sich in den seit dem 23. Februar fast täglichen Fraktions-

---

[66]) Vergl. etwa Wentzke, S. 267—272 einen sehr langen Werbebrief des Fortschrittlers Müller (Gotha), an Stauffenberg vom 7. August 1879 wegen Gründung einer starken, volkstümlichen Mittelpartei. Ferner: N. Z., Nr. 379; 16. 8. 79. Die Vertrauensmännerversammlung der fortschrittlichen Volkspartei ermächtigt den Vorstand, der Partei, mit der nationalliberalen Partei gemeinsam Agitation zu betreiben, wenn diese Kandidaten der Forckenbeckschen Richtung aufstelle. Ferner Wentzke, S. 289: Konvivium am 23. Januar 1880 im Reichstage: Lasker, Richter, Forckenbeck, Virchow, Klotz, Bamberger nach Verabredung mit der Fortschrittspartei.

[67]) Sie wurde mit Energie in den Monaten Dezember bis Februar betrieben. Die Mittel zur Gründung einer neuen Zeitung waren nicht aufzutreiben gewesen, wohl aber die für ein Wochenblatt etwa nötigen 80 000 Mark. Für dieses sollten Forckenbeck und Stauffenberg mit ihren Namen einstehen, um dem Blatte sofort den Charakter zu geben. Die Wochenschrift sollte einem maßvollen, praktischen Liberalismus dienen, der seine Ziele mit Festigkeit verfolge, dabei aber auch nicht vor der Opposition zurückschrecke. Die Zusammenarbeit gegnerischer Parteien dürfe nicht zu einem Verleugnen prinzipieller Grundsätze führen. Es wird die Verteidigung und wenn möglich Fortführung der wirtschaftlichen Reformgesetzgebung des Reiches gefordert; ferner Beseitigung der reaktionären Handelspolitik und der Lebensmittelzölle. Wentzke S. 292, Anm.; vergl. insgesamt dazu Wentzke. S. 282, 291, 296.

[68]) Wentzke. S. 282.

sitzungen, die sich außer mit dem bevorstehenden Militärgesetz auf Antrag Forckenbecks, der glaubte, daß die ersten Tage des Reichstages seinen Verlauf mächtiger denn je beeinflussen würden [69]), auch mit der allgemeinen politischen Lage befaßten [70]). Es müssen außerordentlich heftige politische Auseinandersetzungen gewesen sein, in die Forckenbeck sogar den Gedanken einer gemeinsamen Sitzung der Nationalliberalen mit den Fortschrittlern zum Zwecke der Ablehnung des Militärgesetzes warf [71]). Zwischen ihm und Bennigsen kam es zu noch schärferen persönlichen Zusammenstößen als im letzten Reichstage. Auch die Ministerverhandlungen Bennigsens von 1877 wurden in die Debatte gezogen, und Forckenbeck soll es als seine Absicht hingestellt haben, jene Verhandlungen damals an unerfüllbaren Forderungen absichtlich scheitern zu lassen. Selbst Lasker und Bamberger sollen sich darum bemüht haben, den üblen Eindruck Forckenbecks zu verwischen. Das Ergebnis dieser Aussprache aber war, daß die Linke „unfindbar" geworden war und ihrer Führerschaft nicht folgte. Unter dem traurigen Gefühl des vollendeten Bruches zwischen den beiden Führern, in deren Freundschaft allein man die Bürgschaft einer starken liberalen Partei in Deutschland zu sehen glaubte, war man auseinander gegangen [72]). So besuchten denn auch die Führer der Linken (außer Rickert!), da sie doch einflußlos geworden waren, künftig keine Fraktionssitzungen mehr [73]).

2. Abschnitt.

Das Militärgesetz.

Ganz scharf und unverhüllt trat dieser Gegensatz in der allgemeinen Besprechung des Militärgesetzentwurfes im Reichstage hervor. Er enthielt die Forderung einer höheren Präsenzzahl und die eines neuen Septennates. Eine Ablehnung der ersten Forderung kam nach der Lage der Dinge auch für die linke Führerschaft nicht in Frage. Der Kampf ging um das Septennat. Bennigsen wollte in dem Streite zwischen

---

[69]) Wentzke. S. 292.
[70]) Poschinger. Bd. III. S. 22 f.
[71]) Wentzke. S. 300. Anm.
[72]) Böttcher. S. 261 f.
[73]) Wentzke. S. 301.

Recht und Pflicht, den die Bewilligung einer siebenjährigen Dauer bedeute, sich für die Pflicht entscheiden. Aus schwerwiegenden politischen und militärischen Gründen dürfe er auf die Forderung einer vollen Aufrechterhaltung des Budgetrechtes verzichten; dazu sei er als Volksvertreter berechtigt. Denn die Friedenspräsenzstärke sei ein wesentlicher Faktor in der Organisation für die Kriegstüchtigkeit und Kriegsaufstellung der Armee und dürfe nicht den schwankenden Entschließungen der einzelnen Jahresbudgets überlassen bleiben. Wenn man es schon 1874 für gefährlich gehalten habe, die Friedensziffer jährlich festzulegen, umwieviel mehr müsse man es jetzt tun, wo die Gefahr, daß von den Parteien des Reichstages politische Kompensationsforderungen geltend gemacht werden könnten, durch die schwankenden Mehrheiten größer geworden sei, wo die Gefahr für den Frieden wegen der politischen und militärischen Festigung Frankreichs seit 1874, wegen der gespannten Beziehungen zu Rußland endlich doch sicherlich gewachsen sei [74]).

Für Stauffenberg standen Pflicht und Recht einander nicht so unversöhnlich gegenüber wie für Bennigsen; ein Ausgleich müsse und könne sich seiner Meinung nach schaffen lassen. Nicht nur das Recht des einzelnen Abgeordneten, auf das er verzichten zu können glaube, sondern das des nächsten Reichstages, dem mit der Entscheidung für eine siebenjährige Dauer überhaupt jeder Einfluß auf militärische Dinge genommen werde, ja schließlich das Recht des ganzen Volkes sei mit dem geforderten Gesetz in Frage gestellt! Und wenn auch in weiten Kreisen das Bewußtsein dieses Rechtes geschwunden zu sein scheine, so sollten die Nationalliberalen, wenn auch als die letzten, dies Recht aufrechterhalten. Ließen sie die Fahne sinken, so würde sie von Parteien aufgenommen werden, deren Entwicklung nicht im Interesse des Reichstages liege. Darum stelle denn diese Vorlage einen Richt- und Merkstein in der künftigen Entwicklung dar. Wollte Bennigsen die Bewilligung nur alle sieben Jahre geschehen lassen, damit nicht die Parteien von der Regierung Erfüllung ihrer besonderen Forderungen verlangen könnten, so stellte Stauffenberg demgegenüber fest, daß die Bewilligungen für die Armee doch nicht für sie als ein Machtmittel der Re-

---

[74]) Reichstag, 1. 3. 80. S. 187—191.

gierung, sondern als Machtmittel des Staates, d. h. als Macht- und Schutzmittel des ganzen Volkes geschähen. Und an dem deutschen Heere und seiner Machtstellung zu rütteln, das sei noch nie von einer erheblichen Mehrheit des Reichstages versucht worden [75]).

So war nun doch der Gegensatz zwischen der Fraktionsrechten und -linken an jenem gefährlichen Punkte neu hervorgetreten, wo er sich mit der Militärfrage verquickte. Schon am 21. Mai des vergangenen Jahres, als die Gründung einer Freihandelspartei im Anschluß an Forckenbecks Bankettrede auf dem Städtetag erörtert wurde, was aus Köln die besorgte Anfrage gekommen: Wie wird die neue Partei es mit der Militärfrage halten? Wird sie auch die für die Rüstung, besonders gegen Frankreich, nötigen Ausgaben bewilligen? „Wir wollen nicht hoffen, daß wir uns in dieser Frage von der neuen Partei trennen müssen“ [76]). Diese Befürchtung schien Wirklichkeit werden zu sollen, wie ein langer, wohldurchdachter Brief des Bremers Albert Gröning an Stauffenberg nach dessen letzter Reichstagsrede zeigte. Der Bremer Reichsverein, in dem sich die entschiedenen Vertreter der Freiheit auf politischem und besonders auf wirtschaftlichem Gebiete, die sich von dem großen Trümmerhaufen der nationalliberalen Partei losgesagt, neugesammelt hätten, warte nur auf den Augenblick, in welchem Stauffenberg die Fahne einer neuen Partei entfalten werde. Für die Bremer radikalen Freihandelskreise aber würde eine Trennung aus Anlaß der Militärfrage entschieden ungünstig wirken. Denn für das Militär bestehe eine große Opferwilligkeit, und dabei genieße die militärische und außerpolitische Leitung des Reiches unbedingte Autorität. So würde es ein verzweifeltes Unternehmen sein, einer patriotischen Versammlung klarzumachen, daß der Sinn eines Austrittes in diesem Augenblicke nicht die Ablehnung der Heereserhöhung, sondern lediglich der eines Kampfes gegen das Septennat und für das Recht des Reichstages sei. Die Massen, auf die jetzt ein Einfluß bestehe, würden die neue Partei einfach im Stiche lassen [77]). Dieser Brief zeigt deutlich die Haltung eines einflußreichen Teiles der Anhängerschaft der Fraktionslinken.

---

[75]) Reichstag, 2. 3. 80. S. 203—205.

[76]) Wentzke. S. 235.

[77]) 6. 3. 1880. Wentzke. S. 297—299.

Das wirtschaftliche Interesse am Freihandel führte den hanseatischen Großhandel auf den linken Flügel der nationalliberalen Partei. Politisch stand diese kommerzielle städtische Aristokratie eigentlich viel weiter rechts. Vor allem waren diese Großkaufleute durchaus nicht antimilitaristisch, und bevor sie die militärische Rüstung irgendwie gefährdeten, gaben sie lieber die umkämpften Budgetrechte preis. Dieser Brief hat, wohl neben andern schriftlich oder mündlich geäußerten Bedenken ähnlicher Art, seinen Einfluß auf den Gang der Ereignisse gehabt [77a]).

Zunächst handelte es sich um Lasker ganz persönlich. Dieser hatte am 4. März in einer längeren Rede zu einem Antrage Hänels, der ein Mißtrauensvotum für den Chef der Admiralität Stosch bedeutete und von diesem einen Bericht über den Untergang des Kriegsschiffes „Der große Kurfürst" forderte, das ganze System Stosch und die Autokratie seines Leiters angegriffen [78]). Ihm trat seitens der Fraktion Bunsen, der später mit zur Sezession überging, entgegen: der Antrag Hänel enthalte eine politische Spitze gegen den Vertreter eines Reichsamtes, den die Fraktion nicht beseitigt sehen wolle; da aber sachlich doch manches Berechtigte in dem Antrage stecke, beantrage er dessen Überweisung an die Budgetkommission [79]). Beide Anträge fanden keine Mehrheit; dem Hänels folgte Lasker mit etwa sechs Fraktionsgenossen. Zwei Tage später stellte sich Lasker abermals in ausgesprochenen Gegensatz zur Mehrheit der Fraktion, als über die Verlängerung des Sozialistengesetzes beraten wurde. Da die Regierung vor zwei Jahren das Gesetz gefordert habe zur Zerstörung der sozialdemokratischen Organisationen, diese aber beendet sei, so müsse die Regierung auf den Boden des für alle gleichen Rechtes zurückkehren. Außergewöhnliche Maßnahmen, zu denen man einmal gezwungen gewesen sei, dürften sich nicht wie Institutionen einleben. Dazu habe auch die Handhabung des Gesetzes nicht immer den Intentionen des Gesetzgebers entsprochen [80]). Dagegen ließ denn die Mehr-

---

[77a]) Vergl. unten in diesem Kapitel Anm. 87 und den Text dazu.

[77b]) 6. 3. 80. Wentzke. S. 297—299.

[78]) Reichstag, 4. 3. 80. S. 242—248.

[79]) Reichstag, 4. 3. 80. S. 249—252; Stosch war Gegner Bismarcks und Vertrauter des Kronprinzen!

[80]) Reichstag, 6. 3. 80. S. 306 f.

heit der Fraktion durch Marquardsen ihre Bereitschaft zur Annahme der Verlängerung mit nur kleinen Änderungen aussprechen. Das Gesetz sei unter wesentlicher Mithilfe der Fraktion damals zustande gekommen und durchaus nicht nur für einmal bewilligt worden, wie Lasker es vorgebe. Außerdem sei loyal gehandhabt worden und habe seinen Zweck, dem Nachwuchs der Sozialdemokratie die Wurzeln zu beschneiden, auch erfüllt. Es könne freilich nur wirksam sein bei angemessener Dauer. Im übrigen betonte er die ganz eigenartige Rolle, die Lasker schon bei der Schaffung des Gesetzes gespielt habe [81]).

Nun drängte Lasker zum Austritt[82]). Der förmliche Anlaß dazu war die Aufstellung der Fraktionsliste, in die er sich nicht wieder eintragen wollte [83]). Am 12. März hatten Bamberger, Lasker und Forckenbeck eine Unterredung über ihre künftige Haltung. Lasker wollte auf jeden Fall austreten; Bamberger wollte es nur in Gemeinschaft zu vieren, und dann auch nicht wegen der Militärfrage, sondern wegen „allgemeiner Incompabilité d'humeur wie bei einer Scheidung“[84]). Forckenbeck machte seinen Austritt abhängig von dem Stauffenbergs, der bald nach seiner Reichstagsrede wegen Rheumatismus wieder nach seinem Gute abgereist war. Forckenbeck aber war mit seinen „Doppelerwägungen“ so unentschlossen, daß weder Bamberger, noch Lasker an seine Entschlußkraft glauben wollten. Er kam aber nach Rücksprache mit verschiedenen Abgeordneten dennoch zum Ergebnis, unbedingt auszutreten, und in diesem Sinne berichtete er an Stauffenberg. Eine Fraktionsgemeinschaft mit denjenigen, die für Lebensmittelzölle und Staatsbahnen stimmten, die trotz aller Fußtritte immer wieder mit den Konservativen und dem Kanzler Verhandlungen begännen, halte er weder für möglich, noch für nützlich. Der Austritt sollte ohne Bezugnahme auf die Militärvorlagen unmittelbar nach der Ostervertagung des Reichstages erfolgen, nachdem Lasker wegen seiner Stellungnahme gegen Stosch und gegen das Sozialistengesetz zweckmäßigerweise vorangegangen sei. Eine besondere Begründung für den Austritt sei schon aufgestellt, und er hoffe,

---

[81]) Reichstag, 6. 3. 80. S. 307—309.
[82]) Wentzke. S. 301.
[83]) Wentzke. S. 303.
[84]) Wentzke. S. 300.

daß Schröder, Thilenius und Braun ihnen folgen würden [85]). Diese feste Absicht auszutreten scheint durch zwei Umstände erschüttert worden zu sein. Einmal durch die Ablehnung Stauffenbergs. Dieser hatte bei der im Süden herrschenden „politischen Apathie" keinen einzigen Menschen, mit dem er offen reden konnte [86]). Auf ihn scheint der erwähnte Brief Grönings mit seinen klaren taktischen Überlegungen so eingewirkt zu haben, daß er in diesem Augenblicke, wo die Militärfrage zur Verhandlung stand, nicht ausscheiden wollte [87]). Zum andern löste Laskers offizieller Austritt aus der Fraktion [88]) am 15. März eine Gegenbewegung der Linken aus. Am folgenden Tage kamen Forkel, Gareis und Büsing im Auftrage der Fraktionslinken zu Forckenbeck und baten, daß die drei übrigen Führer der Linken nicht aus der Fraktion ausscheiden möchten, sondern im Gegenteil wieder an der Führung sich beteiligten. Denn da die Linke in der Fraktion eine sichere Mehrheit habe, da zudem eine starke Unzufriedenheit mit Bennigsen herrsche, sei ein Austritt nicht nötig. Auch werde das Land ihn, besonders wegen der Militärfrage, nicht verstehen. Deswegen könnten sie Lasker nicht folgen [89]). Darauf erklärte denn auch Forckenbeck, daß er in der Fraktion zu bleiben gedenke, und so fehlte denn „der Boden für alles" [90]).

Während der Zeit der Ostervertagung des Reichstages setzte sich Forckenbeck anscheinend mit Rickert in Verbindung, und beide beriefen eine Versammlung der Fraktionslinken ein auf den 5. April, den Tag vor Beginn der Reichstagssitzungen. Aus den Worten Bambergers, die Abgliederung ließe „sich am besten auf die wirtschaftliche Verschiedenheit begründen", nicht als „bloß politische Nüanzierung" [91]), möchte man schließen, daß Forckenbeck seinen

---

[85]) Wentzke. S. 301 f.

[86]) Wentzke. S. 290; 28. 1. 80.

[87]) Forckenbeck spricht am 14. März, als er seinen Entschluß faßte, nach Rücksprache mit Stauffenberg auszuscheiden, von einem Briefe und einem Telegramm Stauffenbergs (Wentzke. S. 301), Gröning von einem Briefe, in welchem jener wenig vertrauensvoll in die Zukunft blicke. (Wentzke. S. 305; 18. 3. 80.)

[88]) Wentzke. S. 303.

[89]) Wentzke. S. 303 f., 306.

[90]) Wentzke. S. 307; Bamberger, 19. 3. 80.

[91]) Wentzke. S. 312.

Plan wieder aufgenommen, daß er aber die Verbindung mit der Militärvorlage völlig aufgegeben hätte. Dann aber wären seine Pläne von der Linken abgelehnt worden, wie der weitere Verlauf zeigt, und wie auch die Stellungnahme der Fraktionslinken vom 16. März es wahrscheinlich macht[92]).

Inzwischen waren in der Militärkommission des Reichstages die Vorschläge der Regierung mit der einzigen Änderung einer Herabsetzung der Dienstzeit der Ersatzreserve von 20 auf 18 Wochen angenommen worden. So war denn auch in der zweiten Beratung des Entwurfes der Antrag Lasker-Stauffenberg auf dreijährige Bewilligung des Gesetzes von vornherein ohne Aussicht auf Annahme auch nur seitens eines größeren Teiles der Nationalliberalen. Von 74 Nationalliberalen stimmten am 9. März nur 11 dafür, von denen dann drei auch sofort für das Septennat stimmten, drei andere, unter ihnen Forkenbeck, sich der Abstimmung enthielten, und nur fünf gegen das ganze Gesetz stimmten. Lasker hatte seinen Antrag unter anderm auch damit begründet, daß der Anspruch, die militärischen Dinge dürften nicht nach den Gepflogenheiten des konstitutionellen Rechtes behandelt werden, doch die größten Bedenken errege. Mit der dreijährigen Bewilligung, die jedem Reichstage einmal die Möglichkeit der Behandlung des Militäretats gebe, komme man endlich einmal aus den dauernden Provisorien heraus[93]).

Hier war nun die Gelegenheit für Richter gegeben, die einander entgegengesetzten Anschauungen innerhalb der Linken der Nachbarfraktion noch weiter gegeneinanderzuhetzen. Anschließend an den Brief Laskers an seine Wähler über die Gründe zu seinem Austritt warf er der Partei vor, daß bei ihr die Taktik alles ausfülle, und daß sie die Sache zurücktreten lasse vor politischen Kombinationen, insbesondere vor dem Verhältnis zum Reichskanzler[94]). In lebhafter Auseinandersetzung auch mit Lasker entwortete ihm Rickert, indem er betonte, daß die Nationalliberalen eine bloß negative Stellung ablehnten, daß sie sich durchaus nicht scheuten, auch mit den Konservativen zusammenzuarbeiten. Auch liege in der

---

[92]) Vergl. Böttcher, S. 269: Rickerts Haltung sei im Frühjahre das stärkste Hindernis für eine Trennung gewesen. Ferner Wentzke, S. 301: Rickert besuchte die Fraktionssitzungen auch weiterhin.

[93]) Reichstag, 9. 4. 80. S. 580—583.

[94]) Reichstag, 9. 4. 80. S. 594.

der dreijährigen Bewilligung nicht das Wesen und die Grenze des Liberalismus, wie behauptet worden sei. Denn praktisch habe eine Bewilligung auf sieben Jahre nicht die große Bedeutung, daß man deswegen das Gesetz ablehnen dürfe [95]).

Für die siebenjährige Bewilligung führte Dernburg als weiteren Grund an, daß man im Volke eine Verständigung zwischen Reichstag und Regierung wünsche, und die komme eben nur im Septennat zustande [96]). Ihm erwiderte Bamberger, daß es wohl nationalliberaler Grundsatz sei, Kompromisse abzuschließen, daß ein solches aber dann nicht mehr vorliege, wenn die Regierung das Menschenmögliche von Maximum verlange, und die Partei es bewillige, zumal dann nicht, wenn die Regierung im Gegensatz zu früher sofort nach Abschluß des Kompromisses Front gegen die Partei zu machen gedenke. Er wollte dagegen in das politische Stilleben der Nation, nachdem man sich so lange gestritten, ob der Spinner den Weber, oder ob der Weber den Spinner übervorteilen solle, wieder Bewegung hineinbringen gerade durch den von Rickert verabscheuten Kampfesruf um die Armeebewilligung [97]). In diesen Gegensatz innerhalb der Linken versuchte Richter noch einmal eine größere Schärfe hineinzubringen mit der Bemerkung, daß Rickert, um dem Stauffenbergischen Standpunkt keine Zugeständnisse machen zu müssen, sich immer mehr in den der Regierung hineinärgere, und daß er doch auf dem Städtetag noch sich gegen Bennigsen erklärt habe, und gegen ihn eine neue Partei habe schaffen wollen; jetzt aber ginge er wieder mit ihm zusammen [98]). Ihm konnte Rickert nur entgegnen, wenn auch in scharfen Worten, daß er vor allem Respekt vor den Überzeugungen der andern verlangen müsse. Als praktischer Politiker sehe er eben darauf, möglichst viel zu erreichen [99]).

Nach Bennigsens großer Rede war die Teilnahme der Nationalliberalen an den Aussprachen im wesentlichen ein Kampf um die Linke und eine Auseinandersetzung eben dieser Gruppe unter sich. Das Schlußergebnis war denn auch, daß den Führern Bamberger, Forckenbeck und Lasker nur noch Jegel,

---

[95]) 9. 4. 80. S. 594—603.
[96]) Reichstag, 15. 4. 80. S. 692—694.
[97]) Reichstag, 15. 4. 80. S. 701—708.
[98]) Reichstag, 15. 4. 80. S. 710—715. Vergl. Richter. Bd. II. S. 151 ff.
[99]) Reichstag, 15. 4. 80. S. 715—719.

Pflüger und Schröder folgten, während für das Septennat 61 Nationalliberale stimmten. Wie sehr hatte sich die Lage seit 1861 doch verschoben! Damals sandte das besitzende Bürgertum in das Abgeordnetenhaus kampffrohe Liberale, voran die Fortschrittsfraktion als stärkste Partei mit ausgesprochen oppositionellem Willen. Der Verfassungskonflikt sah die Mehrheit des Volkes auf der Seite des Parlaments. Wenn aber die linke Führerschaft in diesem Augenblicke an eine Wiederholung jenes Kampfes, den Forckenbeck und Lasker ja mit durchgefochten hatten, gedacht hätte, so hätte sie ihn im leeren Raum führen müssen. Es war nicht nur die gewaltige Autorität Bismarcks, nicht nur das unbeschränkte Vertrauen in die Heeresleitung, die eine entschiedene und nachhaltige Opposition der Nationalliberalen nicht aufkommen ließen, sondern ebensosehr bedingten die ureigenen Interessen des Bürgertums die eingenommene Haltung. In der Furcht vor der sozialistischen Revolution und der damit verbundenen Enteignung des Besitzes suchte man Schutz dort, wo die größte Macht war: bei der Regierung. Darum bewilligte man ihr die Heeresvorlagen eben nicht nur als Schutzmittel des deutschen Volkes gegen seine äußeren Feinde, sondern auch gegen die soziale Revolution.

3. Abschnitt.

Die Samoa-Vorlage und die Elbeschiffahrtsakte.

War bei der Abstimmung über die Militärvorlage die Gefolgschaft der linken Führer auch bis auf drei Mann zusammengeschmolzen, eben aus diesem ganz besonderen Grunde, so zeigte die Linke ihre Stärke, aber auch die in ihr verborgenen Verschiedenheiten der Auffassung aufs neue bei den Verhandlungen über die „Samoa-Vorlage", welche eine Unterstützung der Deutschen Seehandelsgesellschaft wünschte zur Erhaltung eines entwicklungsfähigen Unternehmens und zur Abwendung eines unmittelbaren Verlustes für den deutschen Handel und die deutschen Besitzungen [100]). Zur Ablehnung dieser Vorlage trug besonders die Haltung Bambergers bei [101]), indem er aus anscheinend rein geschäftlichen Überlegungen als vorsichtiger Kaufmann, der keine großen

[100]) Reichstag, 22. 4. 80. S. 858.

Risiken eingehen wollte, sich gegen eine Reichsubvention wandte [102]). Aber schon vor einem Jahre hatte er die Kolonialpolitik, die damals anfing zu „spuken", mit den Worten bezeichnet: „Es ist wirklich, als wenn aus der Rüstkammer alter Scharteken, welche die verschiedenen Nationen seit einem halben Jahrhundert zur Seite gestellt hatten, gar nichts verschont bleiben sollte" [103]). Bamberger wurde in seiner Opposition unterstützt von dem Bremer Reeder Meier, der sich, gestützt auf seine eigenen Erfahrungen im Südseegeschäft, ebenfalls gegen die Vorlage aussprach [104]). Während nun Benda nur deswegen ihr zustimmen wollte, um nicht die Verantwortung für die politischen Rückwirkungen in Übersee übernehmen zu müssen [105]), sah der linksstehende Bunsen, der Sohn des Gesandten in London, in der Vorlage gerade das große nationale Motiv: Gleichstellung und volle Gleichberechtigung Deutschlands und seiner Angehörigen mit denen der meistbegünstigten Nationen in allen Gebieten der Welt, die außerhalb der Machtsphäre der anderen Staaten lägen [106]). So herrschte in der Linken keine grundsätzlich einheitliche Meinung zur kommenden Kolonialpolitik, wenn auch für den Antrag der Regierung nur zwei linksstehende Nationalliberale stimmten Insgesamt erklärten sich 36 Nationalliberale gegen und 21 für den Antrag der Regierung. Dazu zeigte die nationalliberalen Fraktion, ebenso wie die konservative, große Lücken, die doch mindestens nicht als ein Zeichen der Übereinstimmung mit den Absichten der Regierung gedeutet werden durften.

War schon diese Abstimmung von vielen als eine persönliche Niederlage des Kanzlers aufgefaßt worden [107]), so wurde dessen Verhältnis zur Mehrheit des Reichstages noch gespannter, als sich in der Kommission zur Beratung der Elbeschiffahrtsakte diese oppositionelle Mehrheit anscheinend zu festigen begann, indem die Kommission die Annahme der

---

[101]) Richter. Bd. II. S. 158.

[102]) Reichstag 22. 4. 80 S. 861—868; 23. 4. 80 S. 891—895; 27. 4. 80. S. 935—959.

[103]) Reichstag, 3. 5. 79. S. 963.

[104]) Reichstag, 23. 4. 80. S. 881—884.

[105]) Reichstag, 23. 4. 80. S. 896.

[106]) Reichstag, 27. 4. 80. S. 948 f.

[107]) Vergl. Richter. Bd. II. S. 165.

Vorlage nur unter dem Vorbehalt empfahl, daß eine Veränderung der Zollgrenze auf der Elbe nur mit Zustimmung des Reichstages sollte erfolgen können. Sie hatte befürchtet, daß Bismarck die Bestimmung des Artikels 4 dieses Vertrages, daß die Zollpflichtigkeit der Waren beim Überschreiten der Zollgrenze auf der Elbe in gleicher Weise eintrete wie auf dem Lande, als Hintertür benutzen würde, um unterhalb Hamburgs auf der Elbe eine Zollgrenze neu zu schaffen und Hamburg dadurch zu zwingen, in den Zollverein einzutreten [108]). Ähnliche Versuche waren seit einiger Zeit von Preußen gemacht worden; sie hatten am 1. Mai zu einer Interpellation Wolffsohn-Richter geführt, bei deren Besprechung das Vorgehen Bismarcks einem Bundesstaate gegenüber bei keiner Partei außer den Konservativen Zustimmung gefunden hatte. Rickert hatte dem Reichstage ausdrücklich das Recht der Interpretation des strittigen Artikels 34 der Verfassung gewahrt.

Nachdem nun Delbrück als Berichterstatter der Kommission die Annahme des Entwurfes lediglich mit dem Vorbehalt empfohlen hatte [109]), da hielt Bismarck überraschender Weise eine seiner großen Reden [110]) von außerordentlicher Wirkung. Er bezeichnete es als das erste Mal, daß der Reichstag dem Bundesrat ein Recht bestreiten wolle, das ihm verfassungsmäßig unbedingt zustehe, und für das die preußische Regierung auf jeden Fall einzutreten bereit sei. Dann aber wurde der wahre Grund der Rede deutlich. Bismarck wollte die im Kommissionsbeschluß sich ankündigende Mehrheit, die engere Zusammenarbeit diesmal von Zentrum und Gesamtliberalismus, eine zahlenmäßig ja durchaus mögliche Kombination, von vornherein sprengen. Nach Auffassung des Zentrums wollte er weiter diese Partei in Rom diskreditieren und Uneinigkeit in ihre Reihen tragen [111]). Die konservativ-klerikale Zusammenarbeit zum Zwecke der Einführung von Schutzzöllen war wirklich nur Episode geblieben. Der „liberale Bankrott" war liquidiert, die Schutzzölle waren gesichert; aber alle Bemühungen des Kanzlers, in den Wiener Verhandlungen zu einem Ausgleich mit der Kurie

---

[108]) Reichstag, 8. 5. 80. S. 1265.
[109]) Reichstag, 8. 5. 80. S. 1264—1267.
[110]) Reichstag, 8. 5. 80. S. 1267—1272.
[111]) Reichstag, 10. 5. 80. S. 1301; Schorlemer-Alst.

und auf diesem Wege zum dauernden Frieden mit dem Zentrum zu gelangen, waren vergeblich gewesen. Lediglich das hatte die Kurie in einem Breve vom 24. Februar 1880 an den (abgesetzten) Erzbischof von Köln zugestanden, daß sie es dulden könne, daß die Namen der Priester vor der kanonischen Institution der preußischen Regierung angezeigt würden. Damit war also die vielumstrittene Anzeigepflicht praktisch als ertragbar bezeichnet. Am 26. April hatte die preußische Regierung sich daraufhin entschlossen, zur Beendigung des Kulturkampfes hier anzusetzen und diskretionäre Vollmachten zur Anwendung der kirchenpolitischen Kampfgesetze zu erbitten. Zur Annahme eines solchen Gesetzes war die Hilfe der Nationalliberalen unbedingt erforderlich; denn die Vorlage stieß ihres Inhaltes wegen auf den erbitterten Widerstand des Zentrums. Auch kündigte etwas später der Papst in einer Depesche vom 14. Mai die Zurücknahme seines Breves an, wenn die verlangten Vollmachten bewilligt werden würden. Das Zentrum nun bezeichnet Bismarck an diesem Tage als den Hauptgegner der Reichspolitik; es habe in den 6 Monaten des preußischen Landtages ausnahmslos und geschlossen gegen jede Regierungsvorlage gestimmt. Es sei der Belagerungsturm, welcher der Regierung stets kampfbereit gegenüberstehe, und den seine Appendices, ein noch größeres Passivum der deutschen Politik als das Zentrum selbst, benützten, um hinaufzuspringen und von dort den Mauerbrecher gegen die Regierung anzusetzen, indem sie, gestützt auf die Bundesgenossenschaft des Zentrums, gegen die Regierung stimmten. Früher habe diese Firma Zentrum-Polen-Fortschritt geheißen; in jüngster Zeit aber sei noch der Freihandel hinzugetreten, der bis weit in die konservative Partei hineinreiche. Die Bereitwilligkeit, von dieser Opposition des Zentrums Gebrauch zu machen, habe etwas sehr Bedenkliches. Denn noch sei der Boden des Reiches nicht so fest, daß man sich ohne Gefahr der Opposition, dem Sport der Deutschen, hingeben könne. Er frage daher die liberale Partei, ob es nützlich sei, Verfassungsentscheidungen anzuregen und bis zum äußersten zu verfolgen, ob es nützlich sei, den Partikularismus zu unterstützen? Er müsse warnen vor der Tendenz, zwischen den Regierungen Unfrieden zu säen; denn schließlich stehe kein Reichstagsrecht fester als irgendein Regierungsrecht. Wenn er aber die Macht des Zentrums für unüberwindlich ansehen

müsse, wenn die Zerrissenheit der Deutschen die gleiche bleibe, dann müsse er eben dem Kaiser ein Kabinett zu seinem Nachfolger vorschlagen, das die Wünsche der Konservativen und des Zentrums in sich vereine. Wenn aber Fortschritt und Freihandel ihn nicht weiter auf diesen Weg nach Kanossa drängen sollten, dann müßten die Nationalliberalen sich dazu entschließen, dem Zentrum die Heeresfolge absolut und für immer zu versagen.

Das eben war es, worauf es dem Kanzler ankam: Die Nationalliberalen sollten absolut und für immer auf jeden Versuch, eine selbständige Politik, die sie ja auch einmal in den Gegensatz zur Regierung führen konnte, zu treiben, verzichten. Und um das zu erreichen, hatte er geschickt gerade mit dem gedroht, was sie wirklich befürchteten, und was sie auf jeden Fall, wenigstens in ihrer Mehrheit, zu verhüten suchten. Das Zentrum würde bei einer Opposition der Nationalliberalen zu maßgebendem Einflusse kommen. Darum hatte er auch nicht etwa gedroht mit einem Kabinett Zentrum-Fortschritt-Freihandel, wie es dem Ausgangspunkt der Rede doch eigentlich würde entsprochen haben.

Die Konsequenz dieser Rede Bismarcks war seinem eigenem Gefühl nach eigentlich der Einritt Bennigsens ins Ministerium [112]). Dieser war schon seit dem ersten Mai aus dem Reichstage beurlaubt; Bismarck aber ließ ihm durch Schauß einen Wink zukommen, und Bennigsen kam nach Berlin, wo dann am folgenden Tage, einem Sonntage, Kanzler und Parteiführer eineinhalb Stunden miteinander verhandelten. Vor der nächsten Reichstagssitzung am Montag fand noch eine von Bennigsen einberufene Fraktionssitzung statt, in welcher er seinen Vorschlag auf Rückverweisung der Vorlage an die Kommission entwickelte, um die Angelegenheit bis zum nächsten Reichstag zu vertagen. Da aber ein Teil der Fraktion mit dieser Politik des Ausweichens nicht einverstanden war, drohte er durch einfaches Zustimmen zur Vorlage dieser die Mehrheit zu verschaffen [113]). Im Reichstage begründete er seinen Antrag auf Rückverweisung damit, daß die Kommission nur ein einziges Mal getagt habe. Freilich wünschte auch er nicht, daß Preußen auf Grund seiner Machtstellung Hamburg zwingen möchte. Dem Kanzler gab

[112]) Tiedemann. S. 391.

[113]) Richter. Bd. II. S. 162 f.

er zu, daß der Partikularismus gewachsen sei, leider nicht ohne eine gewisse Nachhilfe von Seiten der Regierung durch die Zustimmung zur Franckensteinschen Klausel. Aber den Vorwurf, daß seine Partei in dieser Entscheidung sich habe von hamburgischen partikularistischen Stimmungen beeinflussen lassen, weise er zurück. Dann aber folgte als Einleitung zu einem Aufrufe für ein nationalliberal-konservatives Verhältnis, das eine feste Stütze der Regierung sein sollte, ein Loblied auf den Leiter dieser Regierung. Wenn Bismarck auch einmal partikularistische Bestrebungen unterstützt habe, so halte er doch die nationale Fahne hoch. Sein historisches Verdienst sei es, daß das Deutschland von Olmütz aus seiner Zerrissenheit befreit worden sei, daß es nicht geschaffen worden sei auf dem Wege der Agitationen und der Versammlungen! Ein wahres Heil sei es gewesen, daß König und Minister die Existenz des preußischen Staates an den deutschen Einheitsgedanken gesetzt hätten. Diese Regierung also verdiene Vertrauen, und er hoffe, daß in Zukunft die allein mögliche Mehrheit im Reichstage, eben die nationalliberal-konservative, wieder hergestellt werde, daß von ihr bedeutende Reformen auf ideellem wie auf materiellem Gebiete angegriffen werden könnten. Für den Augenblick halte er es deshalb für ein Glück, daß der Reichstag auseinandergehe, da in der Zwischenzeit bis zum nächsten Jahre alle Verstimmungen und Störungen ausgeglichen werden könnten [114]).

Bennigsens Vermittlungsantrag wurde nun freilich mit 125:125 Stimmen verworfen, und zwar stimmten der Fortschritt, die Konservativen und die Gruppe Schauß dagegen in der Hoffnung, daß bei seiner Ablehnung Bennigsen für den Regierungsantrag den Ausschlag geben würde. Aber dieser wurde ebenso abgelehnt, wie der Antrag der Kommission. Dieser vereinigte 23 nationalliberale Stimmen auf sich, während mit Bennigsen 38 dagegen standen. Diese Abstimmung war unzweifelhaft ein persönlicher Erfolg Bennigsens und ein Sieg des Reichsgedankens durch ihn; sie kehrte das Kräfteverhältnis zwischen der Rechten und der Linken, wie es die Abstimmung über die Samoa-Vorlage ergeben hatte, um. Die im Gesetz entstandene Lücke wurde in der dritten Lesung aus-

[114]) Reichstag, 10. 5. 80. S. 1289--1294. Man beachte die in dieser Rede enthaltene Absage Bennigsens an seine Vergangenheit im Nationalverein!

gefüllt durch Annahme eines Antrages Windthorst-Delbrück auf Rückverweisung an die Kommission.

Wenn nun auch der Kanzler eindringlich vor dem Zentrum gewarnt hatte, und wenn auch Bennigsen warm um die Freundschaft der Konservativen geworben hatte, so glaubte doch Helldorf-Bedra der konservativen Partei ausdrücklich ihr Recht auf die Politik der freien Hand in einer Lage, die dazu zwingen könnte, wahren zu müssen. Wenn bei der Dreiteilung des Reichstages die konservativen Parteien Unterstützung für ihre Gedanken beim Zentrum fänden, so sei es lediglich legitimer Gebrauch, sich ihrer dankbar zu bedienen [115]).

Für die freihändlerischen Liberalen glaubte Lasker der Regierung Unterstützung nur in dem Falle zusagen zu können, wenn die nationale Politik auf eine Weise vollzogen würde, welche die Liberalen auch in ihren Mitteln billigen und unterstützen könnten. Wenn man schon auf die Dauer Männer von selbständiger Gesinnung und selbständigem Handeln zu Folgern haben wolle, dann müsse man auch eine klare und erkennbare Politik betreiben [116]).

VIERTES KAPITEL.

Die kirchenpolitischen Gesetze im preußischen Abgeordnetenhaus.

Gerade auf dem Gebiete, für das Bismarck um die Unterstützung der Nationalliberalen geworben hatte, war die Politik der Regierung weder klar und erkennbar, noch in ihren Mitteln von der umworbenen Partei zu billigen. Wie Miquel es bei der endgültigen Annahme des Gesetze ausdrückte: „Es sind vielleicht auch mir unbekannte Schachzüge hinter der Vorlage, ganz unbekannte Geheimnisse; aber in diesen Fragen läßt sich nicht diplomatisieren. Meine Herren, das sind Fragen, die an das Herz des Volkes schlagen, da muß man mit offenen Karten spielen, und wenn man das nicht kann, muß man keine Vorlage machen an das Abgeordnetenhaus“ [117]). Diese Vorlage über die Milderung der kirchenpolitischen Ge-

---

[115]) Reichstag, 10. 5. 80. S. 1299 f.
[116]) Reichstag, 10. 5. 80. S. 1307—1311.
[117]) Abg. Hs. 26. 6. 80. S. 2381.

setze sah in ihrem Kernstück vor, daß die ihres Amtes entsetzten Bischöfe wieder zurückkehren dürften, und daß damit der Ausgangspunkt einer geordneten Seelsorge geschaffen werden sollte. Um die verwaisten Pfarreien zu besetzen, sollten, da geeignete Bewerber in genügender Menge nicht zu finden gewesen wären, auch solche eingestellt werden können, welche den Anforderungen des Maturitätsexamens und des Universitätsstudiums nicht entsprächen. Da aber die Regierung an der unbedingten Anzeigepflicht der Geistlichen aller Grade festhielt, so lehnte das Zentrum den Entwurf in Übereinstimmung mit der Kurie ab. Die Regierung mußte schon das Gesetz, das der Befriedung der preußischen Katholiken dienen sollte, gegen den Willen der von diesen gewählten Vertreter durchzubringen versuchen. Dazu gebrauchte sie neben den sicheren 152 Stimmen der Konservativen und der Freikonservativen noch 52 der Nationalliberalen. Schon frühzeitig bemühte Bismarck sich, diese der Regierung zu sichern. Er verhandelte mit Bennigsen und Miquel, anscheinend schon vor jenem 8. Mai, und glaubte sie schon mit guten Gründen von der Nützlichkeit der kirchenpolitischen Vorlage überzeugt zu haben, nachdem sie sich zunächst vergeblich bemüht hatten, den Kanzler von dem Einbringen einer solchen abzubringen. Die beiden berichteten der Fraktion über diese Unterredung und kamen mit ihrer ursprünglichen Meinung zu Bismarck zurück[118]). In diesem Zusammenhange gewinnt die große Werberede Bismarcks vom 8. Mai die Bedeutung, die nationalliberale Fraktion des Landtages, die ohnehin nicht so viele entschiedene Freihändler enthielt, für die Regierungspolitik zu gewinnen. Daß freilich die Annahme gerade dieser Vorlage die schwersten Folgen für den Bestand der Partei im Gefolge haben würde, das dürfte auch den beiden Führern klar gewesen sein, und so erklärt sich ihr starkes Widerstreben. Bennigsens wahre Meinung dürfte wirklich die gewesen sein, daß einzig die Kurie mit diesem Gesetze zufrieden sein könnte[119]). Mit den stärksten Druckmitteln versuchte Bismarck Bennigsen vor Beginn der Beratungen ein-

---

[118]) Bismarck, W. W. Bd. VIII. S. 365. Es ergeben sich hier Schwierigkeiten der Datierung, da das preußische Abgeordnetenhaus erst am 20. Mai zusammentrat, andrerseits Miquel nicht dem Reichstage angehörte.

[119]) Tiedemann. S. 392.

zuschüchtern. In der Ablehnung der Rückführung der Bischöfe aber beharrten beide Führer mit vielleicht ungewohnter Festigkeit. In diesem Zusammenhange sprach Bismarck jene bitteren Worte von den Karlchen-Mießnick Tertianern und Kindern, von den unfähigen Politikern Bennigsen und Miquel, die auf den Wink der öffentlichen Meinung horchten, und die so dumm wären, daß er mit ihnen nichts anfangen könnte[120]). Darin liegt der Ausdruck der Verstimmung über den starken und ursprünglichen Widerstand der nationalliberalen Fraktion gegen die von der Regierung gewünschte Vollmacht zur Anwendung der kirchenpolitischen Gesetze.

Gerade den umstrittensten Artikel nun, den über die Rückführung der Bischöfe, bezeichnete der Kultusminister Puttkammer in seiner einleitenden Rede zum Gesetzentwurf als den Kern der Vorlage, auf dessen Annahme die Regierung „ein entscheidendes Gewicht" lege[121]). Den gleichen Artikel machte auch Falk, der dafür gerade beim linken Flügel der Nationalliberalen den lebhaftesten Beifall erhielt, zum Mittelpunkt seiner ablehnenden Rede[122]). Wenn wirklich die Bischöfe erneut anerkannt werden sollten, dann könnte das doch nur geschehen unter der Voraussetzung, daß sie sich künftig verfassungsmäßig verhalten würden. Wenn aber die Bischöfe schon jetzt ihr Amt öffentlich oder heimlich weiter ausübten trotz der Absetzung, in der sie lediglich ein tatsächliches Hindernis sähen, so würden sie nach Beseitigung dieses Hindernisses sicherlich nicht anders handeln als bisher[123]). Freilich sei auch er bereit, wesentlich zur Milderung des Kampfes beizutragen. Dann aber müßten auch die Voraussetzungen, welche der Staatsministerialbeschluß vom 17. März als wesentliche Voraussetzungen aller Milderung aufgestellt habe, nämlich ein Entgegenkommen der katholischen Geistlichkeit, erst einmal gegeben sein. Da das aber nicht der Fall sei, so hätten auch alle Konzessionen der Regierung auf die

---

[120]) Bismarck, W. W. Bd. VIII. S. 369 f. zu Hohenlohe. Vergl. Oncken. Bd. II. S. 431.

[121]) Abg.-Hs., 28. 5. 80. S. 2048.

[122]) Abg.-Hs., 29. 5. 80. S. 2051—2058.

[123]) Bismarck, W. W. Bd. VIII. S. 365 glaubte dagegen in der diskretionären Gewalt ein Mittel zu haben, sie, falls sie nicht im Sinne der Regierung handelten, wieder unschädlich zu machen.

von der Priesterschaft und der Zentrumspartei beherrschten Katholiken lediglich den Eindruck gemacht, als seien sie ein erster Schritt eines Gegners, der anfange, seine Schuld einzusehen. Daraus aber entspringe nicht der Friede, sondern der Kampf. Und endlich sollten diese diskretionären Gewalten der Regierung bewilligt werden für alle Zukunft. Das heiße also, da Bismarck selbst schon von seinem Rücktritt zugunsten einer klerikal-konservativen Regierung gesprochen habe, auch einer solchen! Für eine zeitliche Befristung hinwieder sei dies Gebiet viel zu zart, errege es viel zu sehr die Leidenschaften, als daß man nach einem Jahre schon wieder andere Grundsätze dafür aufstellen könne. Falks Rede klang aus in den Worten: Wenn der Staat sich einmal mit der Kirche einlasse, unterliege er immer.

Für die Fraktionsrechte sprach Gneist die Bereitschaft aus, die Vorlage zu diskutieren[124]). Die Grenze aber des Diskutabeln liege für seine Freunde dort, wo der Kern der Maigesetzgebung, die organische Kirchengesetzgebung des Staates, berührt werde. Eine Nation in der Lage der deutschen mit zwei Kirchen innerhalb ihrer Grenzen, welche beide für ihre Kreise die Alleinherrschaft verlangten, könnte friedlich nur leben, wenn der Staat mit schiedsrichterlicher Gewalt in absoluter Autorität über ihnen stehe. Und darum handle es sich. Deshalb könnten auch die Bischöfe ohne feierliche Erklärung, dem Gesetz unbedingt Folge zu leisten, nicht wieder in ihr Amt zurückkehren; das widerspreche der Heiligkeit der Staatsautorität. Diskutabel erscheine der Dispens von der akademischen Vorbildung, wenn im Augenblick wirklich nicht genügend Pfarrer mit Maturitätsexamen und Hochschulbildung vorhanden seien. Das gelte aber nur für die Besetzung der augenblicklich erledigten Pfründen. Für die Erziehung des Klerus dagegen müsse der Staat ein für allemal seine Grundsätze aussprechen.

Der Gesetzentwurf wurde an eine Kommission verwiesen, in welcher durch eine konservativ-klerikale Mehrheit alle liberalen Abänderungsanträge verworfen wurden; das Gesetz wurde dort in der Regierungsfassung angenommen, wobei das Zentrum freilich erklärte, es würde im Plenum gegen das ganze Gesetz stimmen, wenn die Anzeigepflicht bestehen bleibe.

[124]) Abg.-Haus, 29. 5. 80. S. 2101—2103.

In dieser Lage erklärte denn Bennigsen[125]) in der zweiten Lesung eindringlich und unzweideutig, daß der Entwurf in der gegenwärtigen Fassung mit dem Bischofsartikel für sämtliche Nationalliberale völlig unannehmbar sei. Er und seine näheren Freunde freilich würden für manche Artikel stimmen können, so für die der erleichterten Besetzung der erledigten Pfarreien, der Einsetzung von Bistumsverwesern; für die Bestimmungen über barmherzige Schwestern und Straffreiheit für solche Priester, die außerhalb ihres Amtsbezirkes die Sterbesakramente gereicht hätten. Doch erleichtere der Zusammenhang dieser Artikel mit völlig unannehmbaren ihre Annahme keineswegs. Der Artikel über die Möglichkeit der Rückkehr der Bischöfe wurde in zweiter Lesung mit 252 konservativen, freikonservativen und Zentrumsstimmen angenommen gegen 150 Stimmen der beiden Linksparteien. Für den Artikel 1 über die erleichterte Besetzung erledigter Pfarreien konnte Bennigsen nur 16 Mitglieder seiner Fraktion gewinnen. Dieser Artikel wurde denn auch mit den Stimmen des Zentrums abgelehnt, von diesem, weil er eine Anzeigepflicht enthielt. Wenn diese auch im Bischofsartikel bleibe, so wollte das Zentrum das ganze Gesetz ablehnen. Unter dieser Drohung kam endlich zwischen der zweiten und dritten Lesung zwischen den konservativen Parteien und Bennigsen ein Kompromiß zustande, nach welchem die Konservativen den Bischofsartikel fallen ließen, Bennigsen aber die Zustimmung zum übrigen Teil des Gesetzes versprach.

So begründete denn Miquel[126]) in der dritten Lesung die Zustimmung seiner engeren Freunde zum Gesetz, dessen Wesen und Absicht ihm im Anfange ja absolut unverständlich gewesen sei, dem die Gefährlichkeit nun aber durch Änderungen und Befristungen genommen worden sei. Ihm gegenüber zog aber Rickert[127]) für die Linke der Fraktion aus der gleichen Tatsache, daß die Tragweite des Gesetzentwurfes unklar geblieben sei, den Schluß, daß, da nun einmal die vom Kultusminister als Kernstück des ganzen bezeichnete Rückkehr der Bischöfe, ohne die das Gesetz für die Regierung wertlos sei, doch nicht bewilligt werden würde, dann auch das ganze Gesetz fallen könne. Falle der Rest nicht, so bestehe die

[125]) Abg.-Hs., 21. 6. 80. S. 2223—2229.
[126]) Abg.-Hs., 26. 6. 80. S. 2381—2383.
[127]) Abg.-Hs., 28. 6. 80. S. 2428—2431.

Möglichkeit, die er befürchte, daß die Nationalliberalen bestimmt seien, diejenigen Dinge mit den Konservativen zu machen, die das Zentrum nicht wolle, und daß das Zentrum mit den Konservativen diejenigen Dinge machen werde, die die Nationalliberalen nicht wollten. Habe doch die Kreuzzeitung schon erklärt: „Für jetzt, zur Zeit werden wir den Artikel 4 fallen lassen", und habe doch der Konservative Holz ausdrücklich davon gesprochen, daß der Artikel ja garnicht nötig sei; denn durch königliches Begnadigungsrecht allein schon könnten die Bischöfe wieder in ihr Amt eingeführt werden. Dazu enthalte der Artikel über die Dispensationen bei der Anstellung von Pfarrern Vollmachten, die sie dem jetzigen Kultusminister nicht bewilligen könnten [128]). Warum sollten die Nationalliberalen in diesen Dingen auch nur einen Schritt weiter gehen als das Zentrum, das diesen Artikel als sein Todesurteil bezeichnet habe, das es selbst unterschreiben solle? Der große welthistorische Kampf um die Bedingungen der Kultur sei nur zu führen, wenn das Volk klar und deutlich die großen Ziele im Auge behalten könne, und wenn es klar und deutlich die Mittel sehen könne, welche die Träger des Kampfes anwenden. Mit diplomatischen Mitteln freilich könne man die Lage nur verdunkeln.

Der scharfumstrittene Artikel 1 über die Dispensationen wurde schließlich mit 198:197 Stimmen abgelehnt; wobei 47 Nationalliberale unter Bennigsens Führung ihm zustimmten, 48 unter Rickerts Führung ihn ablehnten. Das ganze Gesetz, aus dem die ursprünglichen Artikel 1, 2, 4, 7, 11 entfernt worden waren, wurde schließlich mit 206:204 Stimmen angenommen. Gegen das Gesetz stimmten 43, für das Gesetz dagegen 45 Nationalliberale.

Damit war denn das Verhältnis vom Reichstage, daß die Fraktion bei politischen Abstimmungen sich in zwei etwa gleich starke Teile schied, von denen der eine mehr taktisch, der andere mehr grundsätzlich liberal und oppositionell eingestellt war, auch auf das Abgeordnetenhaus übertragen. Bennigsen bezeichnete es als das Verdienst der zustimmenden Nationalliberalen, durch ihre Politik verhindert zu haben, daß die Mehrheit der Konservativen und Ultramontanen das aus dem Gesetz herausgestrichen hätte, was diesen unangenehm

[128]) Das erklärte Puttkammer als Mißtrauensvotum in bester Form. Abg.-Hs. S. 2431.

war, und das daringelassen hätte, namentlich den Bischofsartikel, was für das Land am gefährlichsten sei. Und dadurch, daß ein Teil der Altkonservativen für die nationalliberale Auffassung gewonnen worden sei, nicht durch ein Kompromiß mit der Regierung, sei dieses Gesetz zustande gekommen [129]).

FÜNFTES KAPITEL.

Die Sezession.

Diese im preußischen Abgeordnetenhause vollzogene Trennung der Hälfte der Fraktion von den Grundsätzen Falks erschien sogar einigen Führern dieser Gruppe „recht bedenklich“ [130]), und Miquel empfahl Bennigsen unter dem Eindruck der Wirkung einer solchen Kompromißpolitik auf weite Kreise der nationalliberalen Wähler eine andere Politik, die er in einer Zusammenkunft mit Bennigsen, Gneist, Rickert und Hobrecht im September zu besprechen wünschte. „Wir müssen mehr als parlamentarische Minderheitspartei auftreten, mehr unsere eigenen Wege gehen, weniger mit Bismarck verhandeln, sondern selbst handeln, die Zukunft mehr ins Auge fassen und äußerlich uns selbständiger stellen . . . . . Bismarck . . . ist und kann nicht sein unser Führer, er will uns nicht wohl, und er wird die deutschen Dinge auch nicht viel mehr fördern“ [131]). Bei Miquel trat hier eine klarere Erkenntnis der Stellung Bismarcks zur Partei hervor als bei Eynern, der um dieselbe Zeit wünschte, Bennigsen möchte einmal die Kraft gewinnen, durch Abschütteln von 10 bis 12 Mann freundlichere Zustände zu schaffen [132]).

So erhielt denn auch die Austrittsbewegung der Linken durch Bennigsens Kompromißtaktik einen mächtigen Auftrieb. Für die Führer war sie der Anlaß, die lange geplante, immer wieder verschobene Tat nun endlich zu vollbringen, für die Masse der Linken war sie ein entscheidendes Motiv [133]). Anfang Juli erschien dem lange schwankenden Forckenbeck „wirklich die Zeit gekommen, in welcher man sich auch streng

---

[129]) Oncken. Bd. II. S. 434. Anm.
[130]) Wentzke. S. 343; Benda am 11. 8. 80.
[131]) Wentzke. S. 325.
[132]) Wentzke. S. 325.
[133]) Etwas anders Oncken. Bd. II. S. 434.

formell von Bennigsens unbegreiflicher, den liberalen Gedanken und die liberale Partei ruinierenden Politik des Kompromisses mit Bismarck und den Konservativen lossagen muß — öffentlich“[134]). Darüber wünschte er mit Stauffenberg zu reden. Dieser wiederum beschwor nun Lasker, daß die Austrittserklärung „baldmöglichst in Zirkulation gesetzt werde“. „Nur keine Verschleppung!“[135]).

Jetzt kam neben andern auch vor allem Rickert hinzu, der im Frühjahr ein starkes Hindernis des Austritts der ganzen Linken gebildet hatte[136]), und der zu denen gehörte, „die man hat, wenn man sie schon beinahe nicht braucht“[137]). Doch warf gerade Rickert sich mit seiner ganzen unermüdlichen Arbeitskraft und seinem Geschick für die Organisation auf diesen bevorstehenden Austritt, der durch ihn in eine bestimmte Richtung geführt wurde. Da über den Austritt selbst nun grundsätzliche Einigkeit bestand, handelte es sich um eine Organisierung, um die Folgen, welche er haben würde. Freilich herrschte im Anfang Juli eine Zeitlang der Gedanke, der vielleicht in Sachsen und Hessen seine Heimat hatte, und den Rickert sich vorübergehend zu eigen gemacht hatte[138]), eine starke Agitation innerhalb der Partei zu betreiben, die Partei durch einen Parteitag aufleben zu lassen und ihr eine festere Richtung zu geben[139]). Und wenn man die letzten Abstimmungen im Reichstag und im Abgeordnetenhaus der Berechnung zugrundelegte, so schienen die Aussichten eines solchen Vorgehens durchaus nicht schlecht zu sein. Würde dann der Parteitag nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, dann blieb immer noch der Weg des Austritts. Rickert glaubte jedenfalls auf diesem Wege mit einer sicheren Mehrheit rechnen zu dürfen[140]). Da dieser Plan aber von der übrigen Führerschaft als „unerfüllbar“[141]) abgelehnt wurde, da zudem die Gefahr bestand, daß der bevorstehende Riß in der Fraktion sich bei einem solchen Vor-

---

[134]) Wentzke. S. 323.
[135]) Wentzke. S. 323 f.
[136]) Vergl. Oncken. Bd. II. S. 436.
[137]) Wentzke. S. 327.
[138]) Wentzke. S. 331.
[139]) Wentzke. S. 328.
[140]) Wentzke. S. 331, 335.
[141]) Wentzke. S. 328.

gehen erweitern konnte zu einer nicht mehr auszufüllenden Kluft, welche das für später gewünschte freundschaftliche Zusammengehen gefährdete [142]), so wandte sich Rickert mit allem Eifer auf die Vorbereitung des Austritts. Ein Austritt an sich, auch wenn er noch so gut begründet gewesen wäre, hätte doch, wie jener der Rechten vom 12. Juli, nur individuelle Bedeutung gehabt, hätte höchsten zu den schon bestehenden Fraktiönchen ein neues Fraktiönchen gesetzt [143]). Es sollte nicht wieder so kommen wie nach dem Städtetag des Vorjahres, wo Forckenbeck sich durch die Bedenklichkeiten einiger Bürgermeister habe bestimmen lassen, den verabredeten Plan aufzugeben [144]). Forckenbecks Natur, die öffentliche Versammlungen und Zustimmungserklärungen für verbrauchte Mittel ansah, entsprach freilich ein einfacher Austritt schon eher. Der Wahlorganisator Rickert aber sah weiter, ebenso auch Lasker. Es sollte eine Neubildung der gesamten liberalen Partei erfolgen [145]), das war der eigentliche Sinn der ganzen Aktion. Nachdem diese auf dem Wege über den Parteitag abgelehnt worden war, mußte der Weg von unten nach oben, der einer Einwirkung der Organisationen auf die Fraktionen gewählt werden [146]). Das konnte geschehen, indem man sogleich die Grundlagen einer allgemeinen Wählerorganisation schuf, „welche den Rahmen für eine starke und entschiedene Partei abgibt, die nach einem Programm arbeitet, dessen Durchführung sie jeden Augenblick zu übernehmen bereit sein muß, wenn die jetzigen Leiter unserer inneren Politik abgewirtschaftet haben“ [147]). Man konnte aber auch lediglich an die Aufstellung eines Komitees denken, dem dann alles weitere zufiele. Es sollte auf jeden Fall alles so vorbereitet werden, daß mit der Austrittserklärung sofort das Programm der neuen Partei bereit sei, der sich im Lande eine jetzt schon zu organisierende Menge bedeutender Persönlichkeiten anschließen sollte. Man dachte dabei auch an den Beitritt von Mitgliedern des gemäßigten Fortschritts; wenn man sich auch dessen bewußt war, daß wegen persönlichen Verstimmungen

---

[142]) Wentzke. S. 329.
[143]) Wentzke. S. 349.
[144]) Wentzke. S. 343.
[145]) Wentzke. S. 328, 336.
[146]) Wentzke. S. 331, 335, 336.
[147]) Wentzke. S. 339 f.

kein Anschluß der Führer zu erwarten war, so hoffte man doch auf Erfolg im Volke[148]).

Ende Juli war nun Forckenbeck mit Bamberger in Interlaken, mit Stauffenberg in München zusammen, und die drei einigten sich zu einem schriftlich vorliegenden Entschluß, in den nächsten Wochen formell aus der Partei auszuscheiden, diesen Schritt vorher den ihnen politisch nahestehenden Freunden mitzuteilen, selbst aber auch dann auszutreten, wenn kein Beitritt anderer erfolgen sollte. Gleichzeitig wollten sie „die gemeinschaftlichen Grundlagen der liberalen Partei für eine Neubildung zu fixieren suchen“[149]). Ihnen lag eine anscheinend von Rickert geschriebene Austrittserklärung vor[150]). In dieser begründeten sie den Austritt damit, daß der Reichstags- und der Landtagsfraktion die Einheit des politischen Denkens verlorengegangen sei, welche die Rechtfertigung für den Bestand und die Voraussetzung für die Wirksamkeit einer politischen Partei bilde. Eine gedeihliche Entwicklung der inneren Zustände in Deutschland sei nur möglich, wenn die Reibungen zwischen den wirklich liberalen Richtungen aufhörten, und ebenso die Zugeständnisse an ihre Gegner. „Es muß ein Boden geschaffen werden für die Organisation einer Partei, die verbunden ist durch die Überzeugung, daß die Einheit und Wohlfahrt der Nation nicht mittels der immer wachsenden Allmacht und Konzentration der Regierungsgewalt, sondern durch die freie Entwicklung der bürgerlichen Tätigkeit auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens zu erstreben ist“. Sie wendet sich weiter gegen die Gewährung oder Vorenthaltung kirchlicher Freiheiten zur gelegentlichen Förderung andersartiger Interessen, gegen eine kirchliche Reaktion in der Schule, gegen Eingriffe des Staates in die wirtschaftliche Freiheit, gegen eine unzulässige Verschiebung der Steuerlast zum Schaden der ärmeren Bevölkerung; sie fordert zum Schluß eine ihrem Geiste und ihrem Wesen gemäße Geltung und Wirksamkeit der konstitutionellen Einrichtungen.

Um diese Begründung des Austritts und um das Programm der neuen Partei ging nun die folgende Aussprache, die sich langsam dahinzog, da alles schriftlich erledigt werden mußte,

---

[148]) Wentzke. S. 336, 328, 346. Vergl. noch S. 337 f., 267 ff.

[149]) Philippson. S. 337.

[150]) Wentzke. S. 333.

und selbst die in Berlin weilenden Abgeordneten anscheinend keine persönliche Fühlung miteinander hatten[151]). Lipke und die Bremer Kreise wünschten eine entschiedene Freihandelspartei, also das, was Bismarck wahrscheinlich das Angenehmste gewesen wäre. Dem aber widersprach schon der „Manchestermann" Rickert auf das Entschiedenste. „Gegen den Getreidezoll werden wir ohnehin arbeiten. Dazu gebrauchen wir keine neue Partei, und auf Eisen-, Garn- usw. Zoll, auf Eisenbahnpolitik usw. läßt sich keine Partei machen"[152]). Eine Freihandelspartei würde keinen Anhang im Volke finden[153]). Rickert wird hier anscheinend von dem Empfinden geleitet, daß die neue Schutzzollpolitik, soweit sie industriellen Schutz wollte, und die neue Eisenbahnpolitik nicht eigentlich reaktionär zu nennen seien, sondern selbst in einem liberalen System Platz finden könnten. Auch Finanzzölle, selbst z. B. der Petroleumzoll, wären an sich noch nicht antiliberal[154]). Was keinen Platz im liberalen System gefunden hätte, das waren eben die agrarischen Zölle, die im Widerspruch standen zu einer auch bei der Regierung vorhandenen Absicht der industriellen Entfaltung des Landes, die auch zugleich den Gegensatz zwischen Land und Stadt in verstärktem Maße wieder lebendig werden ließen. Unter solchen Auseinandersetzungen wurde das Programm denn auch nicht eigentlich betont freihändlerisch.

Der endgültige Entwurf einer Austrittserklärung mit folgendem Programm der neuen Partei wurde am 20. August von Rickert an die in Frage kommenden Abgeordneten des Reichstages und des Abgeordnetenhauses versandt. Man hatte sich nicht entschließen können, auch Nichtparlamentarier aufzunehmen, wie Rickert und Lipke es gewünscht hatten[155]). Das gedruckte Rundschreiben[156]) enthielt die Mitteilung, daß Forckenbeck, Bamberger und Stauffenberg zum Austritt aus der Partei entschlossen seien, daß Rickert sich entschieden habe, sich ihnen anzuschließen. Er gab in vertraulicher Weise

---

[151]) Wentzke. S. 347.
[152]) Wentzke. S. 331.
[153]) Wentzke. S. 335.
[154]) Wentzke. S. 347.
[155]) Wentzke. S. 349, 345.
[156]) Wentzke. S. 348.

Kenntnis von diesen Dingen und bat, der Erklärung beizutreten. Bennigsen sei von dem beabsichtigten Schritte unterrichtet worden [157]). Am 28. August wurde dann diese Erklärung veröffentlicht mit den Namen der Reichstagsabgeordneten: Bamberger, Baumbach, Braun, Bunsen, Forckenbeck, Jegel, Knoch, Pflüger, Rickert, Schlutow, Stauffenberg, Struve, Thilenius, Trautmann, Witte (Meklenburg), Westphal und denen der Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses: Berling, Drawe, Hönicke, Kieschke, Meyer (Breslau), Platen, Sachse, Seyffahrt (Krefeld), Vollerthun, Weißermel.

Die Erklärung hatte folgenden Wortlaut: „Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben in steigendem Maße uns die Erfahrung aufgedrängt, daß die Nationalliberale Partei gegenüber den wesentlich veränderten Verhältnissen nicht mehr von der Einheit politischer Denkart getragen wird, auf der allein ihre Berechtigung und ihr Einfluß beruhten. In dieser Überzeugung erklären die Unterzeichneten hiermit ihren Austritt aus der Nationalliberalen Partei. Eine in sicheren Bahnen ruhig fortschreitende Entwicklung unserer in Kaiser und Reichsverfassung ruhenden Einheit wird nur aus der Wirksamkeit eines wahrhaft konstitutionellen Systems hervorgehen, wie es die deutsche liberale Partei seit ihrer Existenz unverrückt erstrebt hat. Das einige Zusammengehen der liberalen Partei in den wesentlichen Fragen, das Aufhören verwirrender und aufreibender Kämpfe verschiedener liberaler Fraktionen erscheint uns aber als die unerläßliche Voraussetzung für das erstrebte Ziel. Fester Widerstand gegen die rückschrittliche Bewegung, Festhalten unserer nicht leicht errungenen politischen Freiheiten ist die gemeinschaftliche Aufgabe der gesamten liberalen Partei. Mit der politischen ist die wirtschaftliche Freiheit eng verbunden, nur auf der gesicherten Grundlage wirtschaftlicher Freiheit ist die materielle Wohlfahrt der Nation dauernd verbürgt. Nur unter Wahrung der konstitutionellen Rechte, unter Abweisung aller unnötigen Belastung des Volkes und solcher indirekten Abgaben und Zölle, welche die Steuerlast vorwiegend zum Nachteil der ärmeren Klassen verschieben, darf die Reform der Reichssteuern erfolgen. Mehr wie für jedes andere Land ist für Deutschland die kirchliche und religiöse Freiheit die

---

[157]) Brief Rickerts an Bennigsen: Oncken. Bd. II. S. 435—438.

Grundbedingung des inneren Friedens. Dieselbe muß aber durch eine selbständige Staatsgesetzgebung verbürgt und geordnet sein. Ihre Durchführung darf nicht von politischen Nebenzwecken abhängig gemacht werden. Die unveräußerlichen Staatsrechte müssen gewahrt und die Schule darf nicht der kirchlichen Autorität untergeordnet werden. Wir sind bereit, einer Einigung auf dieser Grundlage zuzustimmen. Für uns aber als Mitglieder der liberalen Partei werden unter allen Umständen diese Anschauungen die leitenden bleiben“ [158]) .

Einen Namen legte sich diese neue Gruppe zunächst nicht bei. Ihr wäre es lieb gewesen, wenn man sie schlechtweg als „Liberale Partei“ bezeichnet hätte [159]). Nach einer von Bamberger verfaßte Broschüre, die bald danach erschien, erhielt sie den volkstümlichen Namen der „Sezession“, der auch in dieser Arbeit angewandt wurde. Sie selbst nannte sich in den nächsten Jahren als Reichstagsfraktion „Liberale Vereinigung“.

---

[158]) Diese Erklärung beruht auf einem von Lasker verfaßten Entwurf, der dann noch in brieflicher Aussprache in einigen Punkten klarer gefaßt, in andern etwas gemildert wurde. Der Laskersche Entwurf ist gedruckt. Wentzke. S. 355 f., zur Redaktion vergl. Wentzke. S. 342, 344, 347, 350 f.

[159]) Wentzke. S. 361.

4. Teil.

Das Ergebnis.

Mit diesem Austritte der Linken hatte die Krisis innerhalb der nationalliberalen Partei ein vorläufiges Ende erreicht. Zugleich aber war durch diese Entwicklung ein entscheidender Einfluß des liberalen Bürgertums auf die Gestaltung der Dinge im alten Reiche unmöglich geworden. Die Gegebenheiten des Ursprunges der nationalliberalen Partei, die man gemeinhin unter dem Gegensatz einer mehr nationalen und einer mehr liberalen Haltung erfaßt, wobei dann in der „liberalen" Haltung starke Einflüsse demokratischer Art stecken, hatten fortgewirkt und in einer neuen Abwandlung der Lage die Partei auseinandergesprengt.

Dieser Wandel der Lage für die Partei wurde vornehmlich durch zwei Momente bestimmt. Einmal war es der unaufhaltsame Gang der wirtschaftlichen Entwicklung. Der deutsche klassische Liberalismus hatte sich im wesentlichen im zweiten Drittel des Jahrhunderts herausgebildet als die Ideologie des aufstrebenden Kleinbürgertums, des Handels, des Geldkapitals und der Kleinindustrie. Da ergab es sich denn aus der ganzen Lage der Zeit, daß die nationalen und die Freiheitsforderungen einen großen Raum einnahmen im Denken dieser Schichten; da sie ihre wirtschaftlichen Interessen, ohne darum kämpfen zu müssen, wesentlich gefördert fühlten durch die herrschende Wirtschafts- und Handelspolitik, so konnte sich später die Ansicht herausbilden, daß die Förderung bestimmter Interessen nicht Aufgabe der Politik sei, ja geradezu etwas Unsittliches enthalte. Diese kleinbürgerlichen Schichten strebten nun danach, die ganze Macht im Staate zu erringen; der preußische Verfassungskonflikt war der Höhepunkt dieses Kampfes des oppositionellen Bürgertums. Wenn es darin auch geschlagen worden war, so errang sich mindestens sein gemäßigter Teil durch die entschlossene Wendung von 1866/67, durch die Gründung der nationalliberalen Partei, einen auf die Einzelgestaltung mancher Dinge im Reiche doch maßgebenden Einfluß dadurch, daß er sich der Krone als Stütze anbot und

im ganzen sich als solche auch bewährte. Aber über das Kleinbürgertum und seine politische Bedeutung ging das Rad der Geschichte hinweg. Deutschland entwickelte sich zu einem Industriestaate, in welchem der Großkapitalismus in seiner nationalen Geschlossenheit sich eine führende Stellung erkämpfte. Die aus dem Kleinbürgertum ins Großbürgertum, die aus der Kleinindustrie in die Großindustrie aufgestiegenen Schichten sahen ihre nunmehrigen wirtschaftlichen Interessen nicht mehr als selbstverständlich im Freihandel gefördert, wie es der hansische Großhandel auch weiterhin tat. Sie mußten sich die Förderung ihrer andersartigen Interessen erst erkämpfen. Das Schlagwort vom „Schutz der nationalen Arbeit" durch den Schutzzoll wurde ihr Kampfesruf.

Und hier berührte sich jenes erste Moment mit einem zweiten. Dieselbe Entwicklung des Großkapitalismus zur wirtschaftlichen Selbständigkeit und Abgeschlossenheit im Nationalstaate führte indirekt auch zu einer Wandlung im Verhältnis der nationalliberalen Partei zur Krone. Dem Staate wuchsen als Angleichung an die neue Lage auch neue Aufgaben zu: eine andere Wirtschafts-, Handels- und Sozialpolitik wurden nötig; das Reich mußte weiterhin über den bisher erreichten Stand gefestigt werden. Die Lösung dieser dringlichen Aufgaben erschien der Staatsleitung nicht möglich zu sein bei einem ausschlaggebenden Einfluß der Nationalliberalen in den Parlamenten. Ein großer Teil der Partei und vor allem eine einflußreiche Führerschaft konnten dem leitenden Staatsmanne auf seinem Wege, der zunächst nur die parlamentarische Geltung der von ihnen vertretenen kleinbürgerlichen, der Handels- und Finanzkreise, dann aber auch ihre Existenzgrundlage gefährdete, keine Gefolgschaft mehr leisten. Bismarck konnte, nachdem die Opposition der Konservativen gebrochen war, das Reich so zu stärken versuchen, daß es alle Interessen der gesamten Nation durchdrang. Freilich konnten die Konservativen, da sie vor der Gründung des Bundes der Landwirte im wesentlichen auf ihre preußischen Stammsitze beschränkt blieben, allein noch keine parlamentarische Mehrheit stellen; dazu wurde die Hilfe der Nationalliberalen oder des Zentrums gebraucht. Jene, als minder oppositionelle Partei, wollte der Kanzler zu diesem Zwecke so umgestalten, daß sie unbedingt ihm ergeben wurde und blieb. Darum bestrebte er sich, ihre Mehrheit von dem

linken, innerlich oppositionellen und demokratisch bestimmten Flügel zu trennen. Der alte Gegensatz zwischen den Demokraten und den Konstitutionellen in der Partei deckte sich in diesem Augenblicke weitgehend mit einem Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen. Ihn benutzte Bismarck zur Erreichung seines Zieles. Mit den in Aussicht gestellten Vorteilen nachrechenbarer Art und den angedrohten Schädigungen förderte er die auch ohne sein Zutun schon im Werden begriffene Umschichtung des Bürgertums und den damit verbundenen Wandel in seiner Ideologie; auch band er dadurch ausschlaggebende Schichten fester an die Regierung. Jene Führer, die ihm auf seinem neuen Wege, als einem die Interessen ihrer Wähler entgegengesetzten, nicht zu folgen vermochten, suchte er gerade wegen ihrer wirtschaftlich selbständigen und im Produktionsprozeß nicht verwurzelten Stellung als geeignete Vertreter für die schaffenden Stände ihres Anhanges zu berauben.

Aber auch diese Umgestaltung der wirtschaftlichen Lage und die Spaltungsabsichten der Regierung allein hätten vielleicht noch nicht zu jenem Ergebnis geführt, wenn nicht zugleich eine eigentümliche Erstarrung in der Aufnahme neuer Gedanken vorzüglich auf seiten der Linken in der nationalliberalen Partei in gleicher Richtung gewirkt hätte. Die Linke war den Angriffen der Regierung und ihrer Fraktionsgenossen auf der Rechten und in der Mitte gegenüber in die Verteidigung gedrängt. Auf den „Forckenbeckschen Schanzen" suchte sie das bis 1876 Errungene festzuhalten. Wirtschaftlich hielt sie am Freihandel fest, den sie als absolut richtig und gerecht ansah, dessen Förderung gerade ihrer bestimmten Interessen sie nicht mit klarer Erkenntnis zu sehen vermochte, vielleicht auch nicht zu sehen wagte. Sie wurde, möchte man sagen, traurig darüber, daß hinfort weniger „sittliche" Antriebe als bisher die Politik bewußt endscheidend beeinflußen sollten. Noch vermochte sie nicht die Frage der nationalen Wirtschaft mit dem Problem der wachsenden Bevölkerung im Hintergrunde, noch nicht die Arbeiterfrage, noch auch nicht die Militärfrage (wenn auch nur teilweise, wie später), in ihr System zu verarbeiten. Aus all diesen Gründen zog sie sich auf ihre alte Oppositionstellung von vor 1866 zurück. Freilich mit zwei Einschränkungen. Gegen die auswärtige Politik und die Militärpolitik der Regierung, gerade also die Kern-

stücke der Oppositionspolitik der Konfliktzeit, konnte man und wollte man auch keine Opposition entfachen. Jene fand ganz allgemeine Billigung, und diese zu bekämpfen in der Form der Ablehnung des Septennates fanden doch nur sehr wenige, freilich führende Nationalliberale den Mut. Und auch hier war ausschlaggebend nicht die eigentliche Militärfrage, sondern der konstitutionelle Machtanspruch. Der konstitutionelle Machtanspruch der nationalliberalen Partei hatte schon seit Jahren eine finanzielle Stärkung des Reiches im Sinne Bismarcks verhindert; in dem Streit um die Franckensteinsche Klausel hatten die Mitte und die Linke der Partei offen Stellung gegen die Reichsregierung genommen. Das eben war der große Widerspruch im nationalliberalen Lager: Den Reichsgedanken und den konstitutionellen Gedanken konnte man gegenüber dem Finanzproblem in dieser von Bismarck geschickt herbeigeführten Lage nicht behaupten. Die nationalliberale Linke entschied sich für die konstitutionellen Garantien und damit — wie die Dinge nun einmal lagen — gegen eine Stärkung des Reiches, wie sie denn auch wegen ihrer Freihandelsinteressen den hansischen Partikularismus stützte. Indem die Linke aber in die Opposition ging, nahm sie im ganzen doch das Programm der Konfliktzeit wieder auf; in dem Programm der „Sezession" glaubte sie die ursprünglichen Grundlagen des Liberalismus wiedergefunden zu haben. Und wie in jener Zeit das Bürgertum im wesentlichen als einheitliche Macht aufgetreten war, so hoffte man, daß es sich von neuem auf das alte Programm sammeln werde, daß eben die einige große liberale Partei entstehen würde, die über den Fraktionsehrgeiz augenblicklicher Führer hinweg den früheren Einfluß im Parlament wieder herzustellen imstande sein werde. Von diesen wiedergefundenen Grundlagen des Liberalismus aus konnte man den Kampf beginnen gegen die sich anbahnende „Omnipotenz des Staates", der durch die Neuregelung der wirtschaftlichen Gesetzgebung einen Krieg aller gegen alle entfache, der die agrarisch-sozialistischen Gedanken in sich aufnehme und so den Reichsgedanken verfälsche; von hier aus konnte man das Schlagwort vertreten, daß wirtschaftliche und politische Freiheit auf das engste zusammengehörten; von hier aus konnte man auch einen neuen Feldzug beginnen für ein „wahrhaft konstitutionelles Reich". In der „Sezession" zog man zu diesem Kampfe aus. Sie war im

Gegensatz zum Austritt der Rechten, dessen Bedeutung sich außer der Schwächung der Partei doch im Einmaligen, im Individuellen erschöpfte, unbedingt umfassend politisch gedacht und hatte auch fortdauernde politische Wirkungen. Sie lediglich als Freihandelspartei aufzufassen entspräche durchaus nicht ihren eigenen Absichten. Wohl war sie freihändlerisch aus Interesse, und der Freihandel hatte ein wesentliches und bestimmendes Moment der Trennung gebildet; das andere aber lag unbedingt in ihrer demokratisch-oppositionellen Haltung zur ganzen inneren Politik überhaupt.

Sie waren innerhalb der Partei darin das völlige Widerspiel der Rechten. Einmal wollte ein Teil von dieser das Steuer der Wirtschaftspolitik vollkommen herumwerfen. Die maßgebenden ihrer Wähler waren gerade jene, denen die neue Politik der Regierung Vorteile versprach, und um dieser willen waren sie bereit, mit den freiheitlichen Traditionen der liberalen Doktrin zu brechen. Sie konnten nicht einen Kampf mit der Regierung wünschen, welche ihre Interessen in so weitgehendem Maße zu fördern versprach. Zum andern gehörten zur Rechten auch gerade jene Kreise, welche auf jeden Fall die Regierung stärken, ihr um jeden Preis auch weiterhin Stütze sein wollten. Das ließ sie sich von dem Freihandel trennen, dem sie innerlich anhingen; das ließ sie auch später der neuen Kirchenpolitik zustimmen. So konnte ihr Austritt aus der nationalliberalen Partei, der außer in sachlichen Gründen auch außerordentlich stark persönlich bedingt war, keine eigentlich parteibildende Kraft entfalten. Denn der von ihnen neuerdings vertretene politische Wille fand, wenn schon einmal die Freiheitsforderungen aufgegeben waren, eine viel wirksamere Vertretung bei den Freikonservativen. Mit Ausnahme von zwei Abgeordneten verschwand denn auch diese Gruppe 1881 schon völlig.

Die Mitte dagegen war zunächst nicht gesonnen, die konstitutionellen Forderungen aufzugeben, wie denn auch die Franckensteinsche Klausel einen Wendepunkt ihrer Haltung bedeutete. Doch wollte sie trotzdem soweit wie nur irgendmöglich in Verbindung mit der Regierung bleiben, sich einen, wenn auch bescheidenen Einfluß sichern. In der großen Linie entsprach doch die von der Regierung vertretene Politik auch den Anschauungen ihrer Mitglieder, unter denen vorzüglich die großkapitalistisch gebundenen sich durchzusetzen ver-

standen. Und wenn sie, wie im Falle des Kirchengesetzes, durch ihre Kompromißtaktik auch nur das erreichen konnte, daß eine konservativ-klerikale Regierungsmehrheit verhindert wurde, so konnte auch das für sie als ein Erfolg gelten. Denn einer solchen gegenüber hätte sie oppositionell werden müssen. Das Gebiet der Geistesfreiheit aber war auch fast das einzige, auf welchem die alten Traditionen in ihr noch längere Zeit lebendig blieben. Denn in der Verfolgung des Gedankens des Kompromisses, gewiß eines Kerngedankens nationalliberaler Politik, kam es so weit, daß praktisch jeder Unterschied zwischen liberaler und konservativer Politik allmählich zu verblassen schien. Unter dem Zwange dieser neuen Haltung änderte sich denn auch die Ideologie der Mitte. Zunächst suchte man eine Reihe von Entscheidungen, die an sich ein Aufgeben liberaler Gedanken enthielten, zu decken entweder mit dem Schlagwort, daß wirtschaftliche Dinge nicht der Parteidoktrin unterlägen, oder mit dem der Staatsnotwendigkeit. Dann kam eine neue wirtschaftliche Anschauung auf, etwa: Monopole, hier die Eisenbahnen, dürften nicht privater Ausbeutung überlassen bleiben, sie müßten in die Hände des Staates kommen. Freilich war gerade bei dieser Entscheidung der alte Standpunkt noch so lebendig, daß man praktisch doch nur ein halbes Monopol wollte. Oder man suchte diese Eisenbahnpolitik, wenn man schon grundsätzlich freihändlerisch blieb, deshalb aber noch nicht oppositionell wurde, von der Handelspolitik als einem ganz andern und unabhängigen Gebiete zu trennen. Entscheidend für den langsamen Wandel der Doktrin der Mitte aber war stets ihre grundsätzlich nicht oppositionelle Haltung.

So schieden sich denn in der Stellung zum Staate und seiner neuen „neukonservativen" Politik grundsätzlich jene beiden Seiten des Nationalliberalismus, des Gesamtliberalismus überhaupt. Und damit verbunden schickte das liberale Bürgertum eine immer mehr zusammenschmelzende Zahl von Vertretern in den Reichstag. Hatten die beiden liberalen Richtungen, die nationale und die fortschrittliche, mit 204 Mandaten 1874 die Mehrheit im Reichstage inne, hielten sie beim Beginn der hier geschilderten Krisis noch 124 Sitze, so sanken sie nach dem vorübergehenden Erfolge der Sezession 1881 (151 Liberale insgesamt) auf 90 im Jahre 1893, auf 87 im Jahre 1912. Der Linksabmarsch der Städte, den die Sezession hatte ver-

hüten wollen und nicht hatte verhüten können, war unaufhaltsam weiter erfolgt.

Aber auch der Zerstörer, wenn er es auch nicht alleine war, der nationalliberalen Stellung sollte seines Sieges nicht froh werden. Denn die Vernichtung der alten verbündeten Partei bedeutete zugleich das Aufhören aller festen Mehrheitsverhältnisse im Reichstage. Wohl gelang dem Kanzler für sich und seine Nachfolger die Gouvernementalisierung der Partei, aber eben auch nur dieser durchweg 50 Mann! Da die konservativen Fraktionen mit den Nationalliberalen zusammen es in den nächsten Reichstagen von 1881 und 1884 nur auf 122 und 156 Stimmen bringen konnten, so stockte jeder Fortschritt der Reichsfinanzreform bis zum Kartellreichstag von 1887 mit seiner vorübergehenden nationalliberal-konservativen Mehrheit von 220 Stimmen, die in den nächsten Wahlen aber auf 135 herabging. Einer wirtschaftlichen Mehrheit war der Kanzler freilich während der ganzen 80er Jahre sicher, und die Kornzölle stiegen 1885 auf 3 Mark, 1887 auf 5 Mark. Aber das Reich wurde immer nur dann reicher, wenn auch die Landwirtschaft Vorteile erhielt. Wohl hatte so in dem großen Kampfe des Bismarckischen Systems mit dem liberalen jenes seinem Gegner die Macht völlig genommen, ihn zum Teil auch unter seinen Willen gebeugt; die Schwierigkeiten der Bismarckischen Politik aber waren damit auch unzweifelhaft gewachsen, und auf manches mußte sie verzichten.

Literaturverzeichnis.

Abg.-Hs. = Stenographische Berichte über die Verhandlungen der beiden Häuser des Landtages. Haus der Abgeordneten. Berlin 1880.

Ludwig Bamberger: Gesammelte Schriften. 5 Bde. Berlin 1899. — Das Schreiben des Reichskanzlers. Volkswirtsch. Zeitfragen, Heft 1. Berlin 1879.

Th. Barth: Zur Entwicklungsgeschichte der heutigen reaktionären Wirtschaftspolitik. Volkswirtsch. Zeitfragen, Heft 5. Berlin 1879.

L. Bergsträßer: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Mannheim 1926. (5. Aufl. 1928).

Bismarck, W. W.: Bismarck, Die gesammelten Werke. Berlin.

Friedr. Böttcher: Eduard Stephani. Leipzig 1887.

Karl Braun: Von Friedrich dem Großen bis zum Fürsten Bismarck. Berlin 1882.

Wilh. Cahn: Aus Laskers Nachlaß. 1. Teil. Berlin 1902.

Alfred Dove: Ausgewählte Aufsätze. Hsgb. von Friedr. Meinecke. München 1925.

Georg Freye: Motive und Taktik der Zollpolitik Bismarcks. Diss. Hamburg 1926. Maschinenschrift.

Wilhelm Gerloff: Die Finanz- und Zollpolitik des Deutschen Reiches. Jena 1913.

Julius Heyderhoff: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung. Bonn 1925. (1. Bd. des Werkes: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung. Hsgb. von Heyderhoff und Wentzke.)

Rudolf Gneist: Gesetz und Budget. Berlin 1879.

Hermann Kalkhoff: Nationalliberale Parlamentarier 1867—1917. Berlin 1917.

Ludwig Maenner: Deutschlands Wirtschaft und Liberalismus in der Krise von 1879. Archiv für Politik und Geschichte. 5. Jahr. 1927. S. 347 ff. und 456 ff. (auch selbständig erschienen Berlin 1928.)

Wilhelm Mommsen: Johannes Miquel. Bd. 1. Berlin 1928.

Herm. Oncken: Rudolf von Bennigsen. Stuttgart 1910.

Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Breslau 1894—96.

Martin Philippson: Max von Forckenbeck. Dresden 1891.

Die Preußischen Jahrbücher.

Eugen Richter: Im alten Reichstage. Berlin 1894—96.

Reichstag - Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages. Berlin.

Felix Salomon: Die deutschen Parteiprogramme. 2. Aufl. Leipzig 1912.

Schneider: Bismarcks Finanz- und Wirtschaftspolitik. München 1912.

Schultheß: Europäischer Geschichtskalender. Nördlingen.

M. Spahn: Die Entstehung der nationalliberalen Partei. Zeitschr. f. Politik. Jg. 1. (1907).

Fritz Specht und Paul Schwabe: Die Reichstagswahlen von 1867—1903. Berlin 1904.

Ch. v. Tiedemann: Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei. Leipzig 1909.

H. v. Treitschke: Briefe. Leipzig 1920.

Paul Wentzke: Im neuen Reich. 1871—1890. Bonn 1926. (2. Bd. des Werkes: Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Hsgb. von Heyderhoff und Wentzke.)

Die Nationalzeitung. Berlin 1879.

Für Einzelheiten gelegentlich benutzte Werke sind in den Fußnoten angegeben.

University of British Columbia Library

DATE DUE

DEC 18 A.M.			

FORM No. 310

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 03492 8892

UNIVERSITAS - ARCHIV

III. HISTORISCHE ABTEILUNG

HERAUSGEBER:
DR. PHIL. ET JUR. GERHARD KALLEN O. Ö. PROF. A. D. UNIVERS. KÖLN
PROF. DR. JOHANNES ZIEKURSCH O. Ö. PROF. A. D. UNIVERS. KÖLN

H. BLOCK: Band 1 der Abtlg., Band 29 des Archivs

Die parlamentarische Krisis der nationalliberalen Partei 1879-1880

in Ganzleinen geb. Mark 7.— geh. Mark 5.—

G. v. PUTTKAMER: Band 2 der Abtlg., Band 30 des Archivs

Papst Innocenz IV. Versuch einer Gesamtcharakteristik aus seiner Wirkung

in Ganzleinen geb. Mark 8.— geh. Mark 6.—

L. AHRENS: Band 3 der Abtlg., Band 32 des Archivs

Lamennais und Deutschland, Studien zur Geschichte der französischen Restauration

z. Zt. im Druck geh. Mark 18.—

M. SIEBOLD: Band 4 der Abtlg., Band 36 des Archivs

Das Asylrecht der römischen Kirche mit besonderer Berücksichtigung seiner Entwicklung auf germanischem Boden

in Ganzleinen geb. 11.50 geh. Mark 9.60

HELIOS - VERLAG G. M. B. H., MÜNSTER - WESTF.